

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

[2019/202246]

25. APRIL 2019 — Erlass der Regierung zur Festlegung des Verfahrens zur Zulassung, Registrierung und Anerkennung der Fachkräfte der Gesundheitspflegeberufe und zur Ausstellung des Europäischen Berufsausweises

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Aufgrund des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen, Artikel 20;

Aufgrund des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft, Artikel 7;

Aufgrund des koordinierten Gesetzes vom 10. Mai 2015 über die Ausübung der Gesundheitspflegeberufe, Artikel 43 § 2, Artikel 56, Artikel 61 § 3, Artikel 63, abgeändert durch den Königlichen Erlass vom 27. Juni 2016, Artikel 64, Artikel 65, Artikel 68/2/2, eingefügt durch das Gesetz vom 10. Juli 2016, Artikel 68/4 § 2, eingefügt durch das Gesetz vom 10. Mai 2015, Artikel 72 § 2 Absatz 1, Artikel 88, Artikel 105, Artikel 106 § 2, Artikel 145 § 3, Artikel 153 § 1-2 und § 3 Absatz 4;

Aufgrund des Königlichen Erlasses vom 21. April 1983 zur Festlegung der Modalitäten für die Zulassung von Fachärzten und Hausärzten;

Aufgrund des Königlichen Erlasses vom 1. Februar 1991 über die Ausübung des Hebammenberufs;

Aufgrund des Königlichen Erlasses vom 10. November 1996 zur Festlegung der Modalitäten für die Zulassung der Fachkräfte der Zahnheilkunde, die Inhaber einer besonderen Berufsbezeichnung sind;

Aufgrund des Königlichen Erlasses vom 15. April 2002 über die Zulassung als Heilgymnast und die Zulassung besonderer Berufsbezeichnungen und besonderer Qualifikationen;

Aufgrund des Königlichen Erlasses vom 18. November 2004 über die Zulassung der Fachkräfte der Heilhilfsberufe;

Aufgrund des Königlichen Erlasses vom 22. Oktober 2012 zur Festlegung des Zulassungsverfahrens für die besondere Berufsbezeichnung eines Krankenhausapothekers;

Aufgrund des Königlichen Erlasses vom 14. April 2013 zur Festlegung des Verfahrens anwendbar auf die Anerkennung von beruflichen Qualifikationen von Gesundheitsberufen, welche angeeignet wurden in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union als Belgien;

Aufgrund des Königlichen Erlasses vom 18. April 2013 über die Zusammensetzung, die Organisation und die Arbeitsweise der Zulassungskommission für die Krankenpflegefachkräfte, zur Festlegung des Zulassungsverfahrens, nach dem Krankenpfleger ermächtigt werden, eine besondere Berufsbezeichnung zu führen oder sich auf eine besondere berufliche Qualifikation zu berufen, und zur Festlegung des Verfahrens zur Registrierung als Pflegehelfer;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 24. März 2016 zur übergangsweisen Regelung des Anerkennungsverfahrens für Gesundheits- und Pflegeberufe;

Aufgrund des Gutachtens des Finanzinspektors vom 18. Dezember 2018;

Aufgrund des Einverständnisses des Ministerpräsidenten, zuständig für den Haushalt, vom 19. Dezember 2018;

Aufgrund des Gutachtens der Datenschutzbehörde vom 27. Februar 2019;

Aufgrund des Gutachtens Nr. 65.203/VR des Staatsrates, das am 25. März 2019 in Anwendung von Artikel 84 § 1 Absatz 1 Nummer 2 der koordinierten Gesetze über den Staatsrat vom 12. Januar 1973 abgegeben wurde;

In Erwägung des Gesetzes vom 12. Februar 2008 zur Einführung eines allgemeinen Rahmens für die Anerkennung von EU-Berufsqualifikationen;

Auf Vorschlag des für Gesundheit zuständigen Ministers;

Nach Beratung,

Beschließt:

KAPITEL 1 — Gemeinsame Bestimmungen

Abschnitt 1 — Allgemeine Bestimmungen

Artikel 1 - Europaklausel

Vorliegender Erlass dient der teilweisen Umsetzung der Richtlinie 2005/36/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. September 2005 über die Anerkennung von Berufsqualifikationen.

Art. 2 - Begriffsbestimmungen

Für die Anwendung des vorliegenden Erlasses versteht man unter:

1. Antragsteller: der Inhaber eines in Belgien erlangten Diploms, das Zugang zur Ausübung eines im Gesetz vom 10. Mai 2015 erwähnten Gesundheitspflegeberufs gibt oder zum Führen einer dort erwähnten Berufsbezeichnung, besonderen Berufsbezeichnung oder besonderen Berufsqualifikation ermächtigt, und zu diesem Zweck einen Antrag auf Zulassung bzw. Registrierung stellt;

2. europäischer Antragsteller: folgende Personen:

a) der EU-Bürger, der Inhaber einer Berufsqualifikation ist, die er in einem anderen europäischen Mitgliedstaat als Belgien erlangt hat, und für die er einen Antrag auf Anerkennung stellt;

b) der nichteuropäische Ausländer, der Inhaber einer Berufsqualifikation ist, die er in einem anderen europäischen Mitgliedstaat als Belgien erlangt hat, und für die er gemäß Artikel 145 § 3 des Gesetzes vom 10. Mai 2015 einen Antrag auf Anerkennung stellt;

3. Europäischer Berufsausweis: der in Artikel 2 § 1 Buchstabe o) des Gesetzes vom 12. Februar 2008 zur Einführung eines allgemeinen Rahmens für die Anerkennung von EU-Berufsqualifikationen erwähnte Berufsausweis;

4. Verwaltung: das Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft;

5. Gesetz vom 12. Februar 2008: das Gesetz vom 12. Februar 2008 zur Einführung eines allgemeinen Rahmens für die Anerkennung von EU-Berufsqualifikationen, in seiner Fassung vom 1. April 2019;

6. Gesetz vom 10. Mai 2015: das koordinierte Gesetz vom 10. Mai 2015 über die Ausübung der Gesundheitspflegeberufe;

7. IMI: das durch die Verordnung (EU) Nr. 1024/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Verwaltungszusammenarbeit mit Hilfe des Binnenmarkt-Informationssystems geregelte und in Artikel 2 § 1 Buchstabe s) des Gesetzes vom 12. Februar 2008 erwähnte Binnenmarktinformationssystem;

8. Minister: der für Gesundheit zuständige Minister der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft;

9. EU-Verordnung: die Durchführungsverordnung (EU) 2015/983 der Kommission vom 24. Juni 2015 betreffend das Verfahren zur Ausstellung des Europäischen Berufsausweises und die Anwendung des Vorwarnmechanismus gemäß der Richtlinie 2005/36/EG des Europäischen Parlaments und des Rates.

Art. 3 - Befangenheitsregelung

Externe Sachverständige, die im Rahmen des vorliegenden Erlasses mit der Erstellung einer Stellungnahme beauftragt werden, nehmen ihre Aufgabe nicht wahr, wenn ein Befangenheitsgrund vorliegt. Dies ist insbesondere dann der Fall, wenn sie durch die Abgabe einer Stellungnahme zu einem Zulassungs-, Registrierungs- oder Anerkennungsantrag beruflich oder privat einen unmittelbaren Vor- oder Nachteil erlangen können.

Eventuelle Befangenheitsgründe teilen die externen Sachverständigen unmittelbar nach Beauftragung der Verwaltung mit.

Art. 4 - Entschädigung externer Sachverständigen

Externe Sachverständige, die im Rahmen des vorliegenden Erlasses mit der Erstellung einer Stellungnahme beauftragt werden, erhalten pro Stellungnahme ein Honorar in Höhe von 175 Euro. Wenn mehrere Sachverständige im Rahmen einer gemeinsamen Arbeitssitzung mehr als eine Stellungnahme verfassen, erhält jeder Sachverständige insgesamt 175 Euro, unabhängig von der Anzahl an diesem Tag abgegebener Stellungnahmen.

Im Falle von Anhörungen und gemeinsamen Arbeitssitzungen erhalten sie zudem eine Fahrtentschädigung gemäß Artikel 2 des Erlasses der Regierung vom 12. Juli 2001 zur Harmonisierung der Anwesenheitsgelder und Fahrtentschädigungen in Gremien und Verwaltungsräten der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

Art. 5 - Zulassungs-, Registrierungs- und Anerkennungsverfahren

Antragsteller, die Inhaber eines in Belgien erlangten Diploms sind, das Zugang zur Ausübung eines im Gesetz vom 10. Mai 2015 erwähnten Gesundheitspflegeberufs gibt oder zum Führen einer dort erwähnten Berufsbezeichnung, besonderen Berufsbezeichnung oder besonderen Berufsqualifikation ermächtigt, können einen Antrag auf Zulassung bzw. auf Registrierung gemäß Kapitel 2 einreichen.

Nichteuropäische Ausländer, die Inhaber eines im Drittstaat erlangten Diploms sind und die gemäß Artikel 145 §§ 1 und 2 des Gesetzes vom 10. Mai 2015 eine in den Artikeln 3 § 1, 4, 6, 23 § 2, 43, 45, 56, 63, 68/1, 68/2 desselben Gesetzes oder eine in Kapitel 7 desselben Gesetzes erwähnte Berufstätigkeit ausüben möchten, können nach Erhalt der Gleichstellung ihres Diploms einen Antrag auf Zulassung oder Registrierung gemäß Kapitel 2 für die Zwecke der Niederlassung im deutschen Sprachgebiet einreichen.

Nichteuropäische Ausländer, die gemäß Artikel 145 §§ 1 und 2 des Gesetzes vom 10. Mai 2015 eine Zulassung für die Ausübung der in den Artikeln 3 § 1, 4, 6, 23 § 2, 43, 45, 56, 63, 68/1 oder 68/2 desselben Gesetzes erwähnten Berufstätigkeiten oder eine Zulassung für die Ausübung eines Heilhilfsberufs gemäß Kapitel 7 desselben Gesetzes erhalten haben und die Inhaber eines im Drittstaat erlangten Diploms sind, das zum Führen einer im selben Gesetz erwähnten Berufsbezeichnung, besonderen Berufsbezeichnung oder besonderen Berufsqualifikation ermächtigt, können nach Erhalt der Gleichstellung ihres Diploms einen Antrag auf Zulassung gemäß Kapitel 2 für die Zwecke der Niederlassung im deutschen Sprachgebiet einreichen, insofern ihre Ausbildung nicht unter eine Regelung der gegenseitigen Anerkennung von Berufsqualifikationen fällt. Andernfalls können sie einen Antrag auf Anerkennung gemäß Kapitel 3 einreichen.

Europäische Antragsteller, die Inhaber einer Berufsqualifikation sind, die sie in einem anderen europäischen Mitgliedstaat als Belgien erlangt haben, können einen Antrag auf Anerkennung gemäß Kapitel 3 oder auf Ausstellung eines europäischen Berufsausweises gemäß Kapitel 4 stellen.

Abschnitt 2 — Vertraulichkeit und Datenschutz

Art. 6 - Vertraulichkeit

Unbeschadet anderslautender gesetzlicher oder dekretaler Bestimmungen sind die Verwaltung und die externen Sachverständigen dazu verpflichtet, die Angaben, die ihnen in Ausübung ihres Auftrags anvertraut werden, vertraulich zu behandeln.

Art. 7 - Verarbeitung personenbezogener Daten

Die Verwaltung ist für die Verarbeitung der in den Artikeln 9, 13, 21, 23, 29, 31, 39, 44, 52, 54, 63 und 68 erwähnten personenbezogenen Daten im Sinne der Datenschutzgrundverordnung verantwortlich. Sie gilt für die Verarbeitung dieser Daten als Verantwortliche im Sinne von Artikel 4 Nummer 7 der Datenschutzgrundverordnung. Die externen Sachverständigen sowie die beratenden Gremien einer anderen Gemeinschaft gelten als Auftragsverarbeiter im Sinne von Artikel 4 Nummer 8 der Datenschutzgrundverordnung.

Die Verwaltung übermittelt den externen Sachverständigen und den beratenden Gremien einer anderen Gemeinschaft die in Absatz 1 aufgeführten personenbezogenen Daten, insofern dies für die Erfüllung ihrer Aufträge notwendig ist.

Die Verwaltung sowie ggf. die externen Sachverständigen und beratenden Gremien einer anderen Gemeinschaft verarbeiten die in Absatz 1 aufgeführten personenbezogenen Daten im Hinblick auf die Ausführung der in Artikel 5 erwähnten Aufträge. Sie dürfen die erhobenen Daten nicht zu anderen Zwecken als zur Ausführung dieser Aufträge verwenden.

Die Verarbeitung von personenbezogenen Daten erfolgt unter Einhaltung der anwendbaren Rechtsvorschriften im Bereich Datenschutz.

Art. 8 - Dauer der Datenverarbeitung

Die Daten dürfen höchstens während 10 Jahren, nachdem der Antrag des Antragstellers oder des europäischen Antragstellers angenommen oder abgelehnt wurde, in einer Form aufbewahrt werden, die die Identifizierung der betroffenen Personen ermöglicht. Unbeschadet der Bestimmungen in Bezug auf das Archivwesen werden sie spätestens nach Ablauf dieser Frist vernichtet.

KAPITEL 2 — Zulassungs- und Registrierungsverfahren

Abschnitt 1 — Zulassung

Art. 9 - Zulassung auf Antrag

Der Antragsteller reicht einen Antrag gemäß Absatz 2 bei der Verwaltung ein, um gemäß dem Gesetz vom 10. Mai 2015:

1. eine Zulassung zur Ausübung eines im selben Gesetz erwähnten Gesundheitspflegeberufs zu erhalten;
2. eine Zulassung als Inhaber einer im selben Gesetz erwähnten Berufsbezeichnung, besonderen Berufsbezeichnung oder besonderen Berufsqualifikation zu erhalten.

Absatz 1 ist anwendbar auf Hebammen, die eine Zulassung als Hebamme gemäß Artikel 63 des Gesetzes vom 10. Mai 2015 erhalten möchten und die nicht für eine Zulassung von Rechts wegen in Betracht kommen.

Der Minister stellt ein entsprechendes Antragsformular zur Verfügung, das folgende Elemente abfragt:

1. Bezeichnung des Gesundheitspflegeberufs, für den die Zulassung beantragt wird;
2. Name, Vorname, Adresse, Land, Telefonnummer, E-Mail-Adresse, Geschlecht, Staatsangehörigkeit, Geburtsdatum, Geburtsland und -ort sowie Nationalregisternummer (BIS-Nummer, falls der Antragsteller keine Nationalregisternummer besitzt);
3. Angaben über den oder die berufsrelevanten Ausbildungstitel oder Weiterbildungen.

Dem in Absatz 2 erwähnten Antrag sind folgende Dokumente beizufügen:

1. tabellarischer Lebenslauf;
2. Kopie der Vorder- und Rückseite des Personalausweises;
3. Kopie des in Absatz 2 Nummer 3 erwähnten Ausbildungstitels und/oder Kopie der Bescheinigung über die abgeschlossene Weiterbildung, inklusive der Weiterbildungsstunden;
4. ggf. Kopie der durch den Arbeitgeber erstellten Arbeitszeugnisse;
5. ggf. eine Bescheinigung der Eintragung bei der zuständigen Berufskammer.

Art. 10 - Empfangsbestätigung und Vollständigkeit des Antrags

Die Verwaltung erteilt dem Antragsteller innerhalb eines Monats ab Einreichung des Antrags eine schriftliche Empfangsbestätigung und teilt ihm mit, ob der Antrag vollständig ist bzw. welche Informationen und Unterlagen fehlen.

Liegen nach Ablauf einer Frist von sechs Monaten nach der in Absatz 1 erwähnten Empfangsbestätigung nicht alle für die Bearbeitung nötigen Informationen und Unterlagen vor, schließt die Verwaltung die Antragsakte und setzt den Antragsteller über diesen Umstand in Kenntnis.

Art. 11 - Erstellung eines Gutachtens

§ 1 - Die Verwaltung erstellt innerhalb von drei Monaten ab Vollständigkeit des Antrags ein Gutachten darüber, ob der Antragsteller die der Zulassung zugrundeliegenden Bedingungen erfüllt.

§ 2 - Die Verwaltung kann für die Erstellung des Gutachtens auf eine Stellungnahme eines oder mehrerer externen Sachverständigen oder beratender Gremien einer anderen Gemeinschaft zurückgreifen.

Greift die Verwaltung auf eine Stellungnahme eines externen Sachverständigen zurück und ist dieser der Ansicht, dass der Antragsteller nicht die der Zulassung zugrundeliegenden Bedingungen erfüllt, kann die Verwaltung entscheiden, weitere Unterlagen anzufordern bzw. den Antragsteller anzuhören. Die Entscheidung, den Antragsteller anzuhören bzw. weitere Unterlagen anzufordern, hat aussetzende Wirkung auf die in Paragraph 1 erwähnte Frist bis zum Datum der Anhörung bzw. bis zu dem Datum, an dem die angeforderten Dokumente bei der Verwaltung eingereicht wurden.

Die Verwaltung lädt den Antragsteller, außer in Dringlichkeitsfällen, mindestens 15 Tage vor ihrem Stattfinden zur Anhörung vor.

Der externe Sachverständige kann an der Anhörung teilnehmen.

Der Antragsteller kann sich für die Zwecke der Anhörung durch einen Anwalt beistehen lassen.

Erscheint der Antragsteller nicht zur Anhörung, erstellt die Verwaltung ein Gutachten auf Grundlage der Elemente, über die sie verfügt.

Art. 12 - Entscheidung des Ministers

§ 1 - Erteilt die Verwaltung ein günstiges Gutachten, trifft der Minister eine Entscheidung auf dessen Grundlage innerhalb einer Frist von einem Monat ab dessen Abgabe.

Die Verwaltung übermittelt dem Antragsteller die Entscheidung des Ministers wie folgt:

1. eine günstige Entscheidung durch gewöhnliches Schreiben;
2. eine ungünstige Entscheidung per Einschreiben.

§ 2 - Erteilt die Verwaltung ein ungünstiges Gutachten, übermittelt sie dieses dem Antragsteller per Einschreiben.

Innerhalb einer Frist von einem Monat ab Versand des Einschreibens kann der Antragsteller bei der Verwaltung eine mit Gründen versehene Stellungnahme zum Gutachten einreichen.

Reicht der Antragsteller keine Stellungnahme ein, entscheidet der Minister auf Grundlage des Gutachtens der Verwaltung.

§ 3 - Reicht der Antragsteller eine Stellungnahme ein, erstellt die Verwaltung innerhalb eines Monats nach Eingang der Stellungnahme ein zweites Gutachten. Wenn aus der Stellungnahme des Antragstellers neue Elemente hervorgehen, kann die Verwaltung für die Erstellung des zweiten Gutachtens auf die Stellungnahme eines oder mehrerer externen Sachverständigen oder beratender Gremien einer anderen Gemeinschaft zurückgreifen.

Im Absatz 1 erwähnten Fall wird Artikel 11 § 2 Absätze 2-6 angewendet.

Der Minister entscheidet auf Grundlage der Gutachten der Verwaltung und der Stellungnahme des Antragstellers.

Die Verwaltung übermittelt dem Antragsteller die Entscheidung des Ministers innerhalb eines Monats per Einschreiben.

Eine ablehnende Entscheidung vermerkt:

1. die Möglichkeit, Beschwerde einzulegen;
2. die zuständigen Instanzen, die davon Kenntnis nehmen;
3. die zu respektierenden Fristen und Formvorschriften.

Abschnitt 2 — Besondere Zulassungsverfahren

Unterabschnitt 1 — Praktikum und Zulassung von Allgemeinmedizinern und Fachärzten

Art. 13 - Antrag auf Genehmigung des Praktikumsplans

Innerhalb der ersten 4 Monate seiner Ausbildung reicht der in Belgien zur Ausübung der Medizin berechnigte Antragsteller einen Antrag auf Genehmigung seines Praktikumsplans bei der Verwaltung ein.

Der Minister stellt ein entsprechendes Antragsformular zur Verfügung, das folgende Elemente abfragt:

1. Angaben über Beginn, Ende und Dauer des Praktikums;
2. Angaben über den Praktikumsleiter;
3. Angaben über die Praktikumeinrichtung.

Dem Antrag sind folgende Unterlagen beizufügen:

1. eine Bescheinigung, aus der hervorgeht, dass der Antragsteller in einer medizinischen Fakultät für die entsprechende Fachrichtung eingeschrieben ist;
2. eine Bescheinigung über die Eintragung bei der Ärztekammer;
3. eine Kopie einer Vereinbarung zwischen dem Antragsteller, dem Praktikumsleiter und ggf. der Praktikumeinrichtung über die Entlohnung des Antragstellers.

Art. 14 - Empfangsbestätigung und Vollständigkeit des Antrags

Die Verwaltung erteilt dem Antragsteller innerhalb eines Monats ab Einreichung des Antrags eine schriftliche Empfangsbestätigung und teilt ihm mit, ob der Antrag vollständig ist bzw. welche Informationen und Unterlagen fehlen.

Liegen nach Ablauf einer Frist von sechs Monaten nach der in Absatz 1 erwähnten Empfangsbestätigung nicht alle für die Bearbeitung nötigen Informationen und Unterlagen vor, schließt die Verwaltung die Antragsakte und setzt den Antragsteller über diesen Umstand in Kenntnis.

Art. 15 - Erstellung eines Gutachtens

Die Verwaltung erstellt innerhalb von drei Monaten ab Vollständigkeit des Antrags ein Gutachten über die Genehmigung des Praktikumsplans.

Die Erstellung des Gutachtens erfolgt gemäß den in Artikel 11 festgelegten Modalitäten.

Art. 16 - Entscheidung des Ministers

Der Minister entscheidet auf Grundlage des Gutachtens der Verwaltung über die Genehmigung des Praktikumsplans innerhalb einer Frist von einem Monat ab dessen Abgabe.

Die Verwaltung übermittelt dem Antragsteller die Entscheidung des Ministers wie folgt:

1. eine günstige Entscheidung durch gewöhnliches Schreiben;
2. eine ungünstige Entscheidung per Einschreiben.

Eine ablehnende Entscheidung vermerkt:

1. die Möglichkeit, Beschwerde einzulegen;
2. die zuständigen Instanzen, die davon Kenntnis nehmen;
3. die zu respektierenden Fristen und Formvorschriften.

Art. 17 - Abänderung des Praktikumsplans

Der Antragsteller unterbreitet der Verwaltung jede Änderung des Praktikumsplans zur Genehmigung durch den Minister. Die Änderung des Praktikumsplans unterliegt den in den Artikeln 14-16 festgelegten Modalitäten.

Art. 18 - Unterbrechung des Praktikums

§ 1 - Der Antragsteller leistet das Praktikum ohne Unterbrechung.

In Abweichung von Absatz 1 kann der Antragsteller der Verwaltung eine Unterbrechung des Praktikums mitteilen. Auf Grundlage eines Gutachtens der Verwaltung kann der Minister die Unterbrechung erlauben.

§ 2 - Während der Dauer seiner Ausbildung hat der Antragsteller das Recht auf eine Unterbrechung des Praktikums von insgesamt höchstens vier Monaten, ohne dass damit eine Verlängerung der Praktikumsdauer einhergeht, und zwar:

1. im Rahmen des im Gesetz vom 16. März 1971 über die Arbeit vorgesehenen Mutterschaftsurlaubs;
2. im Rahmen der im Sanierungsgesetz vom 22. Januar 1985 zur Festlegung sozialer Bestimmungen vorgesehenen Palliativpflege;
3. aus medizinischen Gründen.

§ 3 - Für jede in den Paragraphen 1-2 vorgesehenen Unterbrechungen, die über die Dauer von vier Monaten hinausgehen, wird das Praktikum um den darüber hinausgehenden Zeitraum verlängert.

Der Antragsteller unterbreitet der Verwaltung einen Vorschlag für die Verlängerung des Praktikums für den Teil der Unterbrechung, der länger als vier Monate dauert.

Der Minister entscheidet auf Grundlage des Gutachtens der Verwaltung über den Teil der Unterbrechung, der über die vier Monate hinausgeht.

Die Verwaltung übermittelt dem Antragsteller die Entscheidung des Ministers innerhalb eines Monats per Einschreiben.

Eine ablehnende Entscheidung vermerkt:

1. die Möglichkeit, Beschwerde einzulegen;
2. die zuständigen Instanzen, die davon Kenntnis nehmen;
3. die zu respektierenden Fristen und Formvorschriften.

Art. 19 - Meinungsverschiedenheiten zwischen Antragsteller und Praktikumsleiter

§ 1 - Bei fachlichen Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Praktikumsleiter und dem Antragsteller kann jeder von ihnen die Streitigkeit schriftlich der Verwaltung zur Begutachtung vorlegen.

Die Verwaltung kann für die Erstellung des Gutachtens auf eine Stellungnahme eines oder mehrerer externen Sachverständigen oder beratender Gremien einer anderen Gemeinschaft zurückgreifen.

Die Verwaltung hört beide Parteien an. Erscheint/Erscheinen eine oder beide Parteien nicht, so erteilt die Verwaltung ihr Gutachten auf Grundlage der Elemente, über die sie verfügt. Bei begründeter Abwesenheit wird ein neuer Anhörungstermin angesetzt.

Die Verwaltung lädt die Parteien mindestens 15 Tage vor ihrem Stattfinden zur Anhörung vor.

§ 2 - Der Minister entscheidet auf Grundlage des Gutachtens der Verwaltung über die Meinungsverschiedenheit.

Die Verwaltung übermittelt dem Antragsteller die Entscheidung des Ministers innerhalb eines Monats per Einschreiben.

Die Entscheidung vermerkt:

1. die Möglichkeit, Beschwerde einzulegen;
2. die zuständigen Instanzen, die davon Kenntnis nehmen;
3. die zu respektierenden Fristen und Formvorschriften.

Art. 20 - Mangelnde Eignung zur Ausübung des Berufs

§ 1 - Ist der Praktikumsleiter während oder am Ende des Praktikums der Ansicht, dass der Antragsteller ungeeignet ist, den betreffenden Beruf auszuüben, so teilt er dies dem Antragsteller und der Verwaltung schriftlich unter Angabe der Gründe seiner Einschätzung mit.

Die Verwaltung erstellt ein Gutachten über die Beendigung oder Fortsetzung des Praktikums. Sie kann zu diesem Zweck auf eine Stellungnahme eines oder mehrerer externen Sachverständigen oder beratender Gremien einer anderen Gemeinschaft zurückgreifen.

Die Verwaltung hört beide Parteien an. Erscheint/Erscheinen eine oder beide Parteien nicht, so erteilt die Verwaltung ihr Gutachten zu den Elementen, über die sie verfügt. Bei begründeter Abwesenheit wird ein neuer Anhörungstermin angesetzt.

Die Verwaltung lädt die Parteien mindestens 15 Tage vor ihrem Stattfinden zur Anhörung vor.

Die Verwaltung gibt nach Anhörung ein Gutachten darüber ab, ob das Praktikum beendet wird oder ob der verbleibende Teil des Praktikums unter Leitung eines anderen Praktikumsleiters erfolgt. Im letzteren Fall wird angegeben, inwieweit das bereits geleistete Praktikum für die Berechnung der Gesamtdauer des Praktikums für den betreffenden Beruf berücksichtigt wird.

Der Minister entscheidet auf Grundlage des Gutachtens der Verwaltung über die Beendigung oder die Fortsetzung des Praktikums.

Die Verwaltung übermittelt dem Antragsteller die Entscheidung des Ministers innerhalb eines Monats per Einschreiben.

Die Entscheidung vermerkt:

1. die Möglichkeit, Beschwerde einzulegen;
2. die zuständigen Instanzen, die davon Kenntnis nehmen;
3. die zu respektierenden Fristen und Formvorschriften.

§ 2 - Wenn der Minister entscheidet, den Praktikumsleiter zu wechseln, schlägt der Kandidat einen neuen Praktikumsleiter vor. Der Kandidat legt dem Minister im Einvernehmen mit dem neuen Praktikumsleiter eine Änderung des Ausbildungsplans zur Genehmigung gemäß den in Artikel 17 festgelegten Vorgaben vor.

§ 3 - Ist der neue Praktikumsleiter im Verlauf des Praktikums ebenfalls der Ansicht, dass der Antragsteller ungeeignet ist, so kann die Verwaltung ein Gutachten darüber abgeben, das Praktikum zu beenden, und dieses dem Antragsteller per Einschreiben übermitteln.

Innerhalb einer Frist von einem Monat ab Versand des Einschreibens kann der Antragsteller bei der Verwaltung eine mit Gründen versehene Stellungnahme zum Gutachten einreichen.

Reicht der Antragsteller keine Stellungnahme ein, entscheidet der Minister auf Grundlage des Gutachtens der Verwaltung.

Reicht der Antragsteller eine Stellungnahme ein, erstellt die Verwaltung innerhalb eines Monats nach Eingang der Stellungnahme ein zweites Gutachten. Die Verwaltung kann für die Erstellung des zweiten Gutachtens auf die Stellungnahme eines oder mehrerer externen Sachverständigen oder beratender Gremien einer anderen Gemeinschaft zurückgreifen.

Die Verwaltung hört den Antragsteller an. Erscheint dieser nicht, so erteilt die Verwaltung ihr Gutachten zu den Elementen, über die sie verfügt. Bei begründeter Abwesenheit wird ein neuer Anhörungstermin angesetzt.

Der Antragsteller kann sich für die Zwecke der Anhörung durch einen Anwalt beistehen lassen.

Die Verwaltung lädt den Antragsteller mindestens 15 Tage vor ihrem Stattfinden zur Anhörung vor.

Der externe Sachverständige kann an der Anhörung teilnehmen.

Der Minister entscheidet auf Grundlage des Gutachtens der Verwaltung über die Beendigung des Praktikums.

Die Verwaltung übermittelt dem Antragsteller die Entscheidung des Ministers innerhalb eines Monats per Einschreiben.

Die Entscheidung vermerkt:

1. die Möglichkeit, Beschwerde einzulegen;
2. die zuständigen Instanzen, die davon Kenntnis nehmen;
3. die zu respektierenden Fristen und Formvorschriften.

Art. 21 - Zulassung auf Antrag

Der Antragsteller reicht einen Antrag auf Zulassung als Hausarzt oder Facharzt gemäß den in Artikel 9 festgelegten Modalitäten ein.

Unbeschadet des Absatzes 1 sind dem Antrag außer den in Artikel 9 Absatz 4 erwähnten Dokumenten folgende Dokumente beizufügen:

1. die Bescheinigungen des Praktikumsleiters;
2. der letzte Praktikumsbericht oder jedes andere Dokument, das Aufschluss über die Fähigkeiten des Antragstellers gibt;
3. eine Bescheinigung über die Eintragung bei der Ärztekammer.

Art. 22 - Zulassungsverfahren

Das Verfahren zur Zulassung erfolgt gemäß den in den Artikeln 10-12 festgelegten Modalitäten.

Unterabschnitt 2 — Zulassung zur Führung einer besonderen Berufsbezeichnung für Zahnärzte

Art. 23 - Antrag auf Genehmigung des Praktikumsplans

Innerhalb der ersten zwei Monate seiner Ausbildung reicht der in Belgien zur Ausübung der Zahnheilkunde berechnigte Antragsteller einen Antrag auf Genehmigung seines Praktikumsplans bei der Verwaltung ein.

Der Minister stellt ein entsprechendes Antragsformular zur Verfügung, das die in Artikel 13 Absatz 2 erwähnten Elemente abfragt und dem die in Artikel 13 Absatz 3 Nummern 1 und 2 erwähnten Unterlagen sowie ein Nachweis darüber, dass der Antragsteller zur Ausübung der Zahnheilkunde in Belgien berechnigt ist, beizufügen sind.

Art. 24 - Verfahren auf Genehmigung des Praktikumsplans

Das Verfahren zur Zulassung erfolgt gemäß den in den Artikeln 14-16 festgelegten Modalitäten.

Art. 25 - Abänderung des Praktikumsplans

Der Antragsteller unterbreitet der Verwaltung jede Änderung des Praktikumsplans zur Genehmigung durch den Minister. Die Änderung des Praktikumsplans unterliegt den in den Artikeln 14-16 festgelegten Modalitäten.

Art. 26 - Unterbrechung des Praktikums

Der Antragsteller leistet das Praktikum ohne Unterbrechung.

Abweichungen von dem in Absatz 1 erwähnten Grundsatz unterliegen den in Artikel 18 festgelegten Modalitäten.

Art. 27 - Meinungsverschiedenheiten zwischen Antragsteller und Praktikumsleiter

Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Praktikumsleiter und dem Antragsteller werden gemäß den in Artikel 19 festgelegten Modalitäten behandelt.

Art. 28 - Mangelnde Eignung zur Ausübung des Berufs

Streitfälle über die mangelnde Eignung des Antragstellers zur Ausübung des Berufs werden gemäß den in Artikel 20 festgelegten Modalitäten behandelt.

Art. 29 - Zulassung auf Antrag

Der in Belgien zur Ausübung der Zahnheilkunde berechnigte Antragsteller reicht den Antrag auf Zulassung zur Führung einer besonderen Berufsbezeichnung gemäß den in Artikel 9 festgelegten Modalitäten ein.

Unbeschadet des Absatzes 1 sind dem Antrag außer den in Artikel 9 Absatz 4 erwähnten Dokumenten folgende Dokumente beizufügen:

1. die Bescheinigungen des Praktikumsleiters;
2. der letzte Praktikumsbericht oder jedes andere Dokument, das Aufschluss über die Fähigkeiten des Antragstellers gibt.

Art. 30 - Zulassungsverfahren

Das Verfahren zur Zulassung erfolgt gemäß den in den Artikeln 10-12 festgelegten Modalitäten.

Unterabschnitt 3 — Zulassung zur Führung der besonderen Berufsbezeichnung des Krankenhausapothekers

Art. 31 - Antrag auf vorläufige Zulassung

Innerhalb von sechs Monaten nach Beginn seiner Ausbildung reicht der Antragsteller einen Antrag auf vorläufige Zulassung zur Führung der besonderen Berufsbezeichnung des Krankenhausapothekers bei der Verwaltung ein.

Der Minister stellt ein entsprechendes Antragsformular zur Verfügung, das die in Artikel 13 Absatz 2 erwähnten Elemente abfragt.

Dem Antrag sind folgende Unterlagen beizufügen:

1. der Praktikumsplan für die ersten drei Jahre der im Ministeriellen Erlass vom 22. Oktober 2012 zur Festlegung der Zulassungsbedingungen der besonderen Berufsbezeichnung des Krankenhausapothekers erwähnten praktischen Ausbildung;
2. der zwischen dem Antragsteller, dem Praktikumsleiter und dem Praktikumsdienst abgeschlossenen Praktikumsvertrag;
3. eine Bescheinigung über die Eintragung bei der Apothekerkammer.

Art. 32 - Empfangsbestätigung und Vollständigkeit des Antrags

Die Verwaltung erteilt dem Antragsteller innerhalb eines Monats ab Einreichung des Antrags eine schriftliche Empfangsbestätigung und teilt ihm mit, ob der Antrag vollständig ist bzw. welche Informationen und Unterlagen fehlen.

Liegen nach Ablauf einer Frist von sechs Monaten nach der in Absatz 1 erwähnten Empfangsbestätigung nicht alle für die Bearbeitung nötigen Informationen und Unterlagen vor, schließt die Verwaltung die Antragsakte und setzt den Antragsteller über diesen Umstand in Kenntnis.

Art. 33 - Erstellung eines Gutachtens

Die Verwaltung erstellt innerhalb von drei Monaten ab Vollständigkeit des Antrags ein Gutachten über die Genehmigung des Praktikumsplans.

Die Erstellung des Gutachtens erfolgt gemäß den in Artikel 15 festgelegten Modalitäten.

Art. 34 - Entscheidung des Ministers

Der Minister entscheidet auf Grundlage des Gutachtens über die Genehmigung des Praktikumsplans.

Bei einer günstigen Entscheidung erhält der Antragsteller zeitgleich die vorläufige Zulassung.

Die Verwaltung übermittelt dem Antragsteller die Entscheidung des Ministers innerhalb eines Monats per Einschreiben.

Eine ablehnende Entscheidung vermerkt:

1. die Möglichkeit, Beschwerde einzulegen;
2. die zuständigen Instanzen, die davon Kenntnis nehmen;
3. die zu respektierenden Fristen und Formvorschriften.

Art. 35 - Gültigkeitsdauer der vorläufigen Zulassung

Die vorläufige Zulassung ist während drei Jahren gültig. Sie kann vom Minister nach Begutachtung der Verwaltung einmal um höchstens drei Jahre verlängert werden.

Die in Absatz 1 erwähnte Gültigkeitsdauer beginnt an dem Tag, an dem der Antragsteller das Praktikum tatsächlich begonnen hat, wenn der Praktikumsplan innerhalb der ersten sechs Monate nach Beginn der akademischen Ausbildung eingereicht wurde. Wurde der Praktikumsplan nach diesem Zeitpunkt eingereicht, beginnt die Gültigkeitsdauer der vorläufigen Zulassung an dem Tag zu laufen, an dem der in Artikel 31 erwähnte Antrag eingereicht wurde.

Art. 36 - Unterbrechung des Praktikums

Der Antragsteller leistet das Praktikum ohne Unterbrechung.

Abweichungen von dem in Absatz 1 erwähnten Grundsatz unterliegen den in Artikel 18 festgelegten Modalitäten.

Art. 37 - Meinungsverschiedenheiten zwischen Antragsteller und Praktikumsleiter

Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Praktikumsleiter und dem Antragsteller werden gemäß den in Artikel 19 festgelegten Modalitäten behandelt.

Art. 38 - Mangelnde Eignung zur Ausübung des Berufs

Streitfälle über die mangelnde Eignung des Antragstellers zur Ausübung des Berufs werden gemäß den in Artikel 20 festgelegten Modalitäten behandelt.

Unbeschadet der Anwendung des Absatzes 1 hat eine negative Entscheidung des Ministers zur Folge, dass die vorläufige Zulassung erlischt.

Art. 39 - Antrag auf vollwertige Zulassung

Der Antragsteller reicht einen Antrag auf vollwertige Zulassung zur Führung der besonderen Berufsbezeichnung des Krankenhausapothekers nach Beendigung seines Praktikums gemäß den in Artikel 9 festgelegten Modalitäten ein.

Unbeschadet des Absatzes 1 sind dem Antrag außer den in Artikel 9 Absatz 4 erwähnten Dokumenten folgende Dokumente beizufügen:

1. die Praktikumsberichte;
2. die Bewertungen des Praktikumsleiters;
3. die Praktikumsbücher.

Art. 40 - Zulassungsverfahren

Das Verfahren zur Zulassung erfolgt gemäß den in den Artikeln 10-12 festgelegten Modalitäten.

Art. 41 - Gültigkeitsdauer der vollwertigen Zulassung

Die vollwertige Zulassung ist während fünf Jahren gültig. Die Gültigkeitsdauer kann gemäß Artikel 42 erneuert werden.

Die Entscheidung des Ministers, die der Antragsteller im Rahmen des in Artikel 40 festgelegten Verfahrens erhält, vermerkt das Datum, an dem die Gültigkeitsdauer beginnt.

Art. 42 - Antrag auf Verlängerung der vollwertigen Zulassung

Der Antragsteller reicht einen Antrag auf Verlängerung der vollwertigen Zulassung spätestens sechs Monate vor Ablauf der Gültigkeitsdauer der ursprünglichen vollwertigen Zulassung, oder in besonders begründeten Fällen nach diesem Zeitpunkt, bei der Verwaltung ein.

Der Minister stellt ein entsprechendes Antragsformular zur Verfügung. Dem Antrag sind außer den in Artikel 9 Absatz 4 erwähnten Dokumenten alle sachdienlichen Elemente beizufügen, die nachweisen, dass der Antragsteller die in den Artikeln 14-16 des Ministeriellen Erlasses vom 22. Oktober 2012 zur Festlegung der Zulassungsbedingungen der besonderen Berufsbezeichnung des Krankenhausapothekers festgelegten Bedingungen zur Verlängerung der Zulassung erfüllt. Reicht der Antragsteller den Antrag nach der in Absatz 1 erwähnten sechsmonatigen Frist bei der Verwaltung ein, ist dem Antrag ein besonderes Begründungsschreiben beizufügen.

Art. 43 - Verfahren zur Verlängerung der vollwertigen Zulassung

Das Verfahren zur Zulassung erfolgt gemäß den in den Artikeln 10-12 festgelegten Modalitäten.

Abschnitt 3 — Registrierung als Pflegehelfer oder als Sanitäter-Krankenwagenfahrer**Art. 44** - Registrierung auf Antrag

Der Antragsteller reicht einen Antrag gemäß Absatz 2 bei der Verwaltung ein, um gemäß den Artikeln 56 und 65 des Gesetzes vom 10. Mai 2015 eine Registrierung zu erhalten.

Der Minister stellt ein entsprechendes Antragsformular zur Verfügung, das folgende Elemente abfragt:

1. Name, Vorname, Adresse, Land, Telefonnummer, E-Mail-Adresse, Geschlecht, Staatsangehörigkeit, Geburtsdatum, Geburtsland und -ort sowie Nationalregisternummer (BIS-Nummer, falls der Antragsteller keine Nationalregisternummer besitzt);

2. Angaben über den Befähigungsnachweis oder die berufsrelevanten Ausbildungstitel;

3. Angaben über die Ausbildungseinrichtung, die den in Nummer 2 erwähnten Befähigungsnachweis oder Ausbildungstitel ausgestellt hat;

4. Angaben über relevante Berufserfahrung.

Dem in Absatz 2 erwähnten Antrag sind folgende Dokumente beizufügen:

1. Kopie der Vorder- und Rückseite des Personalausweises;

2. Kopie des in Absatz 2 Nummer 3 erwähnten Befähigungsnachweises und/oder Abschluss der Ausbildung.

Art. 45 - Empfangsbestätigung und Vollständigkeit des Antrags

Die Verwaltung erteilt dem Antragsteller innerhalb eines Monats ab Einreichung des Antrags eine schriftliche Empfangsbestätigung und teilt ihm mit, ob der Antrag vollständig ist bzw. welche Informationen und Unterlagen fehlen.

Liegen nach Ablauf einer Frist von sechs Monaten nach der in Absatz 1 erwähnten Empfangsbestätigung nicht alle für die Bearbeitung nötigen Informationen und Unterlagen vor, schließt die Verwaltung die Antragsakte und setzt den Antragsteller über diesen Umstand in Kenntnis.

Art. 46 - Erstellung eines Gutachtens

Die Verwaltung erstellt innerhalb von drei Monaten ab Vollständigkeit des Antrags ein Gutachten darüber, ob der Antragsteller die der Registrierung zugrundeliegenden Bedingungen erfüllt.

Art. 47 - Entscheidung des Ministers

Der Minister entscheidet auf Grundlage des Gutachtens der Verwaltung über die Registrierung.

Die Verwaltung übermittelt dem Antragsteller die Entscheidung des Ministers innerhalb eines Monats per Einschreiben.

Eine ablehnende Entscheidung vermerkt:

1. die Möglichkeit, Beschwerde einzulegen;

2. die zuständigen Instanzen, die davon Kenntnis nehmen;

3. die zu respektierenden Fristen und Formvorschriften.

Art. 48 - Ausstellen eines Ausweises

Der Antragsteller, der eine Registrierung gemäß Artikel 65 des Gesetzes vom 10. Mai 2015 und Artikel 47 erhalten hat, erhält von der Verwaltung ebenfalls einen Ausweis für die Ausübung seiner Tätigkeit als Sanitäter-Krankenwagenfahrer.

Abschnitt 4 — Entzug der Zulassung oder der Registrierung**Art. 49** - Entzugsverfahren

§ 1 - Der Minister entzieht die Zulassung oder die Registrierung, wenn die Fachkraft eines Gesundheitspflegeberufs nicht mehr die ihrer Zulassung oder Registrierung zugrundeliegenden Bedingungen erfüllt.

Vor dem Entzug holt der Minister ein Gutachten der Verwaltung ein. Die Verwaltung kann für die Erstellung des Gutachtens auf die Stellungnahme eines oder mehrerer externen Sachverständigen oder beratender Gremien einer anderen Gemeinschaft zurückgreifen.

Nach Abgabe des Gutachtens teilt der Minister der betroffenen Fachkraft per Einschreiben seine Absicht mit und übermittelt ihr gleichzeitig das Gutachten der Verwaltung. Die Fachkraft kann beim Minister innerhalb eines Monats nach dem Versand der Absichtserklärung eine mit Gründen versehene Stellungnahme einreichen.

Reicht die Fachkraft keine Stellungnahme ein, entscheidet der Minister auf Grundlage des Gutachtens der Verwaltung.

Reicht die Fachkraft eine Stellungnahme ein, erstellt die Verwaltung innerhalb eines Monats nach Eingang der Stellungnahme ein zweites Gutachten. In diesem Fall kann die Verwaltung auf die Stellungnahme eines oder mehrerer externen Sachverständigen oder beratender Gremien einer anderen Gemeinschaft zurückgreifen. Die Verwaltung kann darüber hinaus entscheiden, weitere Unterlagen anzufordern bzw. den Antragsteller anzuhören.

Außer in Dringlichkeitsfällen lädt die Verwaltung den Antragsteller mindestens 15 Tage vor ihrem Stattfinden zur Anhörung vor.

Der externe Sachverständige kann an der Anhörung teilnehmen.

Der Antragsteller kann sich für die Zwecke der Anhörung durch einen Anwalt beistehen lassen.

Erscheint der Antragsteller nicht zur Anhörung, gibt die Verwaltung ein Gutachten auf Grundlage der Elemente ab, über die sie verfügt.

§ 2 - Der Minister entscheidet auf Grundlage der Gutachten der Verwaltung und der Stellungnahme der Fachkraft.

Die Verwaltung übermittelt dem Antragsteller die Entscheidung des Ministers innerhalb eines Monats per Einschreiben.

Die Entscheidung, die Zulassung oder die Registrierung zu entziehen, vermerkt:

1. die Möglichkeit, Beschwerde einzulegen;
2. die zuständigen Instanzen, die davon Kenntnis nehmen;
3. die zu respektierenden Fristen und Formvorschriften.

Art. 50 - Freiwillige Beendigung der Zulassung oder der Registrierung

Jede Fachkraft eines Gesundheitspflegeberufs kann ihrer Zulassung oder Registrierung freiwillig ein Ende setzen. Zu diesem Zweck informiert sie die Verwaltung über ihre Absicht.

Auf Vorschlag der Verwaltung entzieht der Minister die Zulassung oder Registrierung.

Art. 51 - Erneuter Antrag

Die Fachkraft eines Gesundheitspflegeberufs deren Zulassung oder Registrierung gemäß den Artikeln 49 oder 50 entzogen wurde, kann jederzeit einen erneuten Antrag auf Zulassung oder Registrierung gemäß den Bestimmungen des vorliegenden Kapitels bei der Verwaltung einreichen.

KAPITEL 3 — *Anerkennungsverfahren*

Abschnitt 1 — Automatische Anerkennung

Art. 52 - Antrag

§ 1 - Der europäische Antragsteller kann bei der Verwaltung einen Antrag auf automatische Anerkennung seiner Berufsqualifikation für die Zwecke der Niederlassung gemäß Artikel 106 des Gesetzes vom 10. Mai 2015 schriftlich einreichen.

Der Minister stellt ein entsprechendes Antragsformular zur Verfügung, das folgende Elemente abfragt:

1. Bezeichnung des belgischen Gesundheitspflegeberufs, für den die Anerkennung beantragt wird;
2. Name, Vorname, Adresse, Land, Telefonnummer, E-Mail-Adresse, Geschlecht, Staatsangehörigkeit, Geburtsdatum, Geburtsland und -ort sowie Nationalregisternummer (BIS-Nummer, falls der europäische Antragsteller keine Nationalregisternummer besitzt);
3. Angaben über die Berufsqualifikation, für die der europäische Antragsteller einen Antrag stellt.

Dem in Absatz 2 erwähnten Antrag sind folgende Dokumente beizufügen:

1. eine tabellarische Aufstellung der absolvierten Ausbildungsgänge und der ausgeübten Erwerbstätigkeiten;
2. ein Identitätsnachweis;
3. eine Kopie des in Absatz 2 Nummer 3 erwähnten im Ausland erworbenen Ausbildungsnachweises;
4. das Original der durch den Herkunftsmitgliedstaat ausgestellten Bescheinigung, aus der hervorgeht, dass der Ausbildungsnachweis des europäischen Antragstellers mit dem betreffenden Titel der Richtlinie 2005/36/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. September 2005 über die Anerkennung von Berufsqualifikationen übereinstimmt;
5. ggf. Kopie der durch den Herkunftsmitgliedstaat ausgestellten Berufszulassung;
6. ggf. Nachweise über einschlägige Berufserfahrung oder sonstige Befähigungsnachweise.

Die Verwaltung kann beim europäischen Antragsteller weitere Dokumente anfragen, aus denen hervorgeht, dass er alle Bedingungen zur automatischen Anerkennung erfüllt.

§ 2 - Unbeschadet des Artikels 69 des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft reicht der europäische Antragsteller die dem Antrag beizufügenden Dokumente samt einer durch einen vereidigten Übersetzer angefertigten deutschen Übersetzung ein, falls diese nicht schon in deutscher Sprache vorliegen.

Die Verwaltung kann mit dem Einverständnis des europäischen Antragstellers und in Absprache mit den zuständigen Behörden der anderen Gemeinschaften einen Antrag, der in niederländischer oder französischer Sprache eingereicht wurde, an die Behörden der zuständigen Gemeinschaft weiterleiten. Die Verwaltung setzt den europäischen Antragsteller über diesen Umstand in Kenntnis.

Art. 53 - Bearbeitung des Antrags

§ 1 - Die Verwaltung erteilt dem europäischen Antragsteller innerhalb eines Monats ab Einreichung des Antrags eine schriftliche Empfangsbestätigung und teilt ihm mit, ob der Antrag vollständig ist bzw. welche Informationen und Unterlagen fehlen.

Liegen nach Ablauf einer Frist von sechs Monaten nach der in Absatz 1 erwähnten Empfangsbestätigung nicht alle für die Bearbeitung nötigen Informationen und Unterlagen vor, schließt die Verwaltung die Antragsakte und setzt den europäischen Antragsteller über diesen Umstand in Kenntnis.

§ 2 - Die Verwaltung erstellt innerhalb von zwei Monaten ab Vollständigkeit des Antrags ein Gutachten darüber, ob die durch den europäischen Antragsteller eingereichten Dokumente authentisch sind und ob sein Ausbildungsnachweis den Mindestanforderungen an die Ausbildung gemäß Artikel 106 des Gesetzes vom 10. Mai 2015 entspricht.

§ 3 - Der Minister entscheidet auf Grundlage des Gutachtens der Verwaltung über die automatische Anerkennung.

Die Verwaltung übermittelt dem europäischen Antragsteller spätestens innerhalb von drei Monaten ab dem in Paragraph 1 erwähnten Vollständigkeitsbescheid die Entscheidung des Ministers per Einschreiben.

Eine ablehnende Entscheidung vermerkt:

1. die Möglichkeit, Beschwerde einzulegen;
2. die zuständigen Instanzen, die davon Kenntnis nehmen;
3. die zu respektierenden Fristen und Formvorschriften.

*Abschnitt 2 — Allgemeine Regelung für die Anerkennung***Art. 54 - Antrag**

§ 1 - Der europäische Antragsteller kann bei der Verwaltung einen Antrag auf Anerkennung seiner Berufsqualifikation für die Zwecke der Niederlassung gemäß der allgemeinen Regelung im Sinne von Artikel 105 des Gesetzes vom 10. Mai 2015 schriftlich einreichen.

Der Minister stellt ein entsprechendes Antragsformular zur Verfügung, das die in Artikel 52 § 1 Absatz 2 erwähnten Elemente abfragt.

Dem in Absatz 2 erwähnten Antrag sind folgende Dokumente beizufügen:

1. die in Artikel 52 § 1 Absatz 3 Nummern 1-3 und 5-6 erwähnten Dokumente;
2. das offizielle Ausbildungsprogramm, das zum Erhalt der Berufsqualifikation geführt hat.

Die Verwaltung kann beim europäischen Antragsteller weitere Dokumente anfragen, aus denen hervorgeht, dass er alle Bedingungen zur Anerkennung gemäß der allgemeinen Regelung erfüllt.

§ 2 - Artikel 52 § 2 ist auf die weiteren Modalitäten zur Einreichung des Antrags anwendbar.

Art. 55 - Empfangsbestätigung und Vollständigkeit des Antrags

Die Verwaltung erteilt dem europäischen Antragsteller innerhalb eines Monats ab Einreichung des Antrags eine schriftliche Empfangsbestätigung und teilt ihm mit, ob der Antrag vollständig ist bzw. welche Informationen und Unterlagen fehlen.

Liegen nach Ablauf einer Frist von sechs Monaten nach der in Absatz 1 erwähnten Empfangsbestätigung nicht alle für die Bearbeitung nötigen Informationen und Unterlagen vor, schließt die Verwaltung die Antragsakte und setzt den europäischen Antragsteller über diesen Umstand in Kenntnis.

Art. 56 - Erstellung eines Gutachtens

§ 1 - Die Verwaltung erstellt innerhalb von drei Monaten ab Vollständigkeit des Antrags ein Gutachten darüber, ob der europäische Antragsteller in den Anwendungsbereich der Bestimmungen über die allgemeine Regelung zur Anerkennung von Berufsqualifikationen fällt und ob er über die nötige Berufsqualifikation und -erfahrung gemäß Artikel 15 des Gesetzes vom 12. Februar 2008 verfügt. Die Verwaltung gibt in ihrem Gutachten darüber hinaus ggf. eine Empfehlung über die aufzuerlegenden Ausgleichsmaßnahmen ab, falls die Berufsqualifikation und -erfahrung des europäischen Antragstellers unzureichend gemäß Artikel 16 des Gesetzes vom 12. Februar 2008 sind.

§ 2 - Die Verwaltung kann für die Erstellung des Gutachtens auf eine Stellungnahme eines oder mehrerer externen Sachverständigen oder beratender Gremien einer anderen Gemeinschaft zurückgreifen.

Greift die Verwaltung auf eine Stellungnahme eines externen Sachverständigen zurück und ist dieser der Ansicht, dass der europäische Antragsteller nicht in den Anwendungsbereich der Bestimmungen über die allgemeine Regelung zur Anerkennung von Berufsqualifikationen fällt und/oder nicht über die nötige Berufsqualifikation und -erfahrung verfügt, kann die Verwaltung entscheiden, weitere Unterlagen anzufordern.

Übermittelt der europäische Antragsteller innerhalb einer Frist von 15 Tagen nach der Anfrage keine weiteren Dokumente, erstellt die Verwaltung ein Gutachten auf Grundlage der Elemente, über die sie verfügt.

Art. 57 - Entscheidung des Ministers

§ 1 - Erteilt die Verwaltung ein günstiges Gutachten, trifft der Minister eine Entscheidung auf dessen Grundlage innerhalb einer Frist von einem Monat ab dessen Abgabe.

Die Verwaltung übermittelt dem europäischen Antragsteller die Entscheidung des Ministers wie folgt:

1. eine günstige Entscheidung durch gewöhnliches Schreiben;
2. eine ungünstige Entscheidung per Einschreiben.

§ 2 - Erteilt die Verwaltung ein ungünstiges Gutachten oder ein Gutachten, in dem sie die Auferlegung von Ausgleichsmaßnahmen empfiehlt, übermittelt sie dieses dem europäischen Antragsteller per Einschreiben.

Innerhalb einer Frist von einem Monat ab Versand des Einschreibens kann der europäische Antragsteller bei der Verwaltung eine mit Gründen versehene Stellungnahme zum Gutachten einreichen.

Reicht der europäische Antragsteller keine Stellungnahme ein, entscheidet der Minister auf Grundlage des Gutachtens der Verwaltung.

§ 3 - Reicht der europäische Antragsteller eine Stellungnahme ein, erstellt die Verwaltung innerhalb eines Monats nach Eingang der Stellungnahme ein zweites Gutachten. Wenn aus der Stellungnahme des europäischen Antragstellers neue Elemente hervorgehen, kann die Verwaltung für die Erstellung des zweiten Gutachtens auf die Stellungnahme eines oder mehrerer externen Sachverständigen oder beratender Gremien einer anderen Gemeinschaft zurückgreifen.

Im Absatz 1 erwähnten Fall wird Artikel 56 § 2 Absätze 2-3 angewendet.

Der Minister entscheidet auf Grundlage der Gutachten der Verwaltung und der Stellungnahme des europäischen Antragstellers.

Die Verwaltung übermittelt dem europäischen Antragsteller die Entscheidung des Ministers innerhalb eines Monats per Einschreiben.

Eine ablehnende Entscheidung oder eine Entscheidung, die eine Ausgleichsmaßnahme auferlegt, vermerkt:

1. die Möglichkeit, Beschwerde einzulegen;
2. die zuständigen Instanzen, die davon Kenntnis nehmen;
3. die zu respektierenden Fristen und Formvorschriften.

§ 4 - Unbeschadet der Anwendung der Paragraphen 2 und 3 und des Artikels 56 § 2 übermittelt die Verwaltung dem europäischen Antragsteller die Entscheidung des Ministers spätestens innerhalb einer Frist von vier Monaten ab dem in Artikel 55 Absatz 1 erwähnten Vollständigkeitsbescheid.

*Abschnitt 3 — Entzug der Anerkennung***Art. 58** - Entzugsverfahren

Der Minister entzieht die Anerkennung, wenn die Fachkraft eines Gesundheitspflegeberufs nicht mehr die ihrer Anerkennung zugrundeliegenden Bedingungen erfüllt.

Im Absatz 1 erwähnten Fall wird Artikel 49 angewendet.

Art. 59 - Freiwillige Beendigung der Anerkennung

Jede Fachkraft eines Gesundheitspflegeberufs kann ihrer Anerkennung freiwillig ein Ende setzen. Zu diesem Zweck informiert sie die Verwaltung über ihre Absicht.

Auf Vorschlag der Verwaltung entzieht der Minister die Anerkennung.

Art. 60 - Erneuter Antrag

Die Fachkraft eines Gesundheitspflegeberufs deren Anerkennung gemäß den Artikeln 58 oder 59 entzogen wurde, kann jederzeit einen erneuten Antrag auf Anerkennung gemäß den Bestimmungen des vorliegenden Kapitels bei der Verwaltung einreichen.

KAPITEL 4 — *Verfahren zur Ausstellung des Europäischen Berufsausweises**Abschnitt 1 — Beantragungs- und Ausstellungsverfahren für Berufe, die der automatischen Anerkennung unterliegen*Unterabschnitt 1 — *Gemeinsame Bestimmung***Art. 61** - Anwendungsbereich

Vorliegender Abschnitt ist anwendbar auf Ausstellungsanträge eines Europäischen Berufsausweises für die Zwecke der Niederlassung für folgende Berufe, die der automatischen Anerkennung gemäß Artikel 106 des Gesetzes vom 10. Mai 2015 unterliegen und für die die Europäische Kommission gemäß der Richtlinie 2005/36/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. September 2005 über die Anerkennung von Berufsqualifikationen mittels der EU-Verordnung einen Europäischen Berufsausweis eingeführt hat:

1. für die allgemeine Pflege verantwortliche Krankenpfleger;
2. Apotheker.

Unterabschnitt 2 — *Europäischer Berufsausweis für die Ausübung einer Berufstätigkeit in einem anderen Mitgliedstaat*

Art. 62 - Beantragung des Europäischen Berufsausweises für die Ausübung einer Berufstätigkeit in einem anderen Mitgliedstaat

Zwecks Beantragung des Europäischen Berufsausweises für die Ausübung einer Berufstätigkeit in einem anderen Mitgliedstaat kann der Inhaber einer in der Deutschsprachigen Gemeinschaft dazu erforderlichen Berufsqualifikation, der diesen Beruf in einem anderen Mitgliedstaat ausüben will:

1. die Anerkennung dieser Berufsqualifikation im Aufnahmemitgliedstaat beantragen oder;
2. je nach Fall die Ausstellung eines Europäischen Berufsausweises bei der Verwaltung beantragen oder bei letzterer beantragen, beim Aufnahmemitgliedstaat einen Antrag auf Ausstellung eines Europäischen Berufsausweises einzureichen, indem sie alle vorbereitenden Schritte hinsichtlich seiner IMI-Datei abschließt.

Art. 63 - Einreichen des Antrags eines Europäischen Berufsausweises

§ 1 - Der Inhaber einer Berufsqualifikation gemäß Artikel 62, der eine Berufstätigkeit in einem anderen Mitgliedstaat ausüben will, kann einen Europäischen Berufsausweis gemäß Artikel 3 der EU-Verordnung über ein durch die Europäische Kommission zur Verfügung gestelltes Online-Instrument beantragen, durch das eine eigene IMI-Datei für diesen Antragsteller erstellt wird.

Anlässlich der Einreichung des Antrags fragt die Verwaltung folgende Elemente ab:

1. Name, Vorname, Adresse, Land, Telefonnummer, E-Mail-Adresse, Geschlecht, Staatsangehörigkeit, Geburtsdatum, Geburtsland und -ort sowie Nationalregisternummer (BIS-Nummer, falls der Antragsteller keine Nationalregisternummer besitzt);
2. Bezeichnung des belgischen Gesundheitspflegeberufs, für den die Anerkennung beantragt wird;
3. Angabe des Mitgliedstaats, in dem der Antragsteller sich niederlassen will;
4. ggf. Angabe des Mitgliedstaats, in dem der Antragsteller zum Zeitpunkt der Antragsstellung zum Zweck der Ausübung der betreffenden Tätigkeiten rechtmäßig niedergelassen ist.

Der Antragsteller fügt seinem Antrag die in Anhang II Buchstabe A Absatz 1 der EU-Verordnung aufgeführten Dokumente bei.

§ 2 - Binnen einer Woche nach Eingang des Antrags bestätigt die Verwaltung dem Antragsteller den Empfang der Unterlagen und teilt ihm gegebenenfalls mit, welche Unterlagen fehlen.

Gegebenenfalls stellt die Verwaltung alle unterstützenden Bescheinigungen aus, die gemäß der EU-Verordnung erforderlich sind. Die Verwaltung überprüft, ob der Antragsteller im deutschen Sprachgebiet rechtmäßig niedergelassen ist und ob alle für die Ausstellung eines Europäischen Berufsausweises notwendigen Dokumente gültig und authentisch sind. Im Fall hinreichend begründeter Zweifel konsultiert die Verwaltung die Einrichtung, die das Dokument ausgestellt hat. Außerdem kann sie vom Antragsteller beglaubigte Kopien der Dokumente oder ggf. die Vorlage von Originalen verlangen.

Stellt derselbe Antragsteller mehrere Anträge nacheinander, darf die Verwaltung nicht die Wiedereinreichung von Dokumenten verlangen, die bereits in der IMI-Datei enthalten und nach wie vor gültig sind.

Art. 64 - Bearbeitung durch die Verwaltung

§ 1 - Die Verwaltung prüft die Authentizität und Gültigkeit der in der IMI-Datei hinterlegten Dokumente binnen eines Monats. Diese Frist beginnt:

1. entweder mit dem Eingang der fehlenden Dokumente, die in Artikel 63 § 2 Absatz 1 genannt werden;

2. oder, wenn keine weiteren Dokumente verlangt wurden, nach Ablauf des in Artikel 63 § 2 Absatz 1 genannten Zeitraums von einer Woche nach Erhalt des Antrags.

Daraufhin übermittelt die Verwaltung den Antrag auf einen Europäischen Berufsausweis unverzüglich der zuständigen Behörde des Aufnahmemitgliedstaats und informiert den Antragsteller zur selben Zeit über den Status seines Antrags.

§ 2 - Die Verwaltung stellt die durch den Aufnahmemitgliedstaat bei hinreichend begründeten Zweifeln angefragten weiteren Informationen oder die beglaubigte Kopie eines Dokuments spätestens zwei Wochen nach Einreichung des Ersuchens durch diesen Aufnahmemitgliedstaat zur Verfügung.

Unterabschnitt 3 — Europäischer Berufsausweis für die Ausübung einer Berufstätigkeit auf dem deutschen Sprachgebiet

Art. 65 - Überprüfung eines Antrags für den Europäischen Berufsausweis für das Ausüben einer Berufsaktivität auf dem deutschen Sprachgebiet

§ 1 - Dieser Artikel ist anwendbar, wenn die Verwaltung von einer zuständigen Behörde eines Herkunftsmitgliedstaats eines Inhabers einer Berufsqualifikation eine Anfrage für einen Europäischen Berufsausweis erhält für die Zwecke der Niederlassung auf dem deutschen Sprachgebiet.

§ 2 - Der Minister entscheidet auf Grundlage eines Gutachtens der Verwaltung binnen einem Monat nach Eingang des vom Herkunftsmitgliedstaat übermittelten Antrags bei der Verwaltung, ob er einen Europäischen Berufsausweis ausstellt. Im Fall einer günstigen Entscheidung, erteilt der Minister zeitgleich die in Artikel 53 § 3 vorgesehene automatische Anerkennung.

§ 3 - Die Verwaltung hat die Möglichkeit, die in Paragraph 2 erwähnte Frist um zwei Wochen zu verlängern. Sie erläutert die Gründe für eine solche Verlängerung und unterrichtet den europäischen Antragsteller entsprechend. Die Verwaltung kann diese Verlängerung einmal und nur dann wiederholen, wenn dies unbedingt notwendig ist, insbesondere aus Gründen im Zusammenhang mit der öffentlichen Gesundheit oder der Sicherheit der Dienstleistungsempfänger.

§ 4 - Bei hinreichend begründeten Zweifeln kann die Verwaltung vom Herkunftsmitgliedstaat weitere Informationen oder die Beifügung einer beglaubigten Kopie eines Dokuments oder ggf. die Vorlage von Originalen durch den Herkunftsmitgliedstaat anfordern.

Die Verwaltung darf nur den Zugang zu Dokumenten beantragen, die in der IMI-Datei enthalten und die noch gültig sind.

Die Anfrage von weiteren Informationen, beglaubigten Kopien eines Dokuments oder ggf. der Vorlage von Originalen verlängert nicht die Frist, in der der Minister gemäß Paragraph 2 eine Entscheidung treffen muss.

Falls die Verwaltung nicht die notwendigen Informationen von dem Herkunftsmitgliedstaat oder dem europäischen Antragsteller erhält, darf der Minister die Ausstellung des Ausweises verweigern. Eine solche Verweigerung wird ordnungsgemäß begründet.

§ 5 - Trifft der Minister keine Entscheidung binnen der in Paragraph 2 festgelegten Frist, so gilt der Europäische Berufsausweis als ausgestellt, und er wird automatisch über das IMI-System dem Inhaber einer Berufsqualifikation übermittelt.

Für die Zwecke der Niederlassung begründet die Ausstellung eines Europäischen Berufsausweises kein automatisches Recht zur Ausübung eines bestimmten Berufs, wenn es in der Deutschsprachigen Gemeinschaft bereits vor Einführung des Europäischen Berufsausweises für diesen Beruf Registrierungsanforderungen oder andere Kontrollverfahren gibt.

Die vom Herkunftsmitgliedstaat bezüglich des Europäischen Berufsausweises gemäß diesem Artikel ergriffenen Maßnahmen ersetzen jeden Antrag auf automatische Anerkennung von Berufsqualifikationen.

§ 6 - Trifft der Minister im Rahmen des vorliegenden Artikels eine ablehnende Entscheidung, so übermittelt die Verwaltung diese dem europäischen Antragsteller innerhalb eines Monats per Einschreiben. Diese vermerkt:

1. die Möglichkeit, Beschwerde einzulegen;
2. die zuständigen Instanzen, die davon Kenntnis nehmen;
3. die zu respektierenden Fristen und Formvorschriften.

Abschnitt 2 — Beantragungs- und Ausstellungsverfahren für Berufe, die der allgemeinen Regelung für die Anerkennung unterliegen

Art. 66 - Anwendungsbereich

Vorliegender Abschnitt ist anwendbar auf Ausstellungsanträge eines Europäischen Berufsausweises für die Zwecke der Niederlassung für den Beruf des Kinesiotherapeuten, der der allgemeinen Regelung für die Anerkennung gemäß Artikel 105 des Gesetzes vom 10. Mai 2015 unterliegt und für den die Europäische Kommission gemäß der Richtlinie 2005/36/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. September 2005 über die Anerkennung von Berufsqualifikationen mittels der EU-Verordnung einen Europäischen Berufsausweis eingeführt hat.

Art. 67 - Beantragung des Europäischen Berufsausweises für die Ausübung einer Berufstätigkeit in einem anderen Mitgliedstaat

Die Beantragung des Europäischen Berufsausweises durch einen im deutschen Sprachgebiet niedergelassenen Kinesiotherapeuten für die Ausübung seiner Berufstätigkeit in einem anderen Mitgliedstaat unterliegt der Anwendung der Artikel 5/1, 5/2 und 5/5 des Gesetzes vom 12. Februar 2008. Die Verwaltung handelt für die Anwendung dieser Artikel als zuständige belgische Behörde.

Art. 68 - Einreichen des Antrags eines Europäischen Berufsausweises

Im Rahmen von Artikel 67 und für die Anwendung von Artikel 5/2 § 1 Absatz 2 des Gesetzes vom 12. Februar 2008 fragt die Verwaltung folgende Elemente ab:

1. Name, Vorname, Adresse, Land, Telefonnummer, E-Mail-Adresse, Geschlecht, Staatsangehörigkeit, Geburtsdatum, Geburtsland und -ort sowie Nationalregisternummer (BIS-Nummer, falls der Antragsteller keine Nationalregisternummer besitzt);
2. Bezeichnung des belgischen Gesundheitspflegeberufs für den die Anerkennung beantragt wird;
3. Angabe des Mitgliedstaats, in dem der Antragsteller sich niederlassen will;

4. ggf. Angabe des Mitgliedstaats, in dem der Antragssteller zum Zeitpunkt der Antragsstellung zum Zweck der Ausübung der betreffenden Tätigkeiten rechtmäßig niedergelassen ist.

Der Antragsteller fügt seinem Antrag die in Anhang II Buchstabe A Absatz 2 der EU-Verordnung aufgeführten Dokumente bei.

Art. 69 - Überprüfung eines Antrags für den Europäischen Berufsausweis für das Ausüben des Berufs des Kinesiotherapeuten auf dem deutschen Sprachgebiet

§ 1 - Dieser Artikel ist anwendbar, wenn die Verwaltung von einer zuständigen Behörde eines Herkunftsmitgliedstaats eines Inhabers einer Berufsqualifikation eine Anfrage für einen Europäischen Berufsausweis erhält für die Zwecke der Niederlassung als Kinesiotherapeut auf dem deutschen Sprachgebiet.

§ 2 - Die Überprüfung der in Paragraph 1 erwähnten Anfrage und die ggf. daraus hervorgehende Ausstellung des Europäischen Berufsausweises unterliegen der Anwendung des Artikels 5/6 § 3-6 des Gesetzes vom 12. Februar 2008. Die Verwaltung handelt für die Anwendung des vorerwähnten Artikels als zuständige belgische Behörde.

§ 3 - Für die Anwendung von Artikel 5/6 § 3 entscheidet der Minister auf Grundlage eines Gutachtens der Verwaltung. Die Verwaltung kann für die Erstellung des Gutachtens auf eine Stellungnahme eines oder mehrerer externen Sachverständigen oder beratender Gremien einer anderen Gemeinschaft zurückgreifen.

Greift die Verwaltung auf eine Stellungnahme eines externen Sachverständigen zurück und ist dieser der Ansicht, dass der europäische Antragsteller nicht über die nötige Berufsqualifikation und -erfahrung verfügt, kann die Verwaltung entscheiden, den europäischen Antragsteller anzuhören.

Außer in Dringlichkeitsfällen lädt die Verwaltung den europäischen Antragsteller mindestens 15 Tage vor ihrem Stattfinden zur Anhörung vor.

Der externe Sachverständige kann an der Anhörung teilnehmen.

Der europäische Antragsteller kann sich für die Zwecke der Anhörung durch einen Anwalt beistehen lassen.

Erscheint der europäische Antragsteller nicht zur Anhörung, erstellt die Verwaltung ein Gutachten auf Grundlage der Elemente, über die sie verfügt.

Im Fall einer günstigen Entscheidung, erteilt der Minister zeitgleich die in Artikel 57 § 1 Absatz 2 bzw. die in Artikel 57 § 3 Absatz 4 vorgesehene Anerkennung.

§ 4 - Trifft der Minister im Rahmen des vorliegenden Artikels eine ablehnende Entscheidung oder eine Entscheidung, die eine Ausgleichsmaßnahme auferlegt, so übermittelt die Verwaltung diese dem europäischen Antragsteller innerhalb eines Monats per Einschreiben. Sie vermerkt:

1. die Möglichkeit, Beschwerde einzulegen;
2. die zuständigen Instanzen, die davon Kenntnis nehmen;
3. die zu respektierenden Fristen und Formvorschriften.

Abschnitt 3 — Gemeinsame Bestimmung

Art. 70 - Datenverarbeitung und Zugang zu Daten bezüglich des Europäischen Berufsausweises

Die Abschnitte 1 und 2 unterliegen der Anwendung des Artikels 5/8 des Gesetzes vom 12. Februar 2008.

Abschnitt 4 — Entzug des Europäischen Berufsausweises

Art. 71 - Entzugsverfahren

Der Minister entzieht den Europäischen Berufsausweis, wenn die Fachkraft eines Gesundheitspflegeberufs nicht mehr die der Ausstellung ihres Europäischen Berufsausweises zugrundeliegenden Bedingungen erfüllt.

Im Absatz 1 erwähnten Fall wird Artikel 49 angewendet.

Art. 72 - Freiwilliger Entzug des Europäischen Berufsausweises

Jede Fachkraft eines Gesundheitspflegeberufs kann ihren Europäischen Berufsausweis freiwillig entziehen lassen. Zu diesem Zweck informiert sie die Verwaltung über ihre Absicht.

Auf Vorschlag der Verwaltung entzieht der Minister den Europäischen Berufsausweis.

Art. 73 - Erneuter Antrag

Die Fachkraft eines Gesundheitspflegeberufs deren Europäischer Berufsausweis gemäß den Artikeln 71 oder 72 entzogen wurde, kann jederzeit einen erneuten Antrag auf Ausstellung eines Europäischen Berufsausweises gemäß den Bestimmungen des vorliegenden Kapitels bei der Verwaltung einreichen.

KAPITEL 5 — Schlussbestimmungen

Art. 74 - Abänderungsbestimmung

Im Königlichen Erlass vom 21. April 1983 zur Festlegung der Modalitäten für die Zulassung von Fachärzten und Hausärzten werden aufgehoben:

1. der Artikel 4 Nummern 2 und 3;
2. der Artikel 4bis;
3. der Artikel 7 § 1-6;
4. der Artikel 8 § 1 Nummern 1, 2 und 3;
5. die Artikel 9-31;
6. Artikel 32 § 1 Absätze 1 und 2
7. Artikel 33;
8. die Artikel 44-45.

Art. 75 - Abänderungsbestimmung

Im Königlichen Erlass vom 10. November 1996 zur Festlegung der Modalitäten für die Zulassung der Fachkräfte der Zahnheilkunde, die Inhaber einer besonderen Berufsbezeichnung sind, werden aufgehoben:

1. der Artikel 3 Nummer 2;
2. der Artikel 6;
3. der Artikel 7 Nummern 1-3;
4. das Kapitel III, das die Artikel 9-32 umfasst.

Art. 76 - Abänderungsbestimmung

Im Königlichen Erlass vom 22. Oktober 2012 zur Festlegung des Zulassungsverfahrens für die besondere Berufsbezeichnung eines Krankenhausapothekers werden aufgehoben:

1. der Artikel 2 Nummer 1;
2. das Kapitel 2, das die Artikel 4-21 umfasst;
3. der Artikel 34 Nummern 1 und 2;
4. die Artikel 37 und 38;
5. die Artikel 46-49.

Art. 77 - Abänderungsbestimmung

Artikel 9 des Königlichen Erlasses vom 1. Februar 1991 über die Ausübung des Hebammenberufs wird wie folgt abgeändert:

1. die Paragraphen 2 und 3 werden wie folgt ersetzt:

„§ 2 - Wenn das Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft feststellt, dass ein Weiterbildungspflichtiger die in Paragraph 1 festgelegte Bedingung nicht erfüllt, ermahnt das Ministerium den Weiterbildungspflichtigen.

§ 3 - Wenn das Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft feststellt, dass der Weiterbildungspflichtige nach Ablauf einer Frist von einem Jahr nach der Mahnung noch nicht mit einer Weiterbildung begonnen oder diese noch nicht vervollständigt hat, kann ihm die Zulassung als Inhaber seiner Berufsbezeichnung gemäß dem in Artikel 49 des Erlasses der Regierung vom 25. April 2019 zur Festlegung des Verfahrens zur Zulassung, Registrierung und Anerkennung der Fachkräfte der Gesundheitspflegeberufe und zur Ausstellung des Europäischen Berufsausweises festgelegten Verfahren entzogen werden.“

2. Paragraph 4 wird aufgehoben.

Art. 78 - Aufhebungsbestimmung

Werden aufgehoben:

1. der Königliche Erlass vom 15. April 2002 über die Zulassung als Heilgymnast und die Zulassung besonderer Berufsbezeichnungen und besonderer Qualifikationen;
2. der Königliche Erlass vom 18. November 2004 über die Zulassung der Fachkräfte der Heilhilfsberufe, abgeändert durch den Königlichen Erlass vom 16. Februar 2009;
3. der Königliche Erlass vom 14. April 2013 zur Festlegung des Verfahrens anwendbar auf die Anerkennung von beruflichen Qualifikationen von Gesundheitsberufen, welche angeeignet wurden in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union als Belgien;
4. der Königliche Erlass vom 18. April 2013 über die Zusammensetzung, die Organisation und die Arbeitsweise der Zulassungskommission für die Krankenpflegefachkräfte, zur Festlegung des Zulassungsverfahrens, nach dem Krankenpfleger ermächtigt werden, eine besondere Berufsbezeichnung zu führen oder sich auf eine besondere berufliche Qualifikation zu berufen, und zur Festlegung des Verfahrens zur Registrierung als Pflegehelfer, abgeändert durch den Königlichen Erlass vom 21. Februar 2014;
5. der Erlass der Regierung vom 24. März 2016 zur übergangsweisen Regelung des Anerkennungsverfahrens für Gesundheits- und Pflegeberufe;
6. der Ministerielle Erlass vom 9. September 2011 zur Erteilung von Zulassungsaufträgen für besondere Berufsbezeichnungen, die Inhabern eines Masters in Medizin oder des akademischen Grades in Medizin, die bereits Inhaber einer besonderen Berufsbezeichnung sind, an die Zulassungskommissionen für besondere Berufsbezeichnungen gemäß Artikel 4bis Absatz 1 des Königlichen Erlasses vom 21. April 1983 zur Festlegung der Modalitäten für die Zulassung von Fachärzten und Hausärzten.

Art. 79 - Übergangsbestimmung

Alle Anträge auf Zulassung, Registrierung und Anerkennung der Fachkräfte der Gesundheitspflegeberufe und Anträge auf Ausstellung des Europäischen Berufsausweises, die vor Inkrafttreten des vorliegenden Erlasses bei der Verwaltung eingereicht wurden, werden ab Inkrafttreten gemäß den Bestimmungen des vorliegenden Erlasses bearbeitet.

Art. 80 - Übergangsbestimmung

§ 1 - Der Minister erteilt den in Artikel 153 § 1 des Gesetzes vom 10. Mai 2015 erwähnten Personen von Rechts wegen eine Zulassung, sobald das Landesinstitut für Kranken- und Invalidenversicherung der Verwaltung die dafür nötigen Informationen übermittelt hat.

§ 2 - Personen, die eine Zulassung aufgrund von Artikel 153 § 2 des Gesetzes vom 10. Mai 2015 beantragen, reichen einen Antrag gemäß Artikel 9 bei der Verwaltung ein. Außer den in Artikel 9 Absatz 4 erwähnten Elementen sind dem Antrag Dokumente beizufügen, aus denen hervorgeht, dass der Antragsteller die in Artikel 153 § 2 des Gesetzes vom 10. Mai 2015 festgelegten Bedingungen erfüllt.

Die Artikel 10-12 sind anwendbar auf die Modalitäten zur Bearbeitung des Antrags und der Beschlussfassung.

§ 3 - Personen, die eine Zulassung aufgrund von Artikel 153 § 3 des Gesetzes vom 10. Mai 2015 beantragen, reichen einen Antrag gemäß Artikel 9 bei der Verwaltung ein.

Außer den in Artikel 9 Absatz 3 erwähnten Elementen fragt der Antrag folgende Elemente ab:

1. Angabe der Tätigkeiten, für die der Antragsteller den Vorteil der erworbenen Rechte beantragt;
2. Angabe der Zeiträume und Orte, an denen er diese Tätigkeiten erbracht hat.

Außer den in Artikel 9 Absatz 4 erwähnten Dokumenten ist dem Antrag eine Bescheinigung eines Arztes oder eines Apothekers beizufügen, aus der hervorgeht, dass der Antragsteller die in Absatz 2 Nummer 1 erwähnten Tätigkeiten dauerhaft und in ausreichender Zahl erbracht hat.

Die in Absatz 3 erwähnte Bescheinigung kann nur von Ärzten oder Apothekern ausgestellt werden, die befugt sind, für den jeweiligen Heilhilfsberuf Handlungen und Leistungen zu verschreiben.

Die Artikel 10-12 sind anwendbar auf die Modalitäten zur Bearbeitung des Antrags und der Beschlussfassung.

Art. 81 - Übergangsbestimmung

Personen, die eine Zulassung aufgrund von Artikel 154 des Gesetzes vom 10. Mai 2015 beantragen, reichen einen Antrag gemäß Artikel 9 bei der Verwaltung ein. Außer den in Artikel 9 Absatz 4 erwähnten Elementen sind dem Antrag Dokumente beizufügen, aus denen hervorgeht, dass der Antragsteller die in Artikel 154 des Gesetzes vom 10. Mai 2015 festgelegten Bedingungen erfüllt.

Die Artikel 10-12 sind anwendbar auf die Modalitäten zur Bearbeitung des Antrags und der Beschlussfassung.

Art. 82 - Durchführungsbestimmung

Der für Gesundheit zuständige Minister wird mit der Durchführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Eupen, den 25. April 2019

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft:

Der Ministerpräsident

O. PAASCH

Der Minister für Familie, Gesundheit und Soziales

A. ANTONIADIS

TRADUCTION

MINISTERE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

[2019/202246]

25 AVRIL 2019. — Arrêté du Gouvernement fixant la procédure d'agrément, d'enregistrement et de reconnaissance des professionnels du secteur des soins de santé et relatif à la délivrance d'une carte professionnelle européenne

Le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Vu la loi spéciale du 8 août 1980 de réformes institutionnelles, l'article 20;

Vu la loi du 31 décembre 1983 de réformes institutionnelles pour la Communauté germanophone, l'article 7;

Vu la loi coordonnée du 10 mai 2015 relative à l'exercice des professions des soins de santé, l'article 43, § 2, l'article 56, l'article 61, § 3, l'article 63, modifié par l'arrêté royal du 27 juin 2016, l'article 64, l'article 65, l'article 68/2/2, inséré par la loi du 10 juillet 2016, l'article 68/4, § 2, inséré par la loi du 10 mai 2015, l'article 72, § 2, alinéa 1^{er}, l'article 88, l'article 105, l'article 106, § 2, l'article 145, § 3, l'article 153, § 1^{er} et 2, et § 3, alinéa 4.

Vu l'arrêté royal du 21 avril 1983 fixant les modalités de l'agrément des médecins spécialistes et des médecins généralistes;

Vu l'arrêté royal du 1^{er} février 1991 relatif à l'exercice de la profession de sage-femme;

Vu l'arrêté royal du 10 novembre 1996 fixant les modalités de l'agrément des praticiens de l'art dentaire titulaires d'un titre professionnel particulier;

Vu l'arrêté royal du 15 avril 2002 relatif à l'agrément en qualité de kinésithérapeute et à l'agrément des titres particuliers et des qualifications particulières;

Vu l'arrêté royal du 18 novembre 2004 relatif à l'agrément des praticiens des professions paramédicales;

Vu l'arrêté royal du 22 octobre 2012 fixant la procédure relative à l'agrément du titre professionnel particulier de pharmacien hospitalier;

Vu l'arrêté royal du 14 avril 2013 fixant la procédure applicable à la reconnaissance des qualifications professionnelles relatives aux professions de soins de santé acquises dans un État membre de l'Union européenne autre que la Belgique;

Vu l'arrêté royal du 18 avril 2013 relatif à la composition, à l'organisation et au fonctionnement de la Commission d'agrément pour les praticiens de l'art infirmier, et fixant la procédure d'agrément autorisant les infirmiers à porter un titre professionnel particulier ou à se prévaloir d'une qualification professionnelle particulière, et la procédure d'enregistrement comme aide-soignant;

Vu l'arrêté du Gouvernement du 24 mars 2016 réglant provisoirement la procédure d'agrément pour les professions de santé et de soins;

Vu l'avis de l'Inspecteur des Finances, donné le 18 décembre 2018;

Vu l'accord du Ministre-Président, compétent en matière de Budget, donné le 19 décembre 2018;

Vu l'avis de l'Autorité de protection des données, donné le 27 février 2019;

Vu l'avis du Conseil d'État n° 65.203/VR, donné le 25 mars 2019, en application de l'article 84, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 2^o, des lois sur le Conseil d'État, coordonnées le 12 janvier 1973;

Considérant la loi du 12 février 2008 instaurant un cadre général pour la reconnaissance des qualifications professionnelles UE;

Sur la proposition du Ministre compétent en matière de Santé;

Après délibération,

Arrête :

CHAPITRE 1^{er}. — *Dispositions communes*

Section 1^{re}. — Dispositions générales

Article 1^{er}. - Clause européenne

Le présent arrêté sert à la transposition partielle de la directive 2005/36/CE du Parlement européen et du Conseil du 7 septembre 2005 relative à la reconnaissance des qualifications professionnelles.

Art. 2. - Définitions

Pour l'application du présent arrêté, il faut entendre par :

1^o demandeur : le titulaire d'un diplôme obtenu en Belgique donnant accès à l'exercice d'une profession de soins de santé mentionnée dans la loi du 10 mai 2015 ou autorisant à porter un titre professionnel, un titre professionnel particulier ou une qualification professionnelle particulière y mentionnés et qui, à cet effet, introduit une demande d'agrément ou, selon le cas, d'enregistrement;

2^o demandeur européen : les personnes suivantes :

a) le citoyen européen titulaire d'une qualification professionnelle obtenue dans un État membre européen autre que la Belgique, et pour laquelle il demande la reconnaissance;

b) le ressortissant étranger non européen titulaire d'une qualification professionnelle obtenue dans un État membre européen autre que la Belgique, et pour laquelle il demande une reconnaissance conformément à l'article 145, § 3, de la loi du 10 mai 2015;

3^o carte professionnelle européenne : la carte professionnelle mentionnée à l'article 2, § 1^{er}, o), de la loi du 12 février 2008 instaurant un cadre général pour la reconnaissance des qualifications professionnelles UE;

4^o administration : le Ministère de la Communauté germanophone;

5^o loi du 12 février 2008 : la loi du 12 février 2008 instaurant un cadre général pour la reconnaissance des qualifications professionnelles UE, dans sa version au 1^{er} avril 2019;

6^o loi du 10 mai 2015 : la loi coordonnée du 10 mai 2015 relative à l'exercice des professions des soins de santé;

7^o IMI : le système d'information du marché intérieur régi par le règlement (UE) n^o 1024/2012 du Parlement européen et du Conseil du 25 octobre 2012 concernant la coopération administrative par l'intermédiaire du système d'information du marché intérieur et mentionné à l'article 2, § 1^{er}, s), de la loi du 12 février 2008;

8^o ministre : le ministre du Gouvernement de la Communauté germanophone compétent en matière de Santé;

9^o règlement européen : le règlement d'exécution (UE) 2015/983 de la Commission du 24 juin 2015 sur la procédure de délivrance de la carte professionnelle européenne et l'application du mécanisme d'alerte conformément à la directive 2005/36/CE du Parlement européen et du Conseil.

Art. 3. - Règlements relative à la partialité

Les experts externes désignés pour émettre un avis dans le cadre du présent arrêté ne peuvent exercer leur mission s'il existe un motif de partialité. C'est particulièrement le cas si, en soumettant un avis sur une demande d'agrément, d'enregistrement ou de reconnaissance, ils peuvent obtenir un avantage ou un désavantage direct à titre professionnel ou privé.

Dès qu'ils sont chargés d'émettre un avis, les experts externes communiquent à l'administration les éventuels motifs de partialité.

Art. 4. - Indemnisation d'experts externes

Les experts externes désignés pour émettre un avis dans le cadre du présent arrêté recevront un honoraire de 175 euros par avis. Si plusieurs avis sont préparés par plusieurs experts lors d'une réunion de travail commune, chaque expert recevra un montant total de 175 euros, indépendamment du nombre d'avis émis à cette date.

En cas d'auditions et de réunions de travail communes, les experts perçoivent également une indemnité de déplacement conformément à l'article 2 de l'arrêté du Gouvernement du 12 juillet 2001 portant harmonisation des jetons de présence et des indemnités de déplacement au sein d'organismes et de conseils d'administration de la Communauté germanophone.

Art. 5. - Procédures d'agrément, d'enregistrement et de reconnaissance

Les demandeurs titulaires d'un diplôme obtenu en Belgique donnant accès à l'exercice d'une profession de soins de santé mentionnée dans la loi du 10 mai 2015 ou autorisant à porter un titre professionnel, un titre professionnel particulier ou une qualification professionnelle particulière y mentionnés peuvent introduire une demande d'agrément ou, selon le cas, d'enregistrement conformément au chapitre 2.

Les ressortissants étrangers non européens titulaires d'un diplôme obtenu dans un pays tiers et qui, en vertu de l'article 145, § 1^{er} et 2, de la loi du 10 mai 2015, souhaitent exercer l'une des activités professionnelles mentionnées aux articles 3, § 1, 4, 6, 23, § 2, 43, 45, 56, 63, 68/1 et 68/2 de la même loi ou l'une des activités professionnelles mentionnées au chapitre 7 de cette même loi, peuvent, après avoir obtenu l'équivalence de leur diplôme, introduire une demande d'agrément ou d'enregistrement conformément au chapitre 2 aux fins d'établissement en région de langue allemande.

Les ressortissants étrangers non européens qui, conformément à l'article 145, § 1^{er} et 2, de la loi du 10 mai 2015 se sont vu délivrer un agrément en vue d'exercer les activités professionnelles mentionnées aux articles 3, § 1^{er}, 4, 6, 23, § 2, 43, 45, 56, 63, 68/1 ou 68/2 de la même loi, ou un agrément en vue d'exercer une profession paramédicale conformément au chapitre 7 de la même loi, et qui sont titulaires d'un diplôme obtenu dans un pays tiers autorisant à porter un titre professionnel, un titre professionnel particulier ou une qualification professionnelle particulière peuvent, après avoir obtenu l'équivalence de leur diplôme, introduire une demande d'agrément conformément au

chapitre 2 aux fins d'établissement en région de langue allemande, pour autant que leur formation ne relève pas d'un système de reconnaissance mutuelle des qualifications professionnelles. À défaut, ils peuvent introduire une demande de reconnaissance conformément au chapitre 3.

Les demandeurs européens titulaires d'une qualification professionnelle obtenue dans un État membre européen autre que la Belgique peuvent déposer une demande de reconnaissance conformément au chapitre 3 ou de délivrance d'une carte professionnelle européenne conformément au chapitre 4.

Section 2. — Confidentialité et protection des données

Art. 6. - Confidentialité

Sans préjudice de dispositions légales ou décrétales contraires, l'administration et les experts externes sont tenus de traiter confidentiellement les données qui leur sont confiées dans le cadre de l'exercice de leur mission.

Art. 7. - Traitement des données à caractère personnel

L'administration est responsable du traitement des données à caractère personnel mentionnées aux articles 9, 13, 21, 23, 29, 31, 39, 44, 52, 54, 63 et 68 au sens du règlement général sur la protection des données. Elle est réputée responsable du traitement de ces données au sens de l'article 4, 7), du règlement général sur la protection des données. Les experts externes ainsi que les instances consultatives d'une autre communauté sont considérés comme étant sous-traitants au sens de l'article 4, 8), du règlement général sur la protection des données.

Dans la mesure nécessaire à l'exécution de ses missions, l'administration transmet aux experts externes et aux instances consultatives d'une autre communauté les données à caractère personnel énumérées à l'alinéa 1^{er}.

L'administration ainsi que, le cas échéant, les experts externes et les instances consultatives d'une autre communauté traitent les données à caractère personnel énumérées à l'alinéa 1^{er} en vue de l'exécution de leurs missions mentionnées à l'article 5. Ils ne peuvent utiliser les données collectées à d'autres fins que celles de l'exercice desdites missions.

Le traitement des données à caractère personnel s'opère dans le respect des dispositions légales applicables en matière de protection des données.

Art. 8. - Durée du traitement des données

Les données peuvent être conservées au maximum pendant dix ans après que la demande introduite par le demandeur ou le demandeur européen a été acceptée ou refusée, sous une forme qui permet l'identification des intéressés. Sans préjudice des dispositions relatives à l'archivage, elles sont détruites au plus tard au terme de ce délai.

CHAPITRE 2. — Procédures d'agrément et d'enregistrement

Section 1^{re}. — Agrément

Art. 9. - Agrément sur demande

Conformément à l'alinéa 2, le demandeur introduit une demande auprès de l'administration afin de, en vertu de la loi du 10 mai 2015 :

1° obtenir un agrément en vue d'exercer une profession de soins de santé mentionnée dans la même loi;

2° obtenir un agrément en tant que titulaire d'un titre professionnel, d'un titre professionnel particulier ou d'une qualification professionnelle particulière, mentionnés dans la même loi.

L'alinéa 1^{er} s'applique aux sages-femmes qui souhaitent obtenir un agrément pour ce titre conformément à l'article 63 de la loi du 10 mai 2015 et qui ne peuvent être agréées de plein droit.

Le Ministre met à disposition un formulaire de demande *ad hoc*, reprenant les éléments suivants :

1° la dénomination de la profession de soins de santé pour laquelle l'agrément est demandé;

2° les nom, prénom, adresse, pays, numéro de téléphone, adresse électronique, sexe, nationalité, date, pays et lieu de naissance ainsi que le numéro de registre national - n° Bis si le demandeur ne possède pas de numéro de registre national;

3° les données relatives aux titres de formation ou formations continuées en rapport avec la profession.

La demande mentionnée à l'alinéa 2 doit être accompagnée des documents suivants :

1° un curriculum vit[00e6] sous la forme d'un tableau;

2° une copie recto-verso de la carte d'identité;

3° une copie du titre de formation mentionné à l'alinéa 2, 3°, et/ou une copie du certificat de fin de formation continue, y compris les heures de formation;

4° le cas échéant, une copie des attestations de travail établies par l'employeur;

5° le cas échéant, une attestation certifiant l'inscription auprès de l'ordre professionnel compétent.

Art. 10. - Accusé de réception et complétude de la demande

Dans un délai d'un mois à dater du dépôt de la demande, l'administration délivre au demandeur un accusé de réception écrit et lui communique si la demande est complète ou, selon le cas, les informations et documents qui font défaut.

Si, à l'expiration d'un délai de six mois suivant l'accusé de réception mentionné à l'alinéa 1^{er}, toutes les informations et tous les documents nécessaires pour traiter la demande n'ont pas été fournis, l'administration clôture le dossier de demande et en informe le demandeur.

Art. 11. - Établissement d'un avis

§ 1^{er} - Dans un délai de trois mois à partir du moment où la demande est complète, l'administration établit un avis sur le fait que le demandeur remplit ou non les conditions de l'agrément.

§ 2 - Pour rendre son avis, l'administration peut s'appuyer sur celui émis soit par un ou plusieurs experts externes, soit par des instances consultatives d'une autre communauté.

Si l'administration a recours à l'avis d'un expert externe qui estime que le demandeur ne remplit pas les conditions de l'agrément, elle peut décider de demander d'autres documents ou, selon le cas, d'entendre le demandeur. La décision d'entendre le demandeur ou, selon le cas, de demander d'autres documents a un effet suspensif sur le délai mentionné au paragraphe 1^{er}, et ce, jusqu'à la date de l'audition ou, selon le cas, jusqu'à la date à laquelle les documents demandés auront été introduits auprès de l'administration.

Sauf en cas d'urgence, l'administration invite le demandeur au moins quinze jours avant l'audition.

L'expert externe peut participer à l'audition.

Le demandeur peut, pour les besoins de l'audition, se faire assister par un avocat.

Si le demandeur n'est pas présent à l'audition, l'administration établit un avis sur la base des éléments dont elle dispose.

Art. 12. - Décision du ministre

§ 1^{er} - Si l'administration rend un avis favorable, le ministre prend une décision sur la base de cet avis dans un délai d'un mois à compter de sa présentation.

L'administration communique la décision du ministre au demandeur comme suit :

1^o une décision favorable par simple lettre;

2^o une décision défavorable par lettre recommandée.

§ 2 - Si l'administration rend un avis défavorable, il transmet celui-ci au demandeur par lettre recommandée.

Dans un délai d'un mois à compter de l'expédition de la lettre recommandée, le demandeur peut introduire auprès de l'administration une prise de position motivée à propos de l'avis.

À défaut, le ministre statue sur la base de l'avis émis par l'administration.

§ 3 - Si le demandeur introduit sa prise de position, l'administration établit un deuxième avis dans un délai d'un mois après la réception de cette prise de position. Si la prise de position du demandeur apporte de nouveaux éléments, l'administration peut, pour rendre son deuxième avis, s'appuyer sur celui émis soit par un ou plusieurs experts externes soit par des instances consultatives d'une autre communauté.

Dans le cas mentionné à l'alinéa 1^{er}, l'article 11, § 2, alinéas 2 à 6, est appliqué.

Le ministre décide sur la base des avis de l'administration et de la prise de position du demandeur.

Dans un délai d'un mois, l'administration communique la décision du ministre au demandeur par lettre recommandée.

Une décision de rejet mentionne :

1^o la possibilité d'introduire un recours;

2^o les instances compétentes qui en prendront connaissance;

3^o les délais et formes à respecter.

Section 2. — Procédures spéciales d'agrément

Sous-section 1^{re}. — Stage et agrément des médecins généralistes et spécialistes

Art. 13. - Demande d'acceptation du plan de stage

Au cours des quatre premiers mois de sa formation, le demandeur habilité à exercer la médecine en Belgique introduit une demande d'acceptation de son plan de stage auprès de l'administration.

Le Ministre met à disposition un formulaire de demande *ad hoc*, reprenant les éléments suivants :

1^o les données relatives au début, à la fin et à la durée du stage;

2^o les données relatives au maître de stage;

3^o les données relatives à l'établissement dans lequel se déroulera le stage.

La demande doit être accompagnée des documents suivants :

1^o une attestation dont il ressort que le demandeur est inscrit pour la discipline correspondante auprès d'une faculté de médecine;

2^o une attestation certifiant que le candidat est inscrit au tableau de l'Ordre des médecins;

3^o une copie de la convention concernant la rémunération du demandeur, telle que conclue entre le demandeur, le maître de stage et, le cas échéant, l'établissement de stage.

Art. 14. - Accusé de réception et complétude de la demande

Dans un délai d'un mois à dater du dépôt de la demande, l'administration délivre au demandeur un accusé de réception écrit et lui communique si la demande est complète ou, selon le cas, les informations et documents qui font défaut.

Si, à l'expiration d'un délai de six mois suivant l'accusé de réception mentionné à l'alinéa 1^{er}, toutes les informations et tous les documents nécessaires pour traiter la demande n'ont pas été fournis, l'administration clôture le dossier de demande et en informe le demandeur.

Art. 15. - Établissement d'un avis

Dans un délai de trois mois à partir du moment où la demande est complète, l'administration établit un avis sur l'approbation du plan de stage.

L'élaboration de l'avis s'opère conformément aux modalités fixées à l'article 11.

Art. 16. - Décision du ministre

Dans le mois suivant la remise du plan de stage, le Ministre statue sur son acceptation en se basant sur l'avis émis par l'administration.

L'administration communique la décision du ministre au demandeur comme suit :

- 1° une décision favorable par simple lettre;
- 2° une décision défavorable par lettre recommandée.

Une décision de rejet mentionne :

- 1° la possibilité d'introduire un recours;
- 2° les instances compétentes qui en prendront connaissance;
- 3° les délais et formes à respecter.

Art. 17. - Modification du plan de stage

Le demandeur soumet à l'administration toute modification du plan de stage pour acceptation par le ministre. La modification du plan de stage est soumise aux modalités fixées aux articles 14 à 16.

Art. 18. - Interruption du stage

§ 1^{er} - Le demandeur accomplit son stage sans interruption.

Par dérogation à l'alinéa 1^{er}, le demandeur peut communiquer à l'administration une interruption de stage. Le ministre peut autoriser l'interruption en se basant sur l'avis rendu par l'administration.

§ 2 - Pendant la durée de sa formation, le demandeur a droit à une interruption de son stage pendant une durée totale de quatre mois, sans que cela induise une prolongation du stage, et ce :

- 1° dans le cadre du congé de maternité prévu par la loi du 16 mars 1971 sur le travail;
- 2° dans le cadre des soins palliatifs prévus par la loi de redressement du 22 janvier 1985 contenant des dispositions sociales;
- 3° pour des raisons médicales.

§ 3 - Pour chacune des interruptions prévues aux paragraphes 1^{er} et 2 qui dépasse quatre mois, le stage est prolongé d'autant.

Le demandeur soumet à l'administration une proposition relative à la prolongation du stage pour la partie de l'interruption dépassant les quatre mois.

En s'appuyant sur l'avis rendu par l'administration, le ministre statue sur la partie de l'interruption dépassant les quatre mois.

Dans un délai d'un mois, l'administration communique la décision du ministre au demandeur par lettre recommandée.

Une décision de rejet mentionne :

- 1° la possibilité d'introduire un recours;
- 2° les instances compétentes qui en prendront connaissance;
- 3° les délais et formes à respecter.

Art. 19. - Divergences d'opinion entre le demandeur et le maître de stage

§ 1^{er} - En cas de divergences d'opinion portant sur des détails techniques entre le maître de stage et le demandeur, chacun d'entre eux peut présenter le différend par écrit auprès de l'administration pour examen.

Pour établir son avis, l'administration peut s'appuyer sur celui émis soit par un ou plusieurs experts externes, soit par des instances consultatives d'une autre communauté.

L'administration entend les deux parties. En cas d'absence de l'une des parties ou des deux, l'administration rend son avis sur la base des éléments dont elle dispose. En cas d'absence justifiée, une nouvelle date d'audition est fixée.

L'administration invite les parties au moins quinze jours avant l'audition.

§ 2 - Sur la base de l'avis émis par l'administration, le ministre statue sur la divergence d'opinion.

Dans un délai d'un mois, l'administration communique la décision du ministre au demandeur par lettre recommandée.

Cette décision mentionne :

- 1° la possibilité d'introduire un recours;
- 2° les instances compétentes qui en prendront connaissance;
- 3° les délais et formes à respecter.

Art. 20. - Inaptitude à l'exercice de la profession

§ 1^{er} - Si le maître de stage, pendant ou à la fin du stage, est d'avis que le demandeur n'est pas apte à exercer la profession concernée, il en informe le demandeur et l'administration par écrit, en indiquant les motifs de son appréciation.

L'administration établit un avis sur la cessation ou la poursuite du stage. À cette fin, il peut s'appuyer sur l'avis émis soit par un ou plusieurs experts externes, soit par des instances consultatives d'une autre communauté.

L'administration entend les deux parties. En cas d'absence de l'une des parties ou des deux, l'administration rend son avis sur la base des éléments dont elle dispose. En cas d'absence justifiée, une nouvelle date d'audition est fixée.

L'administration invite les parties au moins quinze jours avant l'audition.

Après l'audition, l'administration émet un avis portant sur la cessation du stage ou sa poursuite, pour la partie restante, sous la direction d'un autre maître de stage. Dans ce dernier cas, il est indiqué dans quelle mesure le stage déjà accompli est pris en considération pour calculer la durée totale du stage pour la profession en question.

En s'appuyant sur l'avis émis par l'administration, le ministre statue sur la cessation ou la poursuite du stage.

Dans un délai d'un mois, l'administration communique la décision du ministre au demandeur par lettre recommandée.

La décision mentionne :

- 1° la possibilité d'introduire un recours;
- 2° les instances compétentes qui en prendront connaissance;
- 3° les délais et formes à respecter.

§ 2 - Si le ministre décide de changer le maître de stage, le candidat en propose un nouveau. En accord avec le nouveau maître de stage, le candidat établit une modification du plan de formation en vue de son acceptation conformément à l'article 17.

§ 3 - Si le nouveau maître de stage est également d'avis, au cours du stage, que le demandeur est inapte, l'administration peut émettre un avis relatif à la cessation du stage et le transmettre au demandeur par lettre recommandée.

Dans un délai d'un mois à compter de l'expédition de la lettre recommandée, le demandeur peut introduire auprès de l'administration une prise de position motivée à propos de l'avis.

À défaut, le ministre statue sur la base de l'avis émis par l'administration.

Si le demandeur introduit sa prise de position, l'administration établit un deuxième avis dans un délai d'un mois après réception de cette prise de position. Pour établir son deuxième avis, l'administration peut s'appuyer sur celui émis soit par un ou plusieurs experts externes, soit par des instances consultatives d'une autre communauté.

L'administration entend le demandeur. Si le demandeur n'est pas présent à l'audition, l'administration rend son avis sur la base des éléments dont elle dispose. En cas d'absence justifiée, une nouvelle date d'audition est fixée.

Le demandeur peut, pour les besoins de l'audition, se faire assister par un avocat.

L'administration invite le demandeur au moins quinze jours avant l'audition.

L'expert externe peut participer à l'audition.

En s'appuyant sur l'avis émis par l'administration, le ministre statue sur la cessation du stage.

Dans un délai d'un mois, l'administration communique la décision du ministre au demandeur par lettre recommandée.

Cette décision mentionne :

- 1° la possibilité d'introduire un recours;
- 2° les instances compétentes qui en prendront connaissance;
- 3° les délais et formes à respecter.

Art. 21. - Agrément sur demande

Le demandeur introduit une demande d'agrément en tant que médecin généraliste ou spécialiste conformément aux modalités fixées à l'article 9.

Sans préjudice de l'alinéa 1^{er}, la demande doit, outre les documents mentionnés à l'article 9, alinéa 4, être accompagnée des documents suivants :

- 1° les attestations établies par le maître de stage;
- 2° le dernier rapport de stage ou tout autre document donnant des informations sur les aptitudes du demandeur;
- 3° une attestation certifiant que le candidat est inscrit au tableau de l'Ordre des médecins.

Art. 22. - Procédure d'agrément

La procédure d'agrément s'opère conformément aux modalités fixées aux articles 10 à 12.

Sous-section 2. — Agrément en vue de porter un titre professionnel particulier pour les dentistes

Art. 23. - Demande d'acceptation du plan de stage

Au cours des deux premiers mois de sa formation, le demandeur habilité à exercer l'art dentaire en Belgique introduit une demande d'acceptation de son plan de stage auprès de l'administration.

Le ministre met à disposition un formulaire de demande à cet effet, qui reprend les éléments mentionnés à l'article 13, alinéa 2, et les documents mentionnés à l'article 13, alinéa 3, 1° et 2°, ainsi que la preuve que le demandeur est autorisé à exercer l'art dentaire en Belgique.

Art. 24. - Procédure d'acceptation du plan de stage

La procédure d'agrément s'opère conformément aux modalités fixées aux articles 14 à 16.

Art. 25. - Modification du plan de stage

Le demandeur soumet à l'administration toute modification du plan de stage pour acceptation par le ministre. La modification du plan de stage est soumise aux modalités fixées aux articles 14 à 16.

Art. 26. - Interruption du stage

Le demandeur accomplit son stage sans interruption.

Toute dérogation au principe mentionné à l'alinéa 1^{er} est soumise aux modalités fixées à l'article 18.

Art. 27. - Divergences d'opinion entre le demandeur et le maître de stage

Les divergences d'opinion entre le maître de stage et le demandeur sont traitées conformément aux modalités fixées à l'article 19.

Art. 28. - Inaptitude à l'exercice de la profession

Tout litige relatif à l'inaptitude du demandeur à l'exercice d'une profession est traité conformément aux modalités fixées à l'article 20.

Art. 29. - Agrément sur demande

Le demandeur habilité à exercer l'art dentaire en Belgique introduit une demande d'agrément en vue de porter un titre professionnel particulier conformément aux modalités fixées à l'article 9.

Sans préjudice de l'alinéa 1^{er}, la demande doit, outre les documents mentionnés à l'article 9, alinéa 4, être accompagnée des documents suivants :

- 1° les attestations établies par le maître de stage;
- 2° le dernier rapport de stage ou tout autre document donnant des informations sur les aptitudes du demandeur.

Art. 30. - Procédure d'agrément

La procédure d'agrément s'opère conformément aux modalités fixées aux articles 10 à 12.

Sous-section 3. — Agrément en vue de porter le titre professionnel particulier de pharmacien hospitalier

Art. 31. - Demande d'agrément provisoire

Dans les six mois suivant le début de sa formation, le demandeur introduit une demande d'agrément provisoire en vue de porter le titre professionnel particulier de pharmacien hospitalier auprès de l'administration.

Le Ministre met à disposition un formulaire de demande *ad hoc*, reprenant les éléments mentionnés à l'article 13, alinéa 2.

La demande doit être accompagnée des documents suivants :

- 1° le plan de stage pour les trois premières années de la formation pratique mentionné dans l'arrêté ministériel du 22 octobre 2012 fixant la procédure relative à l'agrément du titre professionnel particulier de pharmacien hospitalier;
- 2° le contrat de stage conclu entre le demandeur, le maître de stage et le service de stage;
- 3° une attestation certifiant que le candidat est inscrit au tableau de l'Ordre des pharmaciens.

Art. 32. - Accusé de réception et complétude de la demande

Dans un délai d'un mois à dater du dépôt de la demande, l'administration délivre au demandeur un accusé de réception écrit et lui communique si la demande est complète ou, selon le cas, les informations et documents qui font défaut.

Si, à l'expiration d'un délai de six mois suivant l'accusé de réception mentionné à l'alinéa 1^{er}, toutes les informations et tous les documents nécessaires pour traiter la demande n'ont pas été fournis, l'administration clôture le dossier de demande et en informe le demandeur.

Art. 33. - Établissement d'un avis

Dans un délai de trois mois à partir du moment où la demande est complète, l'administration établit un avis sur l'approbation du plan de stage.

L'élaboration de l'avis s'opère conformément aux modalités fixées à l'article 15.

Art. 34. - Décision du ministre

En s'appuyant sur l'avis émis par l'administration, le ministre statue sur l'acceptation du stage.

Dans le cas d'une décision favorable, le demandeur reçoit en même temps l'agrément provisoire.

Dans un délai d'un mois, l'administration communique la décision du ministre au demandeur par lettre recommandée.

Une décision de rejet mentionne :

- 1° la possibilité d'introduire un recours;
- 2° les instances compétentes qui en prendront connaissance;
- 3° les délais et formes à respecter.

Art. 35. - Durée de validité de l'agrément provisoire

L'agrément provisoire est valable pendant trois ans. Sur l'avis de l'administration, il peut être prolongé une seule fois pour trois ans maximum.

La durée de validité mentionnée à l'alinéa 1^{er} commence à courir le jour où le demandeur a effectivement commencé le stage, et ce, si le plan de stage a été introduit dans les six premiers mois suivant le début de la formation académique. Si ledit plan de stage a été présenté après cette date, la durée de validité de l'agrément provisoire commence à courir à la date à laquelle la demande mentionnée à l'article 31 a été introduite.

Art. 36. - Interruption du stage

Le demandeur accomplit son stage sans interruption.

Toute dérogation au principe mentionné à l'alinéa 1^{er} est soumise aux modalités fixées à l'article 18.

Art. 37. - Divergences d'opinion entre le demandeur et le maître de stage

Les divergences d'opinion entre le maître de stage et le demandeur sont traitées conformément aux modalités fixées à l'article 19.

Art. 38. - Inaptitude à l'exercice de la profession

Tout litige relatif à l'inaptitude du demandeur à l'exercice d'une profession est traité conformément aux modalités fixées à l'article 20.

Sans préjudice de l'application de l'alinéa 1^{er}, une décision négative du ministre entraîne la caducité de l'agrément provisoire.

Art. 39. - Demande d'agrément complet

Au terme de son stage, le demandeur introduit une demande d'agrément complet en vue de porter le titre professionnel particulier de pharmacien hospitalier conformément aux modalités fixées à l'article 9.

Sans préjudice de l'alinéa 1^{er}, la demande doit, outre les documents mentionnés à l'article 9, alinéa 4, être accompagnée des documents suivants :

- 1° les rapports de stage;
- 2° les évaluations établies par le maître de stage;
- 3° les carnets de stage.

Art. 40. - Procédure d'agrément

La procédure d'agrément s'opère conformément aux modalités fixées aux articles 10 à 12.

Art. 41. - Durée de validité de l'agrément complet

L'agrément complet est valable pendant cinq ans. La durée de validité peut être renouvelée conformément à l'article 42.

La décision du ministre que le demandeur reçoit dans le cadre de la procédure fixée à l'article 40, indique la date à laquelle la durée de validité commence à courir.

Art. 42. - Demande de prolongation de l'agrément complet

Au plus tard six mois avant l'expiration de la durée de validité de l'agrément complet initial ou, dans des cas dûment motivés, après cette date, le demandeur introduit une demande de prolongation de l'agrément complet auprès de l'administration.

Le ministre met à disposition un formulaire de demande *ad hoc*. Outre les documents mentionnés à l'article 9, alinéa 4, la demande doit être accompagnée de tous les éléments utiles apportant la preuve que le demandeur remplit les conditions pour la prolongation de l'agrément, telles que fixées aux articles 14 à 16 de l'arrêté ministériel du 22 octobre 2012 fixant la procédure relative à l'agrément du titre professionnel particulier de pharmacien hospitalier. Si le demandeur introduit la demande auprès de l'administration après le délai de six mois mentionné à l'alinéa 1^{er}, une lettre de motivation spécifique doit être jointe à la demande.

Art. 43. - Procédure de prolongation de l'agrément complet

La procédure d'agrément s'opère conformément aux modalités fixées aux articles 10 à 12.

Section 3. — Enregistrement en qualité d'aide-soignant ou de secouriste-ambulancier

Art. 44. - Enregistrement sur demande

Conformément à l'alinéa 2, le demandeur introduit une demande auprès de l'administration afin d'obtenir son enregistrement conformément aux articles 56 et 65 de la loi du 10 mai 2015.

Le Ministre met à disposition un formulaire de demande *ad hoc*, reprenant les éléments suivants :

1° les nom, prénom, adresse, pays, numéro de téléphone, adresse électronique, sexe, nationalité, date, pays et lieu de naissance ainsi que le numéro de registre national - n° Bis si le demandeur ne possède pas de numéro de registre national;

2° les données relatives au titre ou aux titres de formation en rapport avec la profession;

3° les données relatives à l'établissement qui a délivré le titre ou les titres de formation mentionnés au 2°;

4° les informations sur l'expérience professionnelle utile.

La demande mentionnée à l'alinéa 2 doit être accompagnée des documents suivants :

1° une copie recto-verso de la carte d'identité;

2° une copie du titre et/ou titre de formation mentionné à l'alinéa 2, 3°.

Art. 45. - Accusé de réception et complétude de la demande

Dans un délai d'un mois à dater du dépôt de la demande, l'administration délivre au demandeur un accusé de réception écrit et lui communique si la demande est complète ou, selon le cas, les informations et documents qui font défaut.

Si, à l'expiration d'un délai de six mois suivant l'accusé de réception mentionné à l'alinéa 1^{er}, toutes les informations et tous les documents nécessaires pour traiter la demande n'ont pas été fournis, l'administration clôture le dossier de demande et en informe le demandeur.

Art. 46. - Établissement d'un avis

Dans un délai de trois mois à partir du moment où la demande est complète, l'administration établit un avis sur le fait que le demandeur remplit ou non les conditions de l'enregistrement.

Art. 47. - Décision du ministre

En s'appuyant sur l'avis émis par l'administration, le ministre statue sur l'enregistrement.

Dans un délai d'un mois, l'administration communique la décision du ministre au demandeur par lettre recommandée.

Une décision de rejet mentionne :

1° la possibilité d'introduire un recours;

2° les instances compétentes qui en prendront connaissance;

3° les délais et formes à respecter.

Art. 48. - Délivrance d'une carte

Le demandeur qui a obtenu un enregistrement conformément à l'article 65 de la loi du 10 mai 2015 et l'article 47 reçoit aussi de l'administration une carte en vue de l'exercice de l'activité en tant que secouriste-ambulancier.

Section 4. — Retrait de l'agrément ou de l'enregistrement

Art. 49. - Procédure de retrait

§ 1^{er} - Le ministre retire l'agrément ou l'enregistrement si le professionnel de santé ne remplit plus les conditions mises à son agrément ou enregistrement.

Avant le retrait, le ministre sollicite l'avis de l'administration. Pour établir son avis, celle-ci peut s'appuyer sur celui émis soit par un ou plusieurs experts externes, soit par des instances consultatives d'une autre communauté.

Après réception dudit avis, le ministre communique son intention au professionnel concerné par lettre recommandée et lui transmet en même temps l'avis de l'administration. Dans le mois suivant l'envoi de la déclaration d'intention, le professionnel peut introduire auprès du ministre une prise de position motivée.

À défaut, le ministre statue sur la base de l'avis émis par l'administration.

Si le professionnel introduit sa prise de position, l'administration établit un deuxième avis dans un délai d'un mois après la réception de cette prise de position. Dans ce cas, elle peut s'appuyer sur l'avis émis soit par un ou plusieurs experts externes, soit par des instances consultatives d'une autre communauté. L'administration peut en outre décider de demander d'autres documents ou, selon le cas, d'entendre le demandeur.

Sauf en cas d'urgence, l'administration invite le demandeur au moins quinze jours avant l'audition.

L'expert externe peut participer à l'audition.

Le demandeur peut, pour les besoins de l'audition, se faire assister par un avocat.

Si le demandeur n'est pas présent à l'audition, l'administration établit un avis sur la base des éléments dont elle dispose.

§ 2 - Le ministre décide sur la base des avis de l'administration et de la prise de position du professionnel.

Dans un délai d'un mois, l'administration communique la décision du ministre au demandeur par lettre recommandée.

La décision de retirer l'agrément ou l'enregistrement précise :

- 1° la possibilité d'introduire un recours;
- 2° les instances compétentes qui en prendront connaissance;
- 3° les délais et formes à respecter.

Art. 50. - Cessation volontaire de l'agrément ou de l'enregistrement

Tout professionnel de santé peut mettre volontairement un terme à son agrément ou enregistrement. À cet effet, il informe l'administration de son intention.

Sur proposition de l'administration, le ministre retire l'agrément ou l'enregistrement.

Art. 51. - Renouvellement de la demande

Le professionnel de santé dont l'agrément ou l'enregistrement a été retiré conformément aux articles 49 ou 50 peut à tout moment introduire auprès de l'administration une nouvelle demande d'agrément ou d'enregistrement conformément aux dispositions du présent chapitre.

CHAPITRE 3. — *Procédure de reconnaissance*

Section 1^{re}. — Reconnaissance automatique

Art. 52. - Demande

§ 1^{er} - Le demandeur européen peut introduire par écrit auprès de l'administration une demande de reconnaissance automatique de sa qualification professionnelle aux fins d'établissement conformément à l'article 106 de la loi du 10 mai 2015.

Le Ministre met à disposition un formulaire de demande *ad hoc*, reprenant les éléments suivants :

- 1° la dénomination de la profession de soins de santé en Belgique pour laquelle l'autorisation est demandée;
- 2° les nom, prénom, adresse, pays, numéro de téléphone, adresse électronique, sexe, nationalité, date, pays et lieu de naissance ainsi que le numéro de registre national - n° Bis si le demandeur ne possède pas de numéro de registre national;
- 3° les données relatives à la qualification professionnelle pour laquelle le demandeur européen introduit une demande.

La demande mentionnée à l'alinéa 2 doit être accompagnée des documents suivants :

- 1° un tableau récapitulatif des formations suivies et des activités lucratives exercées;
- 2° un document d'identité;
- 3° une copie du certificat de formation obtenu à l'étranger mentionné à l'alinéa 2, 3°;
- 4° l'original de l'attestation délivrée par l'État membre d'origine et dont il ressort que le titre de formation du demandeur européen est conforme à celui concerné de la directive 2005/36/CE du Parlement européen et du Conseil du 7 septembre 2005 relative à la reconnaissance des qualifications professionnelles;
- 5° le cas échéant, une copie de l'accès à la profession établi par l'État membre d'origine;
- 6° le cas échéant, les preuves d'une expérience professionnelle pertinente ou tout autre titre de formation.

L'administration peut demander au demandeur européen d'autres documents dont il ressort qu'il remplit les conditions de reconnaissance automatique.

§ 2 - Sans préjudice de l'article 69 de la loi du 31 décembre 1983 de réformes institutionnelles pour la Communauté germanophone, le demandeur européen introduit les documents à joindre à la demande accompagnés d'une traduction allemande établie par un traducteur juré, si ceux-ci ne sont pas déjà disponibles en langue allemande.

Avec l'accord du demandeur européen et en concertation avec les autorités compétentes des autres Communautés, l'administration peut transmettre aux autorités de ladite Communauté compétente une demande présentée en néerlandais ou en français. L'administration en informe le demandeur.

Art. 53. - Examen de la demande

§ 1^{er} - Dans un délai d'un mois à dater du dépôt de la demande, l'administration délivre au demandeur européen un accusé de réception écrit et lui communique si la demande est complète ou, selon le cas, les informations et documents qui font défaut.

Si, à l'expiration d'un délai de six mois suivant l'accusé de réception mentionné à l'alinéa 1^{er}, toutes les informations et tous les documents nécessaires pour traiter la demande n'ont pas été fournis, l'administration clôture le dossier de demande et en informe le demandeur européen.

§ 2 - Dans un délai de deux mois à partir du moment où la demande est complète, l'administration établit un avis sur le fait que les documents présentés par le demandeur européen sont authentiques et que son titre satisfait ou non aux conditions minimales de formation mentionnées à l'article 106 de la loi du 10 mai 2015.

§ 3 - En s'appuyant sur l'avis émis par l'administration, le ministre statue sur la reconnaissance automatique.

Dans un délai de trois mois à compter de la notification du caractère complet de la demande mentionnée au paragraphe 1^{er}, l'administration communique la décision du ministre au demandeur européen par lettre recommandée.

Une décision de rejet mentionne :

- 1° la possibilité d'introduire un recours;
- 2° les instances compétentes qui en prendront connaissance;
- 3° les délais et formes à respecter.

Section 2. — Régime général de reconnaissance**Art. 54. - Demande**

§ 1^{er} - Le demandeur européen peut introduire par écrit auprès de l'administration une demande de reconnaissance automatique de sa qualification professionnelle aux fins d'établissement conformément au régime général au sens de l'article 105 de la loi du 10 mai 2015.

Le Ministre met à disposition un formulaire de demande *ad hoc*, reprenant les éléments mentionnés à l'article 52, § 1^{er}, alinéa 2.

La demande mentionnée à l'alinéa 2 doit être accompagnée des documents suivants :

- 1° les documents mentionnés à l'article 52, § 1^{er}, alinéa 3, 1° à 3° ainsi que 5° et 6°;
- 2° le programme de formation officiel menant à l'obtention de la qualification professionnelle.

L'administration peut demander au demandeur européen d'autres documents dont il ressort qu'il remplit toutes les conditions de reconnaissance automatique conformément au régime général.

§ 2 - L'article 52, § 2, s'applique aux autres modalités d'introduction de la demande.

Art. 55. - Accusé de réception et complétude de la demande

Dans un délai d'un mois à dater du dépôt de la demande, l'administration délivre au demandeur européen un accusé de réception écrit et lui communique si la demande est complète ou, selon le cas, les informations et documents qui font défaut.

Si, à l'expiration d'un délai de six mois suivant l'accusé de réception mentionné à l'alinéa 1^{er}, toutes les informations et tous les documents nécessaires pour traiter la demande n'ont pas été fournis, l'administration clôture le dossier de demande et en informe le demandeur européen.

Art. 56. - Établissement d'un avis

§ 1^{er} - Dans un délai de trois mois à partir du moment où la demande est complète, l'administration établit un avis sur le fait que le demandeur européen relève du champ d'application des dispositions relatives au régime général de reconnaissance des qualifications professionnelles et qu'il dispose ou non desdites qualifications et de l'expérience professionnelles nécessaires conformément à l'article 15 de la loi du 12 février 2008. Dans son avis, l'administration formule également, le cas échéant, une recommandation sur les mesures de compensation à imposer si la qualification et l'expérience professionnelles du demandeur européen sont insuffisantes conformément à l'article 16 de la loi du 12 février 2008.

§ 2 - Pour rendre son avis, l'administration peut s'appuyer sur celui émis soit par un ou plusieurs experts externes, soit par des instances consultatives d'une autre communauté.

Si l'administration a recours à l'avis d'un expert externe qui estime que le demandeur européen ne relève pas du champ d'application des dispositions du régime général de reconnaissance des qualifications professionnelles et/ou qu'il ne dispose pas desdites qualifications et de l'expérience professionnelles nécessaires, elle peut décider de demander d'autres documents.

Si le demandeur européen ne présente pas d'autres documents dans les quinze jours suivant la demande, l'administration formule un avis sur la base des éléments dont elle dispose.

Art. 57. - Décision du ministre

§ 1^{er} - Si l'administration rend un avis favorable, le ministre prend une décision sur la base de cet avis dans un délai d'un mois à compter de sa présentation.

L'administration communique la décision du ministre au demandeur européen comme suit :

- 1° une décision favorable par simple lettre;
- 2° une décision défavorable par lettre recommandée.

§ 2 - Si l'administration rend un avis défavorable ou un avis dans lequel elle recommande l'imposition de mesures de compensation, elle transmet ledit avis au demandeur européen par lettre recommandée.

Dans un délai d'un mois à compter de l'expédition de la lettre recommandée, le demandeur européen peut introduire auprès de l'administration une prise de position motivée à propos de l'avis.

À défaut, le ministre statue sur la base de l'avis émis par l'administration.

§ 3 - Si le demandeur européen introduit sa prise de position, l'administration établit un deuxième avis dans un délai d'un mois après la réception de cette prise de position. Si la prise de position du demandeur européen apporte de nouveaux éléments, l'administration peut, pour rendre son deuxième avis, s'appuyer sur celui émis soit par un ou plusieurs experts externes, soit par des instances consultatives d'une autre communauté.

Dans le cas mentionné à l'alinéa 1^{er}, l'article 56, § 2, alinéas 2 et 3, est appliqué.

Le ministre décide sur la base des avis de l'administration et de la prise de position du demandeur européen.

Dans un délai d'un mois, l'administration communique la décision du ministre au demandeur européen par lettre recommandée.

La décision de rejet ou la décision imposant une mesure de compensation indique :

- 1° la possibilité d'introduire un recours;
- 2° les instances compétentes qui en prendront connaissance;
- 3° les délais et formes à respecter.

§ 4 - Sans préjudice de l'application des paragraphes 2 et 3 et de l'article 56, § 2, l'administration notifie la décision du ministre au demandeur européen au plus tard quatre mois après la notification du caractère complet de la demande mentionnée à l'article 55, alinéa 1^{er}.

Section 3. — Retrait de la reconnaissance

Art. 58. - Procédure de retrait

Le ministre retire la reconnaissance si le professionnel de santé ne remplit plus les conditions mises à celle-ci.

Dans le cas mentionné à l'alinéa 1^{er}, l'article 49 est appliqué.

Art. 59. - Cessation volontaire de la reconnaissance

Tout professionnel de santé peut mettre volontairement un terme à sa reconnaissance. À cet effet, il informe l'administration de son intention.

Sur proposition de l'administration, le ministre retire la reconnaissance.

Art. 60. - Renouvellement de la demande

Le professionnel de santé dont la reconnaissance a été retirée conformément aux articles 58 ou 59 peut à tout moment introduire auprès de l'administration une nouvelle demande d'agrément conformément aux dispositions du présent chapitre.

CHAPITRE 4. — Procédure de délivrance de la carte professionnelle européenne

Section 1^{re}. — Procédure de demande et de délivrance pour les professions faisant l'objet d'une reconnaissance automatique

Sous-section 1^{re}. — Disposition commune

Art. 61. - Champ d'application

La présente section s'applique aux demandes de délivrance d'une carte professionnelle européenne aux fins d'établissement pour les professions suivantes, faisant l'objet de la reconnaissance automatique conformément à l'article 106 de la loi du 10 mai 2015 et pour lesquelles la Commission européenne a instauré, par le biais du règlement européen, une carte professionnelle européenne conformément à la directive 2005/36/CE du Parlement européen et du Conseil du 7 septembre 2005 relative à la reconnaissance des qualifications professionnelles :

- 1° les infirmiers responsables des soins généraux;
- 2° les pharmaciens.

Sous-section 2. — Carte professionnelle européenne pour l'exercice d'une activité professionnelle dans un autre État membre

Art. 62. - Demande de la carte professionnelle européenne pour l'exercice d'une activité professionnelle dans un autre État membre

En vue de demander la carte professionnelle européenne pour l'exercice d'une activité professionnelle dans un autre État membre, le titulaire d'une qualification professionnelle nécessaire à cet effet en Communauté germanophone qui souhaite exercer cette profession dans un autre État membre peut :

- 1° demander la reconnaissance de cette qualification professionnelle dans le pays d'accueil ou;
- 2° selon le cas, demander à l'administration la délivrance d'une carte professionnelle européenne ou l'introduction, auprès du pays d'accueil, d'une demande de délivrance d'une carte professionnelle européenne en accomplissant toutes les étapes préparatoires en ce qui concerne son fichier IMI.

Art. 63. - Introduction de la demande d'une carte professionnelle européenne

§ 1^{er} - Le titulaire d'une qualification professionnelle conformément à l'article 62 qui souhaite exercer une activité professionnelle dans un autre État membre peut demander une carte professionnelle européenne conformément à l'article 3 du règlement européen via un outil en ligne, fourni par la Commission européenne, par l'intermédiaire duquel un dossier IMI spécifique est créé pour ce demandeur.

À l'occasion de l'introduction de la demande, l'administration demande les éléments suivants :

- 1° les nom, prénom, adresse, pays, numéro de téléphone, adresse électronique, sexe, nationalité, date, pays et lieu de naissance ainsi que le numéro de registre national - n° Bis si le demandeur ne possède pas de numéro de registre national;
- 2° la dénomination de la profession de soins de santé en Belgique pour laquelle la reconnaissance est demandée;
- 3° l'indication de l'État membre dans lequel le demandeur veut s'établir;
- 4° le cas échéant, l'indication de l'État membre dans lequel le demandeur est régulièrement établi au moment où la demande est introduite en vue d'exercer les activités concernées.

Le demandeur joint à sa demande les documents énumérés à l'Annexe II, A, paragraphe 1^{er}, du règlement européen.

§ 2 - Dans un délai d'une semaine à compter de la réception de la demande, l'administration accuse réception des documents et informe, le cas échéant, le demandeur de tout document manquant.

Le cas échéant, l'administration délivre toutes les attestations utiles, requises par le règlement européen. L'administration vérifie si le demandeur est régulièrement établi en région de langue allemande et si tous les documents nécessaires à la délivrance d'une carte professionnelle européenne sont valables et authentiques. En cas de doutes dûment justifiés, l'administration consulte l'organisme qui a délivré le document. En outre, elle peut exiger du demandeur des copies certifiées conformes des documents ou, le cas échéant, la présentation des originaux.

Si un même demandeur présente plusieurs demandes consécutives, l'administration ne peut exiger de lui qu'il fournisse une nouvelle fois les documents déjà contenus dans le dossier IMI et qui sont encore valables.

Art. 64. - Examen par l'administration

§ 1^{er} - L'administration vérifie l'authenticité et la validité des documents versés dans le fichier IMI, et ce, dans un délai d'un mois qui commence à courir :

1° soit à la réception des documents manquants mentionnés à l'article 63, § 2, alinéa 1^{er};

2° soit au terme de la période mentionnée à l'article 63, § 2, alinéa 1^{er}, à savoir une semaine après la réception de la demande, si aucun autre document n'a été exigé.

Ensuite, l'administration transmet immédiatement la demande de carte professionnelle européenne à l'autorité compétente de l'État membre d'accueil et informe parallèlement le demandeur de l'état de la demande.

§ 2 - Au plus tard deux semaines après la réception de la demande formulée par l'État membre d'accueil, en cas de doutes dûment justifiés, l'administration lui transmet d'autres informations ou la copie certifiée conforme d'un document.

Sous-section 3. — Carte professionnelle européenne pour l'exercice d'une activité professionnelle en région de langue allemande

Art. 65. - Examen d'une demande de carte professionnelle européenne en vue de l'exercice d'une activité professionnelle en région de langue allemande

§ 1^{er} - Cet article est applicable si l'administration reçoit, d'une autorité compétente d'un État membre d'origine d'un titulaire d'une qualification professionnelle, une demande de carte professionnelle européenne aux fins d'établissement en région de langue allemande.

§ 2 - En s'appuyant sur l'avis de l'administration, le ministre décide, dans un délai d'un mois à compter de la réception par ladite administration de la demande introduite par l'État membre d'origine, si une carte professionnelle européenne est ou non délivrée. En cas de décision favorable, le ministre octroie parallèlement la reconnaissance automatique prévue à l'article 53, § 3.

§ 3 - L'administration a la possibilité de prolonger de deux semaines le délai mentionné au paragraphe 2. Elle explique les raisons de cette prolongation et en informe le demandeur européen. L'administration peut renouveler une fois cette prolongation et uniquement si elle est strictement nécessaire, en particulier pour des raisons de santé publique ou de sécurité des bénéficiaires des services.

§ 4 - En cas de doutes dûment justifiés, l'administration peut demander à l'État membre d'origine de fournir des informations supplémentaires ou une copie certifiée conforme d'un document ou, le cas échéant, de présenter les originaux.

L'administration peut demander uniquement l'accès aux documents contenus dans le fichier IMI et qui sont encore valables.

La demande d'autres informations, de copies certifiées conformes d'un document ou, le cas échéant, la production d'originaux ne prolonge pas le délai dans lequel le ministre doit prendre une décision conformément au paragraphe 2.

Au cas où l'administration n'obtient pas de l'État membre d'origine ou du demandeur européen les informations requises, le ministre peut refuser la délivrance de la carte. Un tel refus est dûment justifié.

§ 5 - Si le ministre ne prend aucune décision dans le délai fixé au paragraphe 2, la carte professionnelle européenne est considérée comme délivrée, et elle est envoyée automatiquement au titulaire d'une qualification professionnelle via le système IMI.

Aux fins d'établissement, la délivrance d'une carte professionnelle européenne ne confère pas un droit automatique à l'exercice d'une profession donnée, si des exigences en matière d'enregistrement ou d'autres procédures de contrôle sont déjà en place en Communauté germanophone avant l'introduction d'une carte professionnelle européenne pour cette profession.

Les mesures prises conformément à cet article par l'État membre d'origine en matière de carte professionnelle européenne remplacent toute demande de reconnaissance automatique de qualifications professionnelles.

§ 6 - Si le ministre prend une décision de refus dans le cadre du présent article, l'administration la transmet au demandeur européen par lettre recommandée dans un délai d'un mois. Cette décision mentionne :

1° la possibilité d'introduire un recours;

2° les instances compétentes qui en prendront connaissance;

3° les délais et formes à respecter.

Section 2. — Procédures de demande et de délivrance pour les professions auxquelles s'applique le régime général de reconnaissance

Art. 66. - Champ d'application

La présente section s'applique aux demandes de délivrance d'une carte professionnelle européenne aux fins d'établissement pour la profession de kinésithérapeute, à laquelle s'applique le régime général de reconnaissance automatique conformément à l'article 105 de la loi du 10 mai 2015 et pour laquelle la Commission européenne a instauré, par le biais du règlement européen, une carte professionnelle européenne conformément à la directive 2005/36/CE du Parlement européen et du Conseil du 7 septembre 2005 relative à la reconnaissance des qualifications professionnelles.

Art. 67. - Demande de la carte professionnelle européenne en vue l'exercice d'une activité professionnelle dans un autre État membre

La demande de la carte professionnelle européenne introduite par un kinésithérapeute établi en région de langue allemande en vue de l'exercice de son activité professionnelle dans un autre État membre est soumise à l'application des articles 5/1, 5/2 et 5/5 de la loi du 12 février 2008. Pour l'application du présent article, l'administration agit en tant qu'autorité belge compétente.

Art. 68. - Introduction de la demande d'une carte professionnelle européenne

Dans le cadre de l'article 67 et pour l'application de l'article 5/2, § 1^{er}, alinéa 2, de la loi du 12 février 2008, l'administration demande les éléments suivants :

1° les nom, prénom, adresse, pays, numéro de téléphone, adresse électronique, sexe, nationalité, date, pays et lieu de naissance ainsi que le numéro de registre national - n° Bis si le demandeur ne possède pas de numéro de registre national;

2° la dénomination de la profession de soins de santé en Belgique pour laquelle la reconnaissance est demandée;

3° l'indication de l'État membre dans lequel le demandeur veut s'établir;

4° le cas échéant, l'indication de l'État membre dans lequel le demandeur est régulièrement établi au moment où la demande est introduite en vue d'exercer les activités concernées.

Le demandeur joint à sa demande les documents énumérés à l'Annexe II, A, paragraphe 2, du règlement européen.

Art. 69. - Examen d'une demande de carte professionnelle européenne en vue de l'exercice de la profession de kinésithérapeute en région de langue allemande

§ 1^{er} - Cet article est applicable si l'administration reçoit, d'une autorité compétente d'un État membre d'origine d'un titulaire d'une qualification professionnelle, une demande de carte professionnelle européenne aux fins d'établissement en tant que kinésithérapeute en région de langue allemande.

§ 2 - L'examen de la demande mentionnée au paragraphe 1^{er} et, le cas échéant, la délivrance de la carte professionnelle européenne en découlant sont soumis à l'application de l'article 5/6, § 3 à 6, de la loi du 12 février 2008. Pour l'application de l'article susmentionné, l'administration agit en tant qu'autorité belge compétente.

§ 3 - Pour l'application de l'article 5/6, § 3, le ministre décide en se basant sur l'avis émis par l'administration. Pour établir son avis, l'administration peut s'appuyer sur celui émis soit par un ou plusieurs experts externes, soit par des instances consultatives d'une autre communauté.

Si l'administration a recours à l'avis d'un expert externe qui estime que le demandeur européen ne dispose pas de la qualification et de l'expérience professionnelles nécessaires, elle peut décider de l'entendre.

Sauf en cas d'urgence, l'administration invite le demandeur européen au moins quinze jours avant l'audition.

L'expert externe peut participer à l'audition.

Le demandeur européen peut, pour les besoins de l'audition, se faire assister par un avocat.

Si le demandeur européen n'est pas présent à l'audition, l'administration établit un avis sur la base des éléments dont elle dispose.

En cas de décision favorable, le ministre octroie parallèlement la reconnaissance prévue à l'article 57, § 1^{er}, alinéa 2, ou, selon le cas, à l'article 57, § 3, alinéa 4.

§ 4 - Si le ministre prend une décision de refus ou imposant une mesure de compensation dans le cadre du présent article, l'administration la transmet au demandeur européen par lettre recommandée dans un délai d'un mois. La décision indique :

1° la possibilité d'introduire un recours;

2° les instances compétentes qui en prendront connaissance;

3° les délais et formes à respecter.

Section 3. — Disposition commune

Art. 70. - Traitement et accès aux données concernant la carte professionnelle européenne

Les sections 1^{re} et 2 sont soumises à l'application de l'article 5/8 de la loi du 12 février 2008.

Section 4. — Retrait de la carte professionnelle européenne

Art. 71. - Procédure de retrait

Le ministre retire la carte professionnelle européenne si le professionnel de santé ne remplit plus les conditions mises à la délivrance de ladite carte.

Dans le cas mentionné à l'alinéa 1^{er}, l'article 49 est appliqué.

Art. 72. - Retrait volontaire de la carte professionnelle européenne

Tout professionnel de santé peut retirer volontairement sa carte professionnelle européenne. À cet effet, il informe l'administration de son intention.

Sur proposition de l'administration, le ministre retire la carte professionnelle européenne.

Art. 73. - Renouvellement de la demande

Le professionnel de santé dont la carte professionnelle européenne a été retirée conformément aux articles 71 ou 72 peut à tout moment introduire auprès de l'administration une nouvelle demande de délivrance d'une carte professionnelle européenne conformément aux dispositions du présent chapitre.

CHAPITRE 5. — Dispositions finales

Art. 74. - Disposition modificative

Dans l'arrêté royal du 21 avril 1983 fixant les modalités de l'agrément des médecins spécialistes et des médecins généralistes sont abrogés :

1° l'article 4°, 2° et 3°;

- 2° l'article 4bis;
- 3° l'article 7, § 1^{er} à 6;
- 4° l'article 8, § 1^{er}, 1°, 2° et 3°;
- 5° les articles 9 à 31;
- 6° l'article 32, § 1^{er}, alinéas 1^{er} et 2;
- 7° l'article 33;
- 8° les articles 44 et 45.

Art. 75. - Disposition modificative

Dans l'arrêté royal du 10 novembre 1996 fixant les modalités de l'agrément des praticiens de l'art dentaire titulaires d'un titre professionnel particulier sont abrogés :

- 1° l'article 3, 2°;
- 2° l'article 6;
- 3° l'article 7, 1° à 3°;
- 4° le chapitre III, comportant les articles 9 à 32.

Art. 76. - Disposition modificative

Dans l'arrêté royal du 22 octobre 2012 fixant la procédure relative à l'agrément du titre professionnel particulier de pharmacien hospitalier sont abrogés :

- 1° l'article 2, 1°;
- 2° le chapitre 2, comportant les articles 4 à 21;
- 3° l'article 34, 1° et 2°;
- 4° les articles 37 et 38;
- 5° les articles 46 à 49.

Art. 77. - Disposition modificative

À l'article 9 de l'arrêté royal du 1^{er} février 1991 relatif à l'exercice de la profession de sage-femme, les modifications suivantes sont apportées :

- 1° les paragraphes 2 et 3 sont remplacés par ce qui suit :

« § 2 - Si le Ministère de la Communauté germanophone constate qu'une personne soumise à l'obligation de suivre une formation permanente ne remplit pas l'obligation fixée au paragraphe 1^{er}, il la met en demeure d'y remédier.

§ 3 - Si le Ministère de la Communauté germanophone constate que la personne soumise à l'obligation de suivre une formation permanente n'a toujours pas entamé une telle formation un an après la mise en demeure ou ne l'a toujours pas terminée, il peut lui retirer l'agrément en tant que titulaire de son titre professionnel conformément à la procédure fixée à l'article 49 de l'arrêté du Gouvernement du 25 avril 2019 fixant la procédure d'agrément, d'enregistrement et de reconnaissance des professionnels des soins de santé et relatif à la délivrance d'une carte professionnelle européenne. »;

- 2° le § 4 est abrogé.

Art. 78. - Disposition abrogatoire

Sont abrogés :

1° l'arrêté royal du 15 avril 2002 relatif à l'agrément en qualité de kinésithérapeute et à l'agrément des titres particuliers et des qualifications particulières;

2° l'arrêté royal du 18 novembre 2004 relatif à l'agrément des praticiens des professions paramédicales, modifié par l'arrêté royal du 16 février 2009;

3° l'arrêté royal du 14 avril 2013 fixant la procédure applicable à la reconnaissance des qualifications professionnelles relatives aux professions de soins de santé acquises dans un État membre de l'Union européenne autre que la Belgique;

4° l'arrêté royal du 18 avril 2013 relatif à la composition, à l'organisation et au fonctionnement de la Commission d'agrément pour les praticiens de l'art infirmier, et fixant la procédure d'agrément autorisant les infirmiers à porter un titre professionnel particulier ou à se prévaloir d'une qualification professionnelle particulière, et la procédure d'enregistrement comme aide-soignant, modifié par l'arrêté royal du 21 février 2014;

5° l'arrêté du Gouvernement du 24 mars 2016 réglant provisoirement la procédure d'agrément pour les professions de santé et de soins;

6° l'arrêté ministériel du 9 septembre 2011 attribuant les missions d'agrément pour des titres professionnels particuliers réservés aux titulaires d'un master en médecine ou du grade académique de médecin qui sont déjà titulaires d'un titre professionnel particulier à des commissions d'agrément pour un titre professionnel particulier conformément à l'article 4bis, alinéa 1^{er}, de l'arrêté royal du 21 avril 1983 fixant les modalités de l'agrément des médecins spécialistes et des médecins généralistes.

Art. 79. - Disposition transitoire

Toutes les demandes d'agrément, d'enregistrement et de reconnaissance des professionnels des soins de santé et les demandes de délivrance de la carte professionnelle européenne qui ont été introduites avant l'entrée en vigueur du présent arrêté auprès de l'administration sont traitées conformément aux dispositions du présent arrêté dès son entrée en vigueur.

Art. 80. - Disposition transitoire

§ 1^{er} - Le ministre octroie d'office l'agrément aux personnes mentionnées à l'article 153, § 1^{er}, de la loi du 15 mai 2015 dès que l'Institut national d'assurance maladie-invalidité a transmis les informations nécessaires à cet effet.

§ 2 - Les personnes qui demandent un agrément en vertu de l'article 153, § 2, de la loi du 10 mai 2015 introduisent leur demande auprès de l'administration conformément à l'article 9. Outre les éléments mentionnés à l'article 9, alinéa 4, la demande doit être accompagnée de documents dont il ressort que le demandeur remplit les conditions fixées à l'article 153, § 2, de la loi du 10 mai 2015.

Les articles 10 à 12 sont applicables aux modalités d'examen de la demande et de la prise de décision.

§ 3 - Les personnes qui demandent un agrément en vertu de l'article 153, § 3, de la loi du 10 mai 2015 introduisent leur demande auprès de l'administration conformément à l'article 9.

Outre les éléments mentionnés à l'article 9, alinéa 3, la demande reprend les éléments suivants :

1° l'indication des activités pour lesquelles le demandeur sollicite l'avantage des droits acquis;

2° l'indication des périodes et lieux où il a exercé ces activités.

Outre les documents mentionnés à l'article 9, alinéa 4, la demande doit être accompagnée d'une attestation établie par un médecin ou un pharmacien et dont il ressort que le demandeur a exercé les activités mentionnées à l'alinéa 2, 1°, de manière durable et en nombre suffisant.

L'attestation mentionnée à l'alinéa 3 ne peut être délivrée que par des médecins ou des pharmaciens habilités à prescrire différents actes et prestations pour la profession paramédicale en question.

Les articles 10 à 12 sont applicables aux modalités d'examen de la demande et de la prise de décision.

Art. 81. - Disposition transitoire

Les personnes qui demandent un agrément en vertu de l'article 154 de la loi du 10 mai 2015 introduisent leur demande auprès de l'administration conformément à l'article 9. Outre les éléments mentionnés à l'article 9, alinéa 4, la demande doit être accompagnée de documents dont il ressort que le demandeur remplit les conditions fixées à l'article 154 de la loi du 10 mai 2015.

Les articles 10 à 12 sont applicables aux modalités d'examen de la demande et de la prise de décision.

Art. 82. - Exécution

Le Ministre compétent en matière de Santé est chargé de l'exécution du présent arrêté.

Eupen, le 25 avril 2019.

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone:

Le Ministre-Président,

O. PAASCH

Le Ministre de la Famille, de la Santé et des Affaires sociales,

A. ANTONIADIS

VERTALING

MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

[2019/202246]

25 APRIL 2019. — Besluit van de Regering tot vaststelling van de procedure voor de registratie en erkenning van de beoefenaars van de gezondheidszorgberoepen en tot afgifte van een Europese beroepskaart

De Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

Gelet op de bijzondere wet van 8 augustus 1980 tot hervorming der instellingen, artikel 20;

Gelet op de wet van 31 december 1983 tot hervorming der instellingen voor de Duitstalige Gemeenschap, artikel 7;

Gelet op de gecoördineerde wet van 10 mei 2015 betreffende de uitoefening van de gezondheidszorgberoepen, artikel 43, § 2, artikel 56, artikel 61, § 3, artikel 63, gewijzigd bij het koninklijk besluit van 27 juni 2016, artikel 64, artikel 65, artikel 68/2/2, ingevoegd bij de wet van 10 juli 2016, artikel 68/4, § 2, ingevoegd bij de wet van 10 mei 2015, artikel 72, § 2, eerste lid, artikel 88, artikel 105, artikel 106, § 2, artikel 145, § 3, artikel 153, § 1 tot 2 en § 3, vierde lid;

Gelet op het koninklijk besluit van 21 april 1983 tot vaststelling van de nadere regelen voor erkenning van artsen-specialisten en van huisartsen;

Gelet op het koninklijk besluit van 1 februari 1991 betreffende de uitoefening van het beroep van vroedvrouw;

Gelet op het koninklijk besluit van 10 november 1996 tot vaststelling van de erkenningsmodaliteiten van de beoefenaars van de tandheelkunde, houders van een bijzondere beroepstitel;

Gelet op het koninklijk besluit van 15 april 2002 betreffende de erkenning als kinesitherapeut en de erkenning van bijzondere beroepstitels en bijzondere bekwaamheden;

Gelet op het koninklijk besluit van 18 november 2004 betreffende de erkenning van de beoefenaars van de paramedische beroepen;

Gelet op het koninklijk besluit van 22 oktober 2012 tot vaststelling van de procedure voor de erkenning van de bijzondere beroepstitel van ziekenhuisapotheker;

Gelet op het koninklijk besluit van 14 april 2013 tot vaststelling van de procedure voor de erkenning van de beroepskwalificaties betreffende de gezondheidsberoepen verworven in een andere lidstaat van de Europese Unie dan België;

Gelet op het koninklijk besluit van 18 april 2013 betreffende de samenstelling, de organisatie en de werking van de Erkenningscommissie voor de beoefenaars van de verpleegkunde, en tot vaststelling van de erkenningsprocedure waarbij de verpleegkundigen ertoe gemachtigd worden een bijzondere beroepstitel te dragen of zich op een bijzondere beroepsbekwaamheid te beroepen, en de registratieprocedure als zorgkundige;

Gelet op het besluit van de Regering van 24 maart 2016 tot instelling van een overgangsregeling voor de procedure tot erkenning van gezondheids- en zorgberoepen;

Gelet op het advies van de inspecteur van Financiën, gegeven op 18 december 2018;

Gelet op de akkoordbevinding van de Minister-President, bevoegd voor Begroting, d.d. 19 december 2018;

Gelet op het advies van de Gegevensbeschermingsautoriteit, gegeven op 27 februari 2019;

Gelet op advies 65.203/VR van de Raad van State, gegeven op 25 maart 2019, met toepassing van artikel 84, § 1, eerste lid, 2^o, van de wetten op de Raad van State, gecoördineerd op 12 januari 1973;

Overwegende de wet van 12 februari 2008 tot instelling van een algemeen kader voor de erkenning van EU-beroepskwalificaties;

Op de voordracht van de Minister van Gezondheid;

Na beraadslaging,

Besluit :

HOOFDSTUK 1. — *Gemeenschappelijke bepalingen*

Afdeling 1. — Algemene bepalingen

Artikel 1. - Europese clausule

Dit besluit voorziet in de gedeeltelijke omzetting van de Richtlijn 2005/36/EG van het Europees Parlement en de Raad van 7 september 2005 betreffende de erkenning van beroepskwalificaties.

Art. 2. - Definities

Voor de toepassing van dit besluit wordt verstaan onder:

1^o aanvrager: de houder die in België een diploma heeft behaald dat toegang verleent tot de uitoefening van een gezondheidszorgberoep vermeld in de wet van 10 mei 2015 of dat machtiging verleent tot het voeren van een daarin vermelde beroepstitel, bijzondere beroepstitel of bijzondere beroepskwalificatie en die daartoe een aanvraag tot erkenning of, naargelang van het geval, een aanvraag tot registratie indient;

2^o Europese aanvrager: volgende personen:

a) de EU-burger die houder is van een beroepskwalificatie die hij in een andere Europese lidstaat dan België behaald heeft en die voor die beroepskwalificatie een aanvraag tot erkenning indient;

b) de niet-Europese vreemdeling die houder is van een beroepskwalificatie die hij in een andere Europese lidstaat dan België behaald heeft en die voor die beroepskwalificatie overeenkomstig artikel 145, § 3, van de wet van 10 mei 2015 een aanvraag tot erkenning indient;

3^o Europese beroepskaart: de beroepskaart vermeld in artikel 2, § 1, o), van de wet van 12 februari 2008 tot instelling van een algemeen kader voor de erkenning van EU-beroepskwalificaties;

4^o administratie: het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap;

5^o wet van 12 februari 2008: de wet van 12 februari 2008 tot instelling van een algemeen kader voor de erkenning van EU-beroepskwalificaties, zoals die gold op 1 april 2019;

6^o wet van 10 mei 2015: de gecoördineerde wet van 10 mei 2015 betreffende de uitoefening van de gezondheidszorgberoepen;

7^o IMI: het Informatiesysteem van de interne markt geregeld bij de Verordening (EU) nr. 1024/2012 van het Europees Parlement en de Raad van 25 oktober 2012 betreffende de administratieve samenwerking via het Informatiesysteem interne markt en vermeld in artikel 2, § 1, s), van de wet van 12 februari 2008;

8^o Minister: de minister van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap bevoegd voor Gezondheid;

9^o EU-verordening: de uitvoeringsverordening (EU) 2015/983 van de Commissie van 24 juni 2015 betreffende de procedure voor de afgifte van de Europese beroepskaart en de toepassing van het waarschuwingsmechanisme overeenkomstig Richtlijn 2005/36/EG van het Europees Parlement en de Raad.

Art. 3. - Wrakingsregeling

Externe deskundigen die in het kader van dit besluit belast worden met een stellingname, oefenen hun opdracht niet uit als er een wrakingsgrond bestaat. Dat is inzonderheid het geval wanneer ze beroepshalve of persoonlijk een onmiddellijk voordeel of nadeel kunnen hebben bij een stellingname over een registratieaanvraag of erkenningsaanvraag.

Onmiddellijk nadat de externe deskundigen met een opdracht zijn belast, delen ze eventuele wrakingsgronden mee aan de administratie.

Art. 4. - Vergoeding voor externe deskundigen

Externe deskundigen die in het kader van dit besluit belast worden met een stellingname, ontvangen een honorarium van 175 euro per stellingname. Als verscheidene deskundigen in het kader van een gemeenschappelijke werkvergadering meer dan één stellingname formuleren, ontvangt elke deskundige in totaal 175 euro, los van het aantal stellingnames dat op die dag werd afgegeven.

Voor hoorzittingen en gemeenschappelijke werkvergaderingen krijgen ze bovendien een reisvergoeding overeenkomstig artikel 2 van het besluit van de Regering van 12 juli 2001 tot harmonisatie van het presentiegeld en van de reisvergoedingen in instellingen en raden van beheer van de Duitstalige Gemeenschap.

Art. 5. - Procedure voor de registratie en erkenning

Aanvragers die houder zijn van een in België behaald diploma dat toegang verleent tot de uitoefening van een gezondheidszorgberoep vermeld in de wet van 10 mei 2015 of dat machtiging verleent tot het voeren van een daarin vermelde beroepstitel, bijzondere beroepstitel of bijzondere beroepskwalificatie, kunnen een aanvraag tot erkenning of, naargelang van het geval, een aanvraag tot registratie indienen overeenkomstig hoofdstuk 2.

Niet-Europese vreemdelingen die houder zijn van een in een derde land behaald diploma en die overeenkomstig artikel 145, § 1 en 2, van de wet van 10 mei 2015 een beroepsactiviteit willen uitoefenen als vermeld in artikel 3, § 1, artikel 4, artikel 6, artikel 23, § 2, artikel 43, artikel 45, artikel 56, artikel 63, artikel 68/1 of artikel 68/2 van dezelfde wet of als vermeld in hoofdstuk 7 van dezelfde wet, kunnen - nadat hun diploma gelijkwaardig is verklaard - een aanvraag tot erkenning of tot registratie overeenkomstig hoofdstuk 2 indienen om zich in het Duitse taalgebied te vestigen.

Niet-Europese vreemdelingen die overeenkomstig artikel 145, § 1 en 2, van de wet van 10 mei 2015 een toelating tot uitoefening van de beroepsactiviteiten vermeld in de artikelen 3, § 1, artikel 4, artikel 6, artikel 23, § 2, artikel 43, artikel 45, artikel 56, artikel 63, artikel 68/1 of artikel 68/2 of een toelating tot uitoefening van een paramedisch beroep overeenkomstig hoofdstuk 7 van dezelfde wet gekregen hebben en die houder zijn van een in een derde land behaald diploma dat ertoe machtigt om een in dezelfde wet vermelde beroepstitel, bijzondere beroepstitel of bijzondere beroepskwalificaties te voeren, kunnen - nadat hun diploma gelijkwaardig is verklaard - een aanvraag tot erkenning

overeenkomstig hoofdstuk 2 indienen om zich in het Duitse taalgebied te vestigen, voor zover hun opleiding niet onder een regeling voor wederzijdse erkenning van beroepskwalificaties valt. Zo niet kunnen ze een aanvraag om erkenning overeenkomstig hoofdstuk 3 indienen.

Europese aanvragers die houder zijn van een beroepskwalificatie die ze in een andere Europese lidstaat dan België hebben gekregen, kunnen een aanvraag tot erkenning overeenkomstig hoofdstuk 3 of een aanvraag tot afgifte van een Europese beroepskaart overeenkomstig hoofdstuk 4 doen.

Afdeling 2. — Vertrouwelijkheid en bescherming van persoonsgegevens

Art. 6. - Vertrouwelijkheid

Onverminderd andersluidende wettelijke of decretale bepalingen moeten de administratie en de externe deskundigen de gegevens die hun in de uitoefening van hun opdracht toevertrouwd worden, vertrouwelijk behandelen.

Art. 7. - Verwerking van persoonsgegevens

De administratie is verantwoordelijk voor de verwerking van de persoonsgegevens vermeld in de artikelen 9, 13, 21, 23, 29, 31, 39, 44, 52, 54, 63 en 68 in de zin van de Algemene Verordening Gegevensbescherming. Ze geldt als verwerkingsverantwoordelijke in de zin van artikel 4, punt 7, van de Algemene Verordening Gegevensbescherming voor de verwerking van die gegevens. De externe deskundigen en de adviesorganen van een andere gemeenschap gelden als verwerker in de zin van artikel 4, punt 8, van de Algemene Verordening Gegevensbescherming.

De administratie zendt de in het eerste lid vermelde persoonsgegevens door aan de externe deskundigen en aan de adviesorganen van een andere gemeenschap, voor zover dit noodzakelijk is voor het vervullen van hun opdracht.

De administratie en, in voorkomend geval, de externe deskundigen en adviesorganen van een andere gemeenschap verwerken de persoonsgegevens vermeld in het eerste lid met het oog op de uitvoering van de opdrachten vermeld in artikel 5. Ze mogen de verzamelde gegevens niet voor andere doeleinden dan voor de uitvoering van die opdrachten gebruiken.

De verwerking van persoonsgegevens geschiedt met inachtneming van de toepasselijke regelgeving over de bescherming bij de verwerking van persoonsgegevens.

Art. 8. - Duur van de gegevensverwerking

De gegevens mogen tot hoogstens tien jaar nadat de aanvraag van de aanvrager of van de Europese aanvrager aangenomen of afgewezen werd, in een vorm bewaard worden die de mogelijkheid biedt de betrokken personen te identificeren. Met behoud van de toepassing van de bepalingen betreffende het archiefwezen worden ze uiterlijk na het verstrijken van die termijn vernietigd.

HOOFDSTUK 2. — Erkennings- en registratieprocedures

Afdeling 1. — Erkenning

Art. 9. - Erkenning op aanvraag

De aanvrager dient bij de administratie een aanvraag overeenkomstig het tweede lid in om overeenkomstig de wet van 10 mei 2015 :

- 1° een toelating tot uitoefening van het in dezelfde wet vermelde gezondheidszorgberoep te krijgen;
- 2° een erkenning als houder van een in dezelfde wet vermelde beroepstitel, bijzondere beroepstitel of bijzondere beroepskwalificatie te krijgen.

Het eerste lid is van toepassing op vroedvrouwen die een erkenning als vroedvrouw overeenkomstig artikel 63 van de wet van 10 mei 2015 willen krijgen en die niet in aanmerking komen voor een erkenning van rechtswege.

De Minister stelt daartoe een aanvraagformulier ter beschikking waarin de volgende elementen worden opgevraagd :

- 1° benaming van het gezondheidszorgberoep waarvoor de erkenning wordt aangevraagd;
- 2° naam, voornaam, adres, land, telefoonnummer, e-mailadres, geslacht, nationaliteit, geboortedatum, geboorteland en geboorteplaats, alsook rijksregisternummer (BIS-nummer als de aanvrager geen rijksregisternummer bezit);
- 3° de beroepsrelevante opleidingstitel(s) of voortgezette opleiding(en).

Bij de aanvraag vermeld in het tweede lid worden de volgende documenten gevoegd :

- 1° levensloop, opgesteld in de vorm van een tabel;
- 2° kopie van de voorzijde en achterzijde van de identiteitskaart;
- 3° kopie van de in het tweede lid, 3°, vermelde opleidingstitel en/of kopie van het attest over de voltooide voortgezette opleiding, met inbegrip van het aantal opleidingsuren;
- 4° in voorkomend geval: kopie van de getuigschriften van werkgevers;
- 5° in voorkomend geval: een attest van inschrijving bij de bevoegde beroepsorde.

Art. 10. - Ontvangstbevestiging en volledigheid van de aanvraag

De administratie geeft de aanvrager binnen een maand na indiening van de aanvraag een schriftelijke ontvangstbevestiging en deelt hem mee of de aanvraag volledig is, en zo neen, welke inlichtingen en documenten ontbreken.

Als zes maanden na de ontvangstbevestiging vermeld in het eerste lid nog inlichtingen en documenten ontbreken die voor de behandeling van de aanvraag noodzakelijk zijn, sluit de administratie het aanvraagdossier en deelt ze dit feit mee aan de aanvrager.

Art. 11. - Opstellen van een advies

§ 1 - Binnen drie maanden, te rekenen vanaf het tijdstip waarop de aanvraag volledig is, stelt de administratie een advies op over de vraag of de aanvrager voldoet aan de voorwaarden die aan de erkenning ten grondslag liggen.

§ 2 - Voor het opstellen van het advies kan de administratie zich baseren op de stellingname van één of meer externe deskundigen of adviesorganen van een andere gemeenschap.

Als de administratie zich baseert op een stellingname van een externe deskundige en als die externe deskundige van oordeel is dat de aanvraag niet voldoet aan de voorwaarden die aan de erkenning ten grondslag liggen, dan kan de administratie beslissen om nog andere documenten op te vragen of, naargelang van het geval, beslissen om de aanvrager te horen. De beslissing om de aanvrager te horen of, naargelang van het geval, nog andere documenten op te vragen, schort de termijn vermeld in paragraaf 1 op tot de datum waarop betrokkene wordt gehoord of, naargelang van het geval, tot de datum waarop de opgevraagde documenten bij de administratie ingediend werden.

Behoudens spoedeisende gevallen roept de administratie de aanvrager minstens 15 dagen van tevoren op om te worden gehoord.

De externe deskundige kan aan de hoorzitting deelnemen.

De aanvrager kan zich voor de hoorzitting laten bijstaan door een advocaat.

Als de aanvrager niet op de hoorzitting verschijnt, baseert de administratie haar advies op de elementen waarover ze beschikt.

Art. 12. - Beslissing van de Minister

§ 1 - Als de administratie een gunstig advies afgeeft, baseert de Minister zich op dat gunstige advies en neemt hij binnen een maand, te rekenen vanaf de afgifte van dat advies, een beslissing.

De administratie bezorgt de beslissing van de Minister als volgt aan de aanvrager:

- 1° een gunstige beslissing via een gewoon schrijven;
- 2° een ongunstige beslissing via een aangetekend schrijven.

§ 2 - Als de administratie een ongunstig advies afgeeft, zendt ze dat advies via een aangetekend schrijven aan de aanvrager.

Binnen een maand, te rekenen vanaf de verzending van het aangetekend schrijven, kan de aanvrager zijn met redenen omklede standpunt omtrent het advies indienen bij de administratie.

Als de aanvrager geen standpunt indient, beslist de Minister op basis van het advies van de administratie.

§ 3 - Als de aanvrager wel een standpunt indient, stelt de administratie een tweede advies op binnen een maand na ontvangst van dat standpunt. Als het standpunt van de aanvrager nieuwe elementen bevat, kan de administratie zich voor het opstellen van het tweede advies baseren op de stellingname van één of meer externe deskundigen of adviesorganen van een andere gemeenschap.

In het geval vermeld in het eerste lid is artikel 11, § 2, tweede tot zesde lid, van toepassing.

De Minister beslist op basis van de adviezen van de administratie en op basis van het standpunt van de aanvrager.

De administratie bezorgt de beslissing van de Minister binnen een maand via aangetekend schrijven aan de aanvrager.

In een afwijzingsbeslissing wordt het volgende vermeld :

- 1° de mogelijkheid om beroep in stellen;
- 2° de bevoegde instanties die daarvan kennis nemen;
- 3° de na te leven termijnen en vormvereisten.

Afdeling 2. — Bijzondere erkenningsprocedures

Onderafdeling 1. — Stage en erkenning van huisartsen en artsen-specialisten

Art. 13. - Aanvraag tot goedkeuring van het stageplan

Binnen de eerste vier maanden van zijn opleiding dient de aanvrager die in België gemachtigd is om de geneeskunde uit te oefenen, bij de administratie een aanvraag in om zijn stageplan te laten goedkeuren.

De Minister stelt daartoe een aanvraagformulier ter beschikking waarin de volgende elementen worden opgevraagd :

- 1° het begin, het einde en de duur van de stage;
- 2° de stagemeester;
- 3° de stagedienst.

Bij de aanvraag worden de volgende documenten gevoegd :

1° een attest waaruit blijkt dat de aanvrager ingeschreven is in een faculteit Geneeskunde voor de desbetreffende discipline;

2° een attest van inschrijving bij de Orde der Artsen;

3° een kopie van een overeenkomst tussen de aanvrager, de stagemeester en in voorkomend geval de stagedienst over de betaling van de aanvrager.

Art. 14. - Ontvangstbevestiging en volledigheid van de aanvraag

De administratie geeft de aanvrager binnen een maand na indiening van de aanvraag een schriftelijke ontvangstbevestiging en deelt hem mee of de aanvraag volledig is, en zo neen, welke inlichtingen en documenten ontbreken.

Als zes maanden na de ontvangstbevestiging vermeld in het eerste lid nog inlichtingen en documenten ontbreken die voor de behandeling van de aanvraag noodzakelijk zijn, sluit de administratie het aanvraagdossier en deelt ze dit feit mee aan de aanvrager.

Art. 15. - Opstellen van een advies

Binnen drie maanden, te rekenen vanaf het tijdstip waarop de aanvraag volledig is, stelt de administratie een advies op over de vraag of het stageplan wordt goedgekeurd.

Het advies wordt opgesteld op basis van de nadere regels bepaald in artikel 11.

Art. 16. - Beslissing van de Minister

De Minister beslist op basis van het advies van de administratie of het stageplan wordt goedgekeurd; die beslissing wordt genomen binnen een maand na afgifte van voormeld advies.

De administratie bezorgt de beslissing van de Minister als volgt aan de aanvrager :

- 1° een gunstige beslissing via een gewoon schrijven;
- 2° een ongunstige beslissing via een aangetekend schrijven.

In een afwijzingsbeslissing wordt het volgende vermeld:

- 1° de mogelijkheid om beroep in stellen;
- 2° de bevoegde instanties die daarvan kennis nemen;
- 3° de na te leven termijnen en vormvereisten.

Art. 17. - Wijziging van het stageplan

De aanvrager legt elke wijziging van het stageplan voor aan de administratie met het oog op goedkeuring door de Minister. De wijziging van het stageplan moet geschieden overeenkomstig de nadere regels bepaald in de artikelen 14 tot 16.

Art. 18. - Onderbreking van de stage

§ 1 - De aanvrager doorloopt de stage zonder onderbreking.

In afwijking van het eerste lid kan de aanvrager aan de administratie meedelen dat hij de stage wenst te onderbreken. Op basis van een advies van de administratie kan de Minister de onderbreking toestaan.

§ 2 - Tijdens de duur van zijn opleiding mag de aanvrager zijn stage in totaal gedurende hoogstens vier maanden onderbreken, zonder dat dit een verlenging van de duur van de stage met zich meebrengt, om de volgende redenen :

- 1° in het kader van het bevallingsverlof bepaald in de arbeidswet van 16 maart 1971;
- 2° in het kader van de palliatieve zorg bepaald in de herstellwet van 22 januari 1985 houdende sociale bepalingen;
- 3° om medische redenen.

§ 3 - Voor elke onderbreking bepaald in de paragrafen 1 tot 2 die vier maanden overschrijdt, wordt de stage verlengd met de periode die vier maanden overschrijdt.

Voor het gedeelte van de onderbreking dat de duur van vier maanden overschrijdt, legt de aanvrager een voorstel tot verlenging van de stage voor aan de administratie.

De Minister beslist op basis van het advies van de administratie over het gedeelte van de onderbreking dat de duur van vier maanden overschrijdt.

De administratie bezorgt de beslissing van de Minister binnen een maand via aangetekend schrijven aan de aanvrager.

In een afwijzingsbeslissing wordt het volgende vermeld:

- 1° de mogelijkheid om beroep in stellen;
- 2° de bevoegde instanties die daarvan kennis nemen;
- 3° de na te leven termijnen en vormvereisten.

Art. 19. - Meningsverschillen tussen aanvrager en stagemeeester

§ 1 - In geval van een functioneel meningsverschil tussen de stagemeeester en de aanvrager kan elk van hen het geschil schriftelijk voor advies voorleggen aan de administratie.

Voor het opstellen van het advies kan de administratie zich baseren op de stellingname van één of meer externe deskundigen of adviesorganen van een andere gemeenschap.

De administratie hoort beide partijen. Als één van de partijen of beide partijen niet verschijnen, verstrekt de administratie haar advies op basis van de elementen waarover ze beschikt. In geval van gewettigde afwezigheid wordt een nieuwe datum voor de hoorzitting vastgesteld.

De administratie roept de partijen minstens 15 dagen van tevoren op om te worden gehoord.

§ 2 - De Minister beslecht het meningsverschil op basis van het advies van de administratie.

De administratie bezorgt de beslissing van de Minister binnen een maand via aangetekend schrijven aan de aanvrager.

De beslissing bevat :

- 1° de mogelijkheid om beroep in stellen;
- 2° de bevoegde instanties die daarvan kennis nemen;
- 3° de na te leven termijnen en vormvereisten.

Art. 20. - Ongeschiktheid voor de uitoefening van het beroep

§ 1 - Als de stagemeeester in de loop van of op het einde van de stageperiode van oordeel is dat de aanvrager niet geschikt is voor het uitoefenen van het beroep in kwestie, deelt hij dat schriftelijk mee aan de aanvrager en aan de administratie, met vermelding van de redenen waarop hij zijn inschatting baseert.

De administratie stelt een advies over de beëindiging of voortzetting van de stage op. Voor het opstellen van het advies kan de administratie zich baseren op de stellingname van één of meer externe deskundigen of adviesorganen van een andere gemeenschap.

De administratie hoort beide partijen. Als één van de partijen of beide partijen niet verschijnen, verstrekt de administratie haar advies op basis van de elementen waarover ze beschikt. In geval van gewettigde afwezigheid wordt een nieuwe datum voor de hoorzitting vastgesteld.

De administratie roept de partijen minstens 15 dagen van tevoren op om te worden gehoord.

Na de partijen te hebben gehoord, geeft de administratie een advies over de vraag of de stage beëindigd wordt, dan wel over de vraag of het resterende gedeelte van de stage onder leiding van een andere stagemeeester wordt doorlopen. In laatstgenoemd geval wordt vermeld in hoeverre de bij de eerste stagemeeester gedane stage in aanmerking komt voor de berekening van de totale duur van de stage voor het beroep in kwestie.

De Minister beslist op basis van het advies van de administratie of de stage beëindigd of voortgezet wordt.

De administratie bezorgt de beslissing van de Minister binnen een maand via aangetekend schrijven aan de aanvrager.

De beslissing bevat :

- 1° de mogelijkheid om beroep in stellen;
- 2° de bevoegde instanties die daarvan kennis nemen;
- 3° de na te leven termijnen en vormvereisten.

§ 2 - Als de Minister beslist om de stagemeeester te vervangen, stelt de kandidaat een nieuwe stagemeeester voor. In onderlinge overeenstemming met de nieuwe stagemeeester legt de kandidaat een wijziging van het stageplan ter goedkeuring voor aan de Minister, overeenkomstig de nadere regels bepaald in artikel 17.

§ 3 - Als de nieuwe stagemeeester in de loop van de stage ook van oordeel is dat de kandidaat ongeschikt is, kan de administratie adviseren om de stage te beëindigen en de aanvrager daarvan op de hoogte brengen via een aangetekend schrijven.

Binnen een maand, te rekenen vanaf de verzending van het aangetekend schrijven, kan de aanvrager zijn met redenen omklede standpunt omtrent het advies indienen bij de administratie.

Als de aanvrager geen standpunt indient, beslist de Minister op basis van het advies van de administratie.

Als de aanvrager wel een standpunt indient, stelt de administratie een tweede advies op binnen een maand na ontvangst van dat standpunt. Voor het opstellen van het tweede advies kan de administratie zich baseren op de stellingname van één of meer externe deskundigen of adviesorganen van een andere gemeenschap.

De administratie hoort de aanvrager. Als deze niet verschijnt, verstrekt de administratie haar advies op basis van de elementen waarover ze beschikt. In geval van gewettigde afwezigheid wordt een nieuwe datum voor de hoorzitting vastgesteld.

De aanvrager kan zich voor de hoorzitting laten bijstaan door een advocaat.

De administratie roept de aanvrager minstens 15 dagen van tevoren op om te worden gehoord.

De externe deskundige kan aan de hoorzitting deelnemen.

De Minister beslist op basis van het advies van de administratie of de stage wordt beëindigd.

De administratie bezorgt de beslissing van de Minister binnen een maand via aangetekend schrijven aan de aanvrager.

De beslissing bevat :

- 1° de mogelijkheid om beroep in stellen;
- 2° de bevoegde instanties die daarvan kennis nemen;
- 3° de na te leven termijnen en vormvereisten.

Art. 21. - Erkenning op aanvraag

De aanvrager dient een aanvraag tot erkenning als huisarts of als arts-specialist in overeenkomstig de nadere regels bepaald in artikel 9.

Met behoud van de toepassing van het eerste lid moeten, naast de documenten vermeld in artikel 9, vierde lid, nog de volgende documenten bij de aanvraag worden gevoegd :

- 1° de attesten van de stagemeeester;
- 2° het laatste stageverslag of elk ander document dat uitkomst biedt over de bekwaamheden van de aanvrager;
- 3° een attest van inschrijving bij de Orde der Artsen.

Art. 22. - Erkenningsprocedure

De erkenningsprocedure verloopt overeenkomstig de nadere regels bepaald in de artikelen 10 tot 12.

Onderafdeling 2. — Erkenning waarbij tandartsen gemachtigd worden om een bijzondere beroepstitel te dragen

Art. 23. - Aanvraag tot goedkeuring van het stageplan

Binnen de eerste twee maanden van zijn opleiding dient de aanvrager die in België gemachtigd is om de tandheelkunde uit te oefenen, bij de administratie een aanvraag in om zijn stageplan te laten goedkeuren.

De Minister stelt daartoe een aanvraagformulier ter beschikking waarin de in artikel 13, tweede lid, vermelde elementen worden opgevraagd en waarbij de in artikel 13, derde lid, 1° en 2°, vermelde documenten moeten worden gevoegd, alsook een bewijs dat de aanvrager gemachtigd is de tandheelkunde in België uit te oefenen.

Art. 24. - Procedure tot goedkeuring van het stageplan

De erkenningsprocedure verloopt overeenkomstig de nadere regels bepaald in de artikelen 14 tot 16.

Art. 25. - Wijziging van het stageplan

De aanvrager legt elke wijziging van het stageplan voor aan de administratie met het oog op goedkeuring door de Minister. De wijziging van het stageplan moet geschieden overeenkomstig de nadere regels bepaald in de artikelen 14 tot 16.

Art. 26. - Onderbreking van de stage

De aanvrager doorloopt de stage zonder onderbreking.

Van het principe vermeld in het eerste lid kan worden afgeweken overeenkomstig de nadere regels bepaald in artikel 18.

Art. 27. - Meningsverschillen tussen aanvrager en stagemeester

Meningsverschillen tussen de stagemeester en de aanvrager worden behandeld overeenkomstig de nadere regels bepaald in artikel 19.

Art. 28. - Ongeschiktheid voor de uitoefening van het beroep

Geschillen over de ongeschiktheid voor de uitoefening van het beroep worden behandeld overeenkomstig de nadere regels bepaald in artikel 20.

Art. 29. - Erkenning op aanvraag

De aanvrager die gemachtigd is de tandheelkunde in België uit te oefenen, dient de aanvraag tot erkenning waarbij hij gemachtigd wordt een bijzondere beroepstitel te dragen in overeenkomstig de nadere regels bepaald in artikel 9.

Met behoud van de toepassing van het eerste lid moeten, naast de documenten vermeld in artikel 9, vierde lid, nog de volgende documenten bij de aanvraag worden gevoegd :

1° de attesten van de stagemeester;

2° het laatste stageverslag of elk ander document dat uitkomst biedt over de bekwaamheden van de aanvrager.

Art. 30. - Erkenningsprocedure

De erkenningsprocedure verloopt overeenkomstig de nadere regels bepaald in de artikelen 10 tot 12.

Onderafdeling 3 - Erkenning als houder van de bijzondere beroepstitel van ziekenhuisapotheker

Art. 31. - Aanvraag tot voorlopige erkenning

Binnen zes maanden na het begin van zijn opleiding dient de aanvrager bij de administratie een aanvraag tot voorlopige erkenning als houder van de bijzondere beroepstitel van ziekenhuisapotheker in.

De Minister stelt daartoe een aanvraagformulier ter beschikking waarin de elementen vermeld in artikel 13, tweede lid, worden opgevraagd.

Bij de aanvraag worden de volgende documenten gevoegd :

1° het stageplan voor de eerste drie jaar van de praktische opleiding vermeld in het ministerieel besluit van 22 oktober 2012 tot vaststelling van de erkenningscriteria voor de bijzondere beroepstitel van ziekenhuisapotheker;

2° de stageovereenkomst tussen de aanvrager, de stagemeester en de stagedienst;

3° een attest van inschrijving bij de Orde der Apothekers.

Art. 32. - Ontvangstbevestiging en volledigheid van de aanvraag

De administratie geeft de aanvrager binnen een maand na indiening van de aanvraag een schriftelijke ontvangstbevestiging en deelt hem mee of de aanvraag volledig is, en zo neen, welke inlichtingen en documenten ontbreken.

Als zes maanden na de ontvangstbevestiging vermeld in het eerste lid nog inlichtingen en documenten ontbreken die voor de behandeling van de aanvraag noodzakelijk zijn, sluit de administratie het aanvraagdossier en deelt ze dit feit mee aan de aanvrager.

Art. 33. - Opstellen van een advies

Binnen drie maanden, te rekenen vanaf het tijdstip waarop de aanvraag volledig is, stelt de administratie een advies op over de vraag of het stageplan wordt goedgekeurd.

Het advies wordt opgesteld op basis van de nadere regels bepaald in artikel 15.

Art. 34. - Beslissing van de Minister

De Minister beslist op basis van het advies of het stageplan wordt goedgekeurd.

Bij een gunstige beslissing ontvangt de aanvrager tegelijk de voorlopige erkenning.

De administratie bezorgt de beslissing van de Minister binnen een maand via aangetekend schrijven aan de aanvrager.

In een afwijzingsbeslissing wordt het volgende vermeld:

1° de mogelijkheid om beroep in stellen;

2° de bevoegde instanties die daarvan kennis nemen;

3° de na te leven termijnen en vormvereisten.

Art. 35. - Geldigheidsduur van de voorlopige erkenning

De voorlopige erkenning is drie jaar geldig. Na advies van de administratie kan de Minister ze één keer met maximaal drie jaar verlengen.

De geldigheidsduur vermeld in het eerste lid gaat in op de dag dat de aanvrager de stage werkelijk heeft aangevat, als het stageplan binnen de eerste zes maanden na het begin van de academische opleiding ingediend werd. Als het stageplan later werd ingediend, gaat de geldigheidsduur van de voorlopige erkenning in op de dag dat de aanvraag vermeld in artikel 31 werd ingediend.

Art. 36. - Onderbreking van de stage

De aanvrager doorloopt de stage zonder onderbreking.

Van het principe vermeld in het eerste lid kan worden afgeweken overeenkomstig de nadere regels bepaald in artikel 18.

Art. 37. - Meningsverschillen tussen aanvrager en stagemeester

Meningsverschillen tussen de stagemeester en de aanvrager worden behandeld overeenkomstig de nadere regels bepaald in artikel 19.

Art. 38. - Ongeschiktheid voor de uitoefening van het beroep

Geschillen over de ongeschiktheid voor de uitoefening van het beroep worden behandeld overeenkomstig de nadere regels bepaald in artikel 20.

Met behoud van de toepassing van het eerste lid heeft een negatieve beslissing van de Minister tot gevolg dat de voorlopige erkenning ophoudt te bestaan.

Art. 39. - Aanvraag tot volledige erkenning

Overeenkomstig de nadere regels bepaald in artikel 9 dient de aanvrager na het beëindigen van zijn stage een aanvraag tot volledige erkenning als houder van de bijzondere beroepstitel van ziekenhuisapotheker in.

Met behoud van de toepassing van het eerste lid moeten, naast de documenten vermeld in artikel 9, vierde lid, nog de volgende documenten bij de aanvraag worden gevoegd:

- 1° de stageverslagen;
- 2° de evaluaties van de stagemeeester;
- 3° de stageschriften.

Art. 40. - Erkenningsprocedure

De erkenningsprocedure verloopt overeenkomstig de nadere regels bepaald in de artikelen 10 tot 12.

Art. 41. - Geldigheidsduur van de volledige erkenning

De volledige erkenning is vijf jaar geldig. De geldigheidsduur kan overeenkomstig artikel 42 verlengd worden.

De beslissing van de Minister die de aanvrager in het kader van de procedure bepaald in artikel 40 ontvangt, bevat de datum waarop de geldigheidsduur ingaat.

Art. 42. - Aanvraag tot verlenging van de volledige erkenning

Uiterlijk zes maanden voordat de geldigheidsduur van de oorspronkelijke volledige erkenning verstrijkt of in met bijzondere redenen omklede gevallen na dat tijdstip, dient de aanvrager een aanvraag tot verlenging van de volledige erkenning in bij de administratie.

De Minister stelt daartoe een aanvraagformulier ter beschikking. Naast de documenten vermeld in artikel 9, vierde lid, moeten bij de aanvraag alle ter zake dienende elementen worden gevoegd die bewijzen dat de aanvrager voldoet aan de voorwaarden tot verlenging van de erkenning bepaald in de artikelen 14 tot 16 van het ministerieel besluit van 22 oktober 2012 tot vaststelling van de erkenningscriteria voor de bijzondere beroepstitel van ziekenhuisapotheker. Als de aanvrager de aanvraag na de in het eerste lid vermelde termijn van zes maanden bij de administratie indient, moet bij de aanvraag een bijzondere motivering gevoegd worden.

Art. 43. - Procedure tot verlenging van de volledige erkenning

De erkenningsprocedure verloopt overeenkomstig de nadere regels bepaald in de artikelen 10 tot 12.

Afdeling 3. — Registratie als zorgkundige of als hulpverlener-ambulancier**Art. 44.** - Registratie op aanvraag

De aanvrager dient bij de administratie een aanvraag overeenkomstig het tweede lid in om geregistreerd te worden overeenkomstig de artikelen 56 en 65 van de wet van 10 mei 2015.

De Minister stelt daartoe een aanvraagformulier ter beschikking waarin de volgende elementen worden opgevraagd :

- 1° naam, voornaam, adres, land, telefoonnummer, e-mailadres, geslacht, nationaliteit, geboortedatum, geboorteland en geboorteplaats, alsook rijksregisternummer (BIS-nummer als de aanvrager geen rijksregisternummer bezit);
- 2° het bekwaamheidsbewijs of de beroepsrelevante opleidingstitels;
- 3° de opleidingsinstelling die het bekwaamheidsbewijs vermeld in 2° of de opleidingstitels vermeld in 2° afgegeven heeft;

- 4° relevante beroepservaring.

Bij de aanvraag vermeld in het tweede lid worden de volgende documenten gevoegd :

- 1° kopie van de voorzijde en achterzijde van de identiteitskaart;
- 2° kopie van het bekwaamheidsbewijs vermeld in het tweede lid, 3° en/of van het bewijs dat de opleiding met succes werd voltooid.

Art. 45. - Ontvangstbevestiging en volledigheid van de aanvraag

De administratie geeft de aanvrager binnen een maand na indiening van de aanvraag een schriftelijke ontvangstbevestiging en deelt hem mee of de aanvraag volledig is, en zo neen, welke inlichtingen en documenten ontbreken.

Als zes maanden na de ontvangstbevestiging vermeld in het eerste lid nog inlichtingen en documenten ontbreken die voor de behandeling van de aanvraag noodzakelijk zijn, sluit de administratie het aanvraagdossier en deelt ze dit feit mee aan de aanvrager.

Art. 46. - Opstellen van een advies

Binnen drie maanden, te rekenen vanaf het tijdstip waarop de aanvraag volledig is, stelt de administratie een advies op over de vraag of de aanvrager voldoet aan de voorwaarden die aan de registratie ten grondslag liggen.

Art. 47. - Beslissing van de Minister

De Minister beslist op basis van het advies van de administratie of betrokkene geregistreerd wordt.

De administratie bezorgt de beslissing van de Minister binnen een maand via aangetekend schrijven aan de aanvrager.

In een afwijzingsbeslissing wordt het volgende vermeld :

- 1° de mogelijkheid om beroep in stellen;
- 2° de bevoegde instanties die daarvan kennis nemen;
- 3° de na te leven termijnen en vormvereisten.

Art. 48. - Afgifte van een legitimatiebewijs

De aanvrager die een registratie overeenkomstig artikel 65 van de wet van 10 mei 2015 en overeenkomstig artikel 47 ontvangen heeft, ontvangt van de administratie ook een legitimatiebewijs voor de uitoefening van zijn activiteit als hulpverlener-ambulancier.

Afdeling 4. — Intrekking van de erkenning of registratie

Art. 49. - Intrekkingsprocedure

§ 1 - De Minister trekt de erkenning of registratie in wanneer de beoefenaar van een gezondheidszorgberoep niet meer voldoet aan de voorwaarden die ten grondslag liggen aan diens erkenning of registratie.

Vóór de intrekking wint de Minister het advies van de administratie in. Voor het opstellen van het advies kan de administratie zich baseren op de stellingname van één of meer externe deskundigen of adviesorganen van een andere gemeenschap.

Na afgifte van het advies deelt de Minister zijn voornemen via aangetekend schrijven mee aan de betrokken beroepsbeoefenaar en bezorgt de Minister hem tegelijk het advies van de administratie. De beroepsbeoefenaar kan binnen een maand na de toezending van dat voornemen een met redenen omkleed standpunt indienen bij de Minister.

Als de beroepsbeoefenaar geen standpunt indient, beslist de Minister op basis van het advies van de administratie.

Als de beroepsbeoefenaar wel een standpunt indient, stelt de administratie een tweede advies op binnen een maand na ontvangst van dat standpunt. In dat geval kan de administratie zich baseren op de stellingname van één of meer externe deskundigen of adviesorganen van een andere gemeenschap. De administratie kan voorts beslissen om nog andere stukken op te vragen of, naargelang van het geval, om de aanvrager te horen.

Behoudens spoedeisende gevallen roept de administratie de aanvrager minstens 15 dagen van tevoren op om te worden gehoord.

De externe deskundige kan aan de hoorzitting deelnemen.

De aanvrager kan zich voor de hoorzitting laten bijstaan door een advocaat.

Als de aanvrager niet op de hoorzitting verschijnt, verstrekt de administratie een advies op basis van de elementen waarover ze beschikt.

§ 2 - De Minister beslist op basis van de adviezen van de administratie en op basis van het standpunt van de beroepsbeoefenaar.

De administratie bezorgt de beslissing van de Minister binnen een maand via aangetekend schrijven aan de aanvrager.

In de beslissing om de erkenning of de registratie in te trekken, wordt het volgende vermeld :

- 1° de mogelijkheid om beroep in stellen;
- 2° de bevoegde instanties die daarvan kennis nemen;
- 3° de na te leven termijnen en vormvereisten.

Art. 50. - Vrijwillige beëindiging van de erkenning of van de registratie

Elke beoefenaar van een gezondheidszorgberoep kan zijn erkenning of registratie vrijwillig beëindigen. Hiertoe licht hij de administratie van zijn voornemen in.

Op voorstel van de administratie trekt de Minister de erkenning of registratie in.

Art. 51. - Nieuwe aanvraag

De beoefenaar van een gezondheidszorgberoep van wie de erkenning of de registratie overeenkomstig de artikelen 49 of 50 ingetrokken werd, kan te allen tijde een nieuwe aanvraag tot erkenning of een nieuwe aanvraag tot registratie indienen bij de administratie overeenkomstig de bepalingen van dit hoofdstuk.

HOOFDSTUK 3. — Erkenningsprocedure

Afdeling 1. — Automatische erkenning

Art. 52. - Aanvraag

§ 1 - De Europese aanvrager kan een aanvraag tot automatische erkenning van zijn beroepkwalificatie met het oog op vestiging overeenkomstig artikel 106 van de wet van 10 mei 2015 schriftelijk indienen bij de administratie.

De Minister stelt daartoe een aanvraagformulier ter beschikking waarin de volgende elementen worden opgevraagd :

- 1° benaming van het Belgische gezondheidszorgberoep waarvoor de erkenning wordt aangevraagd;
- 2° naam, voornaam, adres, land, telefoonnummer, e-mailadres, geslacht, nationaliteit, geboortedatum, geboorteland en geboorteplaats, alsook rijksregisternummer (BIS-nummer als de Europese aanvrager geen rijksregisternummer bezit);
- 3° de beroepkwalificatie waarvoor de Europese aanvrager een aanvraag indient.

Bij de aanvraag vermeld in het tweede lid worden de volgende documenten gevoegd :

- 1° een in de vorm van een tabel opgesteld overzicht van de voltooide opleidingen en van de uitgeoefende beroepsactiviteiten;
- 2° een identiteitsbewijs;
- 3° een kopie van de in het buitenland behaalde opleidingstitel vermeld in het tweede lid, 3°;

4° het origineel exemplaar van het door de lidstaat van oorsprong afgegeven attest waaruit blijkt dat de opleidingstitel van de Europese aanvrager overeenstemt met de desbetreffende titel van de richtlijn 2005/36/EG van het Europees Parlement en de Raad van 7 september 2005 betreffende de erkenning van beroepskwalificaties;

5° in voorkomend geval: kopie van de toelating tot het beroep, afgegeven door de lidstaat van oorsprong;

6° in voorkomend geval: bewijzen van relevante beroepservaring of andere bekwaamheidsbewijzen.

De administratie kan bij de Europese aanvrager nog andere documenten aanvragen waaruit blijkt dat hij aan alle voorwaarden voor de automatische erkenning voldoet.

§ 2 - Onverminderd artikel 69 van de wet van 31 december 1983 tot hervorming der instellingen voor de Duitstalige Gemeenschap dient de Europese aanvrager de bij de aanvraag gevoegde documenten samen met een door een beëdigd vertaler gemaakte Duitse vertaling in, als die documenten nog niet in het Duits ingediend zijn.

Met instemming van de Europese aanvrager en in overleg met de bevoegde autoriteiten van de andere gemeenschappen kan de administratie een in het Nederlands of in het Frans ingediende aanvraag doorzenden aan de autoriteiten van de bevoegde gemeenschap. De administratie stelt de Europese aanvrager daarvan in kennis.

Art. 53. - Behandeling van de aanvraag

§ 1 - De administratie geeft de Europese aanvrager binnen een maand na indiening van de aanvraag een schriftelijke ontvangstbevestiging en deelt hem mee of de aanvraag volledig is, en zo neen, welke inlichtingen en documenten ontbreken.

Als zes maanden na de ontvangstbevestiging vermeld in het eerste lid nog inlichtingen en documenten ontbreken die voor de behandeling van de aanvraag noodzakelijk zijn, sluit de administratie het aanvraagdossier en deelt ze dit feit mee aan de Europese aanvrager.

§ 2 - Binnen twee maanden, te rekenen vanaf het tijdstip waarop de aanvraag volledig is, maakt de administratie een advies op over de vraag of de door de Europese aanvrager ingediende documenten authentiek zijn en of diens opleidingstitel voldoet aan de minimumopleidingseisen in de zin van artikel 106 van de wet van 10 mei 2015.

§ 3 - De Minister beslist op basis van het advies van de administratie of betrokkene automatisch erkend wordt.

De administratie bezorgt de beslissing van de Minister uiterlijk binnen drie maanden, te rekenen vanaf de in paragraaf 1 vermelde mededeling van volledigheid, per aangetekend schrijven aan de Europese aanvrager.

In een afwijzingsbeslissing wordt het volgende vermeld:

1° de mogelijkheid om beroep in stellen;

2° de bevoegde instanties die daarvan kennis nemen;

3° de na te leven termijnen en vormvereisten.

Afdeling 2. — Algemeen stelsel van erkenning

Art. 54. - Aanvraag

§ 1 - De Europese aanvrager kan een aanvraag tot erkenning van zijn beroepskwalificatie met het oog op vestiging overeenkomstig het algemeen stelsel in de zin van artikel 105 van de wet van 10 mei 2015 schriftelijk indienen bij de administratie.

De Minister stelt daartoe een aanvraagformulier ter beschikking waarin de elementen vermeld in artikel 52, § 1, tweede lid, worden opgevraagd.

Bij de aanvraag vermeld in het tweede lid worden de volgende documenten gevoegd :

1° de documenten vermeld in artikel 52, § 1, derde lid, 1° tot 3° en 5° tot 6°;

2° het officiële opleidingsprogramma dat tot het verkrijgen van de beroepskwalificatie geleid heeft.

De administratie kan bij de Europese aanvrager nog andere documenten aanvragen waaruit blijkt dat hij aan alle voorwaarden voor de erkenning overeenkomstig het algemeen stelsel voldoet.

§ 2 - Artikel 52, § 2, is van toepassing op de verdere nadere regels voor het indienen van de aanvraag.

Art. 55. - Ontvangstbevestiging en volledigheid van de aanvraag

De administratie geeft de Europese aanvrager binnen een maand na indiening van de aanvraag een schriftelijke ontvangstbevestiging en deelt hem mee of de aanvraag volledig is, en zo neen, welke inlichtingen en documenten ontbreken.

Als zes maanden na de ontvangstbevestiging vermeld in het eerste lid nog inlichtingen en documenten ontbreken die voor de behandeling van de aanvraag noodzakelijk zijn, sluit de administratie het aanvraagdossier en deelt ze dit feit mee aan de Europese aanvrager.

Art. 56. - Opstellen van een advies

§ 1 - Binnen drie maanden, te rekenen vanaf het tijdstip waarop de aanvraag volledig is, stelt de administratie een advies op over de vraag of de Europese aanvrager binnen het toepassingsgebied van het algemeen stelsel voor de erkenning van beroepskwalificaties valt en over de vraag of hij overeenkomstig artikel 15 van de wet van 12 februari 2008 de nodige beroepskwalificatie en beroepservaring heeft. Voorts bevat het advies van de administratie in voorkomend geval een aanbeveling omtrent de op te leggen compenserende maatregelen als de beroepskwalificatie en beroepservaring van de Europese aanvrager overeenkomstig artikel 16 van de wet van 12 februari 2008 ontoereikend zijn.

§ 2 - Voor het opstellen van het advies kan de administratie zich baseren op de stellingname van één of meer externe deskundigen of adviesorganen van een andere gemeenschap.

Als de administratie teruggrijpt op een stellingname van een externe deskundige die van oordeel is dat de Europese aanvrager buiten het toepassingsgebied van het algemeen stelsel voor de erkenning van beroepskwalificaties valt en/of de nodige beroepskwalificatie en beroepservaring mist, kan de administratie beslissen om nog andere documenten aan te vragen.

Als de Europese aanvrager binnen een termijn van 15 dagen na de aanvraag geen andere documenten indient, baseert de administratie haar advies op de elementen waarover ze beschikt.

Art. 57. - Beslissing van de Minister

§ 1 - Als de administratie een gunstig advies afgeeft, baseert de Minister zich op dat gunstige advies en neemt hij binnen een maand, te rekenen vanaf de afgifte van dat advies, een beslissing.

De administratie bezorgt de beslissing van de Minister als volgt aan de Europese aanvrager :

- 1° een gunstige beslissing via een gewoon schrijven;
- 2° een ongunstige beslissing via een aangetekend schrijven.

§ 2 - Verstrekt de administratie een ongunstig advies of een advies waarin ze compenserende maatregelen aanbeveelt, dan bezorgt ze dat advies via aangetekend schrijven aan de Europese aanvrager.

Binnen een maand, te rekenen vanaf de verzending van het aangetekend schrijven, kan de Europese aanvrager zijn met redenen omklede standpunt omtrent het advies indienen bij de administratie.

Als de Europese aanvrager geen standpunt indient, beslist de Minister op basis van het advies van de administratie.

§ 3 - Als de Europese aanvrager wel een standpunt indient, stelt de administratie een tweede advies op binnen een maand na ontvangst van dat standpunt. Als het standpunt van de Europese aanvrager nieuwe elementen bevat, kan de administratie zich voor het opstellen van het tweede advies baseren op de stellingname van één of meer externe deskundigen of adviesorganen van een andere gemeenschap.

In het geval vermeld in het eerste lid is artikel 56, § 2, tweede tot derde lid, van toepassing.

De Minister beslist op basis van de adviezen van de administratie en op basis van het standpunt van de Europese aanvrager.

De administratie bezorgt de beslissing van de Minister binnen een maand via aangetekend schrijven aan de Europese aanvrager.

In een afwijzingsbeslissing of in een beslissing waarbij een compenserende maatregel wordt opgelegd, wordt het volgende vermeld :

- 1° de mogelijkheid om beroep in stellen;
- 2° de bevoegde instanties die daarvan kennis nemen;
- 3° de na te leven termijnen en vormvereisten.

§ 4 - Met behoud van de toepassing van de paragrafen 2 en 3 en artikel 56, § 2, bezorgt de administratie de beslissing van de Minister uiterlijk binnen vier maanden, te rekenen vanaf de in artikel 55, eerste lid, vermelde mededeling van volledigheid, aan de Europese aanvrager.

Afdeling 3. — Intrekking van de erkenning**Art. 58.** - Intrekkingprocedure

De Minister trekt de erkenning in wanneer de beoefenaar van een gezondheidszorgberoep niet meer voldoet aan de voorwaarden die ten grondslag liggen aan diens erkenning.

In het geval vermeld in het eerste lid is artikel 49 van toepassing.

Art. 59. - Vrijwillige beëindiging van de erkenning

Elke beoefenaar van een gezondheidszorgberoep kan zijn erkenning vrijwillig beëindigen. Hiertoe licht hij de administratie van zijn voornemen in.

Op voorstel van de administratie trekt de Minister de erkenning in.

Art. 60. - Nieuwe aanvraag

De beoefenaar van een gezondheidszorgberoep van wie de erkenning overeenkomstig de artikelen 58 of 59 ingetrokken werd, kan te allen tijde een nieuwe aanvraag tot erkenning indienen bij de administratie overeenkomstig de bepalingen van dit hoofdstuk.

HOOFDSTUK 4. — Procedure voor de afgifte van de Europese beroepskaart

Afdeling 1. — Aanvraagprocedure en afgifteprocedure voor beroepen die onder de automatische erkenning vallen

Onderafdeling 1. — Gemeenschappelijke bepaling

Art. 61. - Toepassingsgebied

Deze afdeling is van toepassing op aanvragen tot afgifte van een Europese beroepskaart ten behoeve van vestiging voor volgende beroepen die onder de automatische erkenning als bedoeld in artikel 106 van de wet van 10 mei 2015 vallen en waarvoor de Europese Commissie overeenkomstig richtlijn 2005/36/EG van het Europees Parlement en de Raad van 7 september 2005 betreffende de erkenning van beroepskwalificaties via de EU-verordening een Europese beroepskaart heeft ingevoerd:

- 1° verantwoordelijk algemeen ziekenverpleger;
- 2° apotheker.

Onderafdeling 2. — Europese beroepskaart voor de uitoefening van een beroepsactiviteit in een andere lidstaat

Art. 62. - Aanvraag van de Europese beroepskaart voor de uitoefening van een beroepsactiviteit in een andere lidstaat

Met het oog op de aanvraag van de Europese beroepskaart voor de uitoefening van een beroepsactiviteit in een andere lidstaat kan de houder van een in de Duitstalige Gemeenschap daartoe vereiste beroepskwalificatie die dat beroep in een andere lidstaat wil uitoefenen :

- 1° de erkenning van die beroepskwalificatie in de ontvangende lidstaat aanvragen of;

2° afhankelijk van het geval, de administratie vragen om een Europese beroepskaart af te geven of de administratie vragen om bij de ontvangende lidstaat een aanvraag tot afgifte van een Europese beroepskaart in te dienen waarbij ze alle voorbereidende stappen met betrekking tot zijn IMI-bestand uitvoert.

Art. 63. - Indienen van de aanvraag van een Europese beroepskaart

§ 1 - De houder van een beroepskwalificatie als bedoeld in artikel 62 die een beroepsactiviteit wil uitoefenen in een andere lidstaat, kan overeenkomstig artikel 3 van de EU-verordening een Europese beroepskaart aanvragen via een door de Europese Commissie ter beschikking gesteld online-instrument waar een individueel IMI-bestand voor die aanvrager wordt aangemaakt.

Naar aanleiding van de indiening van de aanvraag vraagt de administratie de volgende elementen op:

1° naam, voornaam, adres, land, telefoonnummer, e-mailadres, geslacht, nationaliteit, geboortedatum, geboorteland en geboorteplaats, alsook rijksregisternummer respectievelijk BIS-nummer als de aanvrager geen rijksregisternummer bezit;

2° benaming van het Belgische gezondheidszorgberoep waarvoor de erkenning wordt aangevraagd;

3° de lidstaat waar de aanvrager zich wil vestigen;

4° in voorkomend geval de lidstaat waar de aanvrager bij het indienen van de aanvraag wettelijk is gevestigd om er de betrokken werkzaamheden uit te oefenen.

De aanvrager voegt bij zijn aanvraag de documenten vermeld in bijlage II, deel A, punt 1, van de EU-verordening.

§ 2 - Binnen een week na ontvangst van de aanvraag bevestigt de administratie aan de aanvrager dat ze zijn aanvraag heeft ontvangen en deelt ze hem in voorkomend geval mee welke documenten ontbreken.

In voorkomend geval geeft de administratie alle bewijsstukken af die overeenkomstig de EU-verordening noodzakelijk zijn. De administratie gaat na of de aanvrager wettelijk gevestigd is in de Duitstalige Gemeenschap is en of alle, voor de afgifte van een Europese beroepskaart noodzakelijke documenten geldig en authentiek zijn. Indien hierover gegronde twijfel bestaat, raadpleegt de administratie de instelling die het document afgegeven heeft. Bovendien kan ze de aanvrager om eensluidend gewaarmerkte afschriften van de documenten of, in voorkomend geval, om de voorlegging van originele stukken vragen.

Indien eenzelfde aanvrager meerdere aanvragen doet, mag de administratie geen nieuwe indiening verlangen van documenten die al in het IMI-bestand zijn opgenomen en nog steeds geldig zijn.

Art. 64. - Behandeling door de administratie

§ 1 - De administratie onderzoekt binnen één maand of de documenten in het IMI-bestand authentiek en geldig zijn. Die termijn gaat in :

1° ofwel bij de ontvangst van de ontbrekende documenten vermeld in artikel 63, § 2, eerste lid;

2° ofwel, indien geen aanvullende documenten verlangd werden, na afloop van de in artikel 63, § 2, eerste lid, vermelde termijn van één week na ontvangst van de aanvraag.

De administratie stuurt de aanvraag om een Europese beroepskaart te krijgen vervolgens onverwijld toe aan de bevoegde autoriteit van de ontvangende lidstaat en stelt de aanvrager tegelijk in kennis van de stand van de aanvraag.

§ 2 - De administratie verstrekt de door de ontvangende lidstaat in geval van gegronde twijfel aangevraagde aanvullende documenten of het eensluidend gewaarmerkt afschrift van een document uiterlijk twee weken na indiening van het verzoek door die ontvangende lidstaat.

Onderafdeling 3. — Europese beroepskaart voor de uitoefening van een beroepsactiviteit in het Duitse taalgebied

Art. 65. - Onderzoek van een aanvraag van een Europese beroepskaart voor het uitoefenen van een beroepsactiviteit in het Duitse taalgebied

§ 1 - Dit artikel is van toepassing wanneer de administratie, via een bevoegde autoriteit van een lidstaat van oorsprong van een houder van een beroepskwalificatie, een aanvraag voor een Europese beroepskaart ontvangt om zich in het Duitse taalgebied te vestigen.

§ 2 - Binnen één maand nadat de door de lidstaat van oorsprong toegezonden aanvraag bij de administratie is ingekomen, beslist de Minister op basis van een advies van de administratie of hij een Europese beroepskaart afgeeft. In geval van een gunstige beslissing kent de Minister tegelijk de automatische erkenning bepaald in artikel 53, § 3, toe.

§ 3 - De administratie kan de termijn vermeld in paragraaf 2 met twee weken verlengen. Ze licht de redenen voor de verlenging nader toe en stelt de Europese aanvrager daarvan in kennis. De administratie kan die verlenging eenmaal en alleen wanneer het strikt noodzakelijk is herhalen, met name om redenen die verband houden met de volksgezondheid of de veiligheid van de afnemers van de diensten.

§ 4 - In geval van gegronde twijfel kan de administratie de lidstaat van oorsprong verzoeken om aanvullende informatie te verstrekken of om een voor eensluidend gewaarmerkt afschrift van een document mee te sturen of, in voorkomend geval, om originele stukken voor te leggen.

De administratie mag alleen toegang vragen tot documenten die in het IMI-bestand zijn opgenomen en die nog geldig zijn.

De termijn waarbinnen de Minister overeenkomstig paragraaf 2 een beslissing moet nemen, wordt niet verlengd door het aanvragen van aanvullende informatie, door het aanvragen van voor eensluidend gewaarmerkte afschriften van een document of, in voorkomend geval, door het aanvragen van de voorlegging van originele stukken.

De Minister kan de afgifte van de beroepskaart weigeren als de administratie niet de nodige informatie krijgt van de lidstaat van oorsprong of van de Europese aanvrager. Deze weigering wordt naar behoren gemotiveerd.

§ 5 - Als de Minister geen beslissing neemt binnen de in paragraaf 2 gestelde termijn, wordt de Europese beroepskaart als afgegeven beschouwd en wordt de Europese beroepskaart via het IMI-systeem automatisch toegezonden aan de houder van een beroepskwalificatie.

Ten behoeve van vestiging verleent de afgifte van een Europese beroepskaart geen automatisch recht om een bepaald beroep uit te oefenen als er in de Duitstalige Gemeenschap al registratievoorschriften of andere controleprocedures gelden voordat de Europese beroepskaart voor dat beroep wordt ingevoerd.

De door de lidstaat van oorsprong overeenkomstig dit artikel genomen maatregelen omtrent de Europese beroepskaart, vervangen elke aanvraag om automatische erkenning van beroepskwalificaties.

§ 6 - Als de Minister in het kader van dit artikel een afwijzingsbeslissing neemt, zendt de administratie die beslissing binnen één maand via aangetekend schrijven toe aan de Europese aanvrager. In die beslissing wordt het volgende vermeld:

- 1° de mogelijkheid om beroep in stellen;
- 2° de bevoegde instanties die daarvan kennis nemen;
- 3° de na te leven termijnen en vormvereisten.

Afdeling 2. — Aanvraagprocedure en afgifteprocedure voor beroepen die onder het algemeen stelsel voor de erkenning vallen

Art. 66. - Toepassingsgebied

Deze afdeling is van toepassing op de aanvragen tot afgifte van een Europese beroepskaart ten behoeve van de vestiging voor het beroep van kinesitherapeut dat onder het algemeen stelsel voor de erkenning als bedoeld in artikel 105 van de wet van 10 mei 2015 valt en waarvoor de Europese Commissie overeenkomstig richtlijn 2005/36/EG van het Europees Parlement en de Raad van 7 september 2005 betreffende de erkenning van beroepskwalificaties via de EU-verordening een Europese beroepskaart heeft ingevoerd.

Art. 67. - Aanvraag van de Europese beroepskaart voor de uitoefening van een beroepsactiviteit in een andere lidstaat

De aanvraag van de Europese beroepskaart door een in het Duitse taalgebied gevestigde kinesitherapeut om zijn beroepsactiviteit uit te oefenen in een andere lidstaat valt onder de toepassing van de artikelen 5/1, 5/2 en 5/5 van de wet van 12 februari 2008. Voor de toepassing van dit artikel treedt de administratie op als bevoegde Belgische autoriteit.

Art. 68. - Indienen van de aanvraag van een Europese beroepskaart

In het kader van artikel 67 en voor de toepassing van artikel 5/2, § 1, tweede lid, van de wet van 12 februari 2008 vraagt de administratie de volgende elementen op :

1° naam, voornaam, adres, land, telefoonnummer, e-mailadres, geslacht, nationaliteit, geboortedatum, geboorteland en geboorteplaats, alsook rijksregisternummer respectievelijk BIS-nummer als de aanvrager geen rijksregisternummer bezit;

2° benaming van het Belgische gezondheidszorgberoep waarvoor de erkenning wordt aangevraagd;

3° de lidstaat waar de aanvrager zich wil vestigen;

4° in voorkomend geval de lidstaat waar de aanvrager bij het indienen van de aanvraag wettelijk is gevestigd om er de betrokken werkzaamheden uit te oefenen.

De aanvrager voegt bij zijn aanvraag de documenten vermeld in bijlage II, deel A, punt 2, van de EU-verordening.

Art. 69. - Onderzoek van een aanvraag van een Europese beroepskaart voor het uitoefenen van het beroep van kinesitherapeut in het Duitse taalgebied

§ 1 - Dit artikel is van toepassing wanneer de houder van een beroepskwalificatie, via de bevoegde autoriteit van zijn lidstaat van oorsprong, bij de administratie een Europese beroepskaart aanvraagt om zich in het Duitse taalgebied als kinesitherapeut te vestigen.

§ 2 - De controle van de aanvraag vermeld in paragraaf 1 en de eventueel daaruit voortvloeiende afgifte van de Europese beroepskaart vallen onder de toepassing van artikel 5/6, § 3 tot 6, van de wet van 12 februari 2008. Voor de toepassing van het voormelde artikel treedt de administratie op als bevoegde Belgische autoriteit.

§ 3 - Voor de toepassing van artikel 5/6, § 3, beslist de Minister op basis van een advies van de administratie. Voor het opstellen van het advies kan de administratie zich baseren op de stellingname van één of meer externe deskundigen of adviesorganen van een andere gemeenschap.

Als de administratie zich baseert op een stellingname van een externe deskundige en als die externe deskundige van oordeel is dat de Europese aanvrager niet over de nodige beroepskwalificatie en beroepservaring beschikt, dan kan de administratie beslissen om de Europese aanvrager te horen.

Behoudens spoedeisende gevallen roept de administratie de Europese aanvrager minstens 15 dagen van tevoren op om te worden gehoord.

De externe deskundige kan aan de hoorzitting deelnemen.

De Europese aanvrager kan zich op de hoorzitting laten bijstaan door een advocaat.

Als de Europese aanvrager niet op de hoorzitting verschijnt, baseert de administratie haar advies op de elementen waarover ze beschikt.

In geval van een gunstige beslissing verleent de Minister tegelijk de erkenning bepaald in artikel 57, § 1, tweede lid of, naargelang van het geval, de erkenning bepaald in artikel 57, § 3, vierde lid.

§ 4 - Als de Minister in het kader van dit artikel een afwijzingsbeslissing neemt of een beslissing waarin een compenserende maatregel wordt opgelegd, zendt de administratie die beslissing binnen één maand via aangetekend schrijven toe aan de Europese aanvrager. In de beslissing wordt het volgende vermeld :

- 1° de mogelijkheid om beroep in stellen;
- 2° de bevoegde instanties die daarvan kennis nemen;
- 3° de na te leven termijnen en vormvereisten.

Afdeling 3. — Gemeenschappelijke bepaling

Art. 70. - Verwerking van en toegang tot gegevens met betrekking tot de Europese beroepskaart
De afdelingen 1 en 2 vallen onder de toepassing van artikel 5/8 van de wet van 12 februari 2008.

Afdeling 4. — Intrekking van de Europese beroepskaart

Art. 71. - Intrekkingprocedure

De Minister trekt de Europese beroepskaart in wanneer de beoefenaar van een gezondheidszorgberoep niet meer voldoet aan de voorwaarden die ten grondslag liggen aan de afgifte van zijn Europese beroepskaart.

In het geval vermeld in het eerste lid is artikel 49 van toepassing.

Art. 72. - Vrijwillige intrekking van de Europese beroepskaart

Elke beoefenaar van een gezondheidszorgberoep kan zijn Europese beroepskaart vrijwillig laten intrekken. Hiertoe licht hij de administratie van zijn voornemen in.

Op voorstel van de administratie trekt de Minister de Europese beroepskaart in.

Art. 73. - Nieuwe aanvraag

De beoefenaar van een gezondheidszorgberoep van wie de Europese beroepskaart overeenkomstig de artikelen 71 of 72 ingetrokken werd, kan te allen tijde een nieuwe aanvraag tot afgifte van een Europese beroepskaart indienen bij de administratie overeenkomstig de bepalingen van dit hoofdstuk.

HOOFDSTUK 5. — Slotbepalingen

Art. 74. - Wijzigingsbepaling

In het koninklijk besluit van 21 april 1983 tot vaststelling van de nadere regelen voor erkenning van artsen-specialisten en van huisartsen worden de volgende bepalingen opgeheven :

- 1° artikel 4, 2° en 3°;
- 2° artikel 4*bis*;
- 3° artikel 7, § 1 tot 6;
- 4° artikel 8, § 1, 1°, 2° en 3°;
- 5° de artikelen 9 tot 31;
- 6° artikel 32, § 1, eerste en tweede lid;
- 7° artikel 33;
- 8° de artikelen 44 tot 45.

Art. 75. - Wijzigingsbepaling

In het koninklijk besluit van 10 november 1996 tot vaststelling van de erkenningsmodaliteiten van de beoefenaars van de tandheelkunde, houders van een bijzondere beroepstitel, worden de volgende bepalingen opgeheven :

- 1° artikel 3, 2°;
- 2° artikel 6;
- 3° artikel 7, 1° tot 3°;
- 4° hoofdstuk III, dat de artikelen 9 tot 32 omvat.

Art. 76. - Wijzigingsbepaling

In het koninklijk besluit van 22 oktober 2012 tot vaststelling van de procedure voor de erkenning van de bijzondere beroepstitel van ziekenhuisapotheker worden de volgende bepalingen opgeheven :

- 1° artikel 2, 1°;
- 2° hoofdstuk 2, dat de artikelen 4 tot 21 omvat;
- 3° artikel 34, 1° en 2°;
- 4° de artikelen 37 en 38;
- 5° de artikelen 46 tot 49.

Art. 77. - Wijzigingsbepaling

In artikel 9 van het koninklijk besluit van 1 februari 1991 betreffende de uitoefening van het beroep van vroedvrouw worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° paragraaf 2 en paragraaf 3 worden vervangen als volgt :

” § 2 - Indien het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap vaststelt dat betrokkene niet voldoet aan de voorwaarde gesteld in paragraaf 1, maant het Ministerie hem aan.

§ 3 - Indien het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap vaststelt dat betrokkene, na het verstrijken van een periode van één jaar, te rekenen vanaf de aanmaning, nog geen permanente opleiding aangevat of vervolledigd heeft, kan diens beroepstitel worden ingetrokken overeenkomstig de procedure bepaald in artikel 49 van het besluit van de Regering van 25 april 2019 tot vaststelling van de procedure voor de registratie en erkenning van de beoefenaars van de gezondheidszorgberoepen en tot afgifte van een Europese beroepskaart.”

2° paragraaf 4 wordt opgeheven.

Art. 78. - Opheffingsbepaling

Opgeheven worden :

1° het koninklijk besluit van 15 april 2002 betreffende de erkenning als kinesitherapeut en de erkenning van bijzondere beroepstitels en bijzondere bekwaamheden;

2° het koninklijk besluit van 18 november 2004 betreffende de erkenning van de beoefenaars van de paramedische beroepen, gewijzigd bij het koninklijk besluit van 16 februari 2009;

3° het koninklijk besluit van 14 april 2013 tot vaststelling van de procedure voor de erkenning van de beroepskwalificaties betreffende de gezondheidsberoepen verworven in een andere lidstaat van de Europese Unie dan België;

4° het koninklijk besluit van 18 april 2013 betreffende de samenstelling, de organisatie en de werking van de Erkenningscommissie voor de beoefenaars van de verpleegkunde, en tot vaststelling van de erkenningsprocedure waarbij de verpleegkundigen ertoe gemachtigd worden een bijzondere beroepstitel te dragen of zich op een bijzondere beroepsbekwaamheid te beroepen, en de registratieprocedure als zorgkundige, gewijzigd bij het koninklijk besluit van 21 februari 2014;

5° het besluit van de Regering van 24 maart 2016 tot instelling van een overgangsregeling voor de procedure tot erkenning van gezondheids- en zorgberoepen;

6° het ministerieel besluit van 9 september 2011 tot toekenning van de erkenningsopdrachten, voor de bijzondere beroepstitels voorbehouden aan de houders van een master in de geneeskunde of van de academische graad van arts die reeds houder zijn van een bijzondere beroepstitel, aan de erkenningscommissies voor een bijzondere beroepstitel overeenkomstig artikel 4bis, eerste lid, van het koninklijk besluit van 21 april 1983 tot vaststelling van de nadere regelen voor erkenning van geneesheren-specialisten en van huisartsen.

Art. 79. - Overgangsbepaling

Alle aanvragen tot registratie en erkenning van de beoefenaars van de gezondheidszorgberoepen en alle aanvragen tot afgifte van de Europese beroepskaart die vóór inwerkingtreding van dit besluit bij de administratie werden ingediend, worden vanaf inwerkingtreding van dit besluit behandeld overeenkomstig dit besluit.

Art. 80. - Overgangsbepaling

§ 1 - De Minister erkent de personen vermeld in artikel 153, § 1, van de wet van 10 mei 2015 van rechtswege, zodra het Rijksinstituut voor ziekte- en invaliditeitsverzekering de daartoe noodzakelijke inlichtingen aan de administratie heeft bezorgd.

§ 2 - Personen die een erkenning aanvragen op grond van artikel 153, § 2, van de wet van 10 mei 2015, dienen een aanvraag in bij de administratie overeenkomstig artikel 9. Naast de elementen vermeld in artikel 9, vierde lid, worden bij de aanvraag stukken gevoegd waaruit blijkt dat de aanvrager voldoet aan de voorwaarden bepaald in artikel 153, § 2, van de wet van 10 mei 2015.

De artikelen 10 tot 12 zijn van toepassing op de nadere regels voor de behandeling van de aanvraag en op het besluitvormingsproces.

§ 3 - Personen die een erkenning aanvragen op grond van artikel 153, § 3, van de wet van 10 mei 2015, dienen een aanvraag in bij de administratie overeenkomstig artikel 9.

Naast de elementen vermeld in artikel 9, derde lid, worden de volgende elementen opgevraagd :

1° de activiteiten waarvoor de aanvrager het voordeel van de verworven rechten aanvraagt;

2° de periodes waarin en plaatsen waar hij die activiteiten heeft uitgeoefend.

Naast de documenten vermeld in artikel 9, vierde lid, wordt bij de aanvraag een attest van een arts of apotheker gevoegd waaruit blijkt dat de aanvrager de activiteiten vermeld in het tweede lid, 1°, duurzaam en in voldoende aantal heeft uitgeoefend.

Het attest vermeld in het derde lid kan alleen afgegeven worden door artsen of apothekers die bevoegd zijn om handelingen en verstrekkingen voor het paramedisch beroep in kwestie voor te schrijven.

De artikelen 10 tot 12 zijn van toepassing op de nadere regels voor de behandeling van de aanvraag en op het besluitvormingsproces.

Art. 81. - Overgangsbepaling

Personen die een erkenning aanvragen op grond van artikel 154 van de wet van 10 mei 2015, dienen een aanvraag in bij de administratie overeenkomstig artikel 9. Naast de elementen vermeld in artikel 9, vierde lid, worden bij de aanvraag stukken gevoegd waaruit blijkt dat de aanvrager voldoet aan de voorwaarden bepaald in artikel 154 van de wet van 10 mei 2015.

De artikelen 10 tot 12 zijn van toepassing op de nadere regels voor de behandeling van de aanvraag en op het besluitvormingsproces.

Art. 82. - Uitvoeringsbepaling

De Minister bevoegd voor Gezondheid is belast met de uitvoering van dit besluit.

Eupen, 25 april 2019.

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap :

De Minister-President,

O. PAASCH

De Minister van Gezin, Gezondheid en Sociale Aangelegenheden,

A. ANTONIADIS